

VERBRAUCHER- INFORMATION

RECHTSSCHUTZ KLASSIK-GARANT

PRODUKTINFORMATIONSBLATT
ALLGEMEINE INFORMATIONEN
VERSICHERUNGSBEDINGUNGEN

STAND 01/2020

VHV 
VERSICHERUNGEN

NRV

INHALT

Informationsblatt zu Versicherungsprodukten	4
Allgemeine Informationen nach § 1 der Verordnung über Informationspflichten bei Versicherungsverträgen (VVG-InfoV)	6
Mitteilung nach § 19 Abs. 5 VVG über die Folgen einer Verletzung der gesetzlichen Anzeigepflicht	8
Datenschutzhinweise bei Beantragung des Versicherungsvertrages	9
Dienstleister und Auftragnehmer der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG	11
Allgemeine Hinweise	12
Wie sind die Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung zu lesen?	15
Allgemeine Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB) KLASSIK-GARANT Stand 01/2020	17
Sonderbedingungen zu den ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020: Spezial-Straf-Rechtsschutz für Privatkunden	31

VERBRAUCHERINFORMATION FÜR DIE RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG

Stand 01/2020

VHV 
VERSICHERUNGEN

NRV

UNTERNEHMEN:

NEUE RECHTSSCHUTZ-VERSICHERUNGSGESELLSCHAFT AG **PRODUKT:**

IN KOOPERATION MIT VHV ALLGEMEINE VERSICHERUNG AG **RECHTSSCHUTZ KLASSIK-GARANT**

SITZ BEIDER UNTERNEHMEN: DEUTSCHLAND

Dieses Blatt dient nur Ihrer Information und gibt Ihnen einen kurzen Überblick über die wesentlichen Inhalte Ihrer Versicherung. Es ist daher nicht vollständig. Die vollständigen Informationen finden Sie in den Vertragsunterlagen (Versicherungsantrag, Versicherungsschein und Versicherungsbedingungen). Damit Sie umfassend informiert sind, lesen Sie bitte alle Unterlagen durch.

Um welche Art von Versicherung handelt es sich?

Wir bieten Ihnen eine Rechtsschutzversicherung an. Mit dieser sorgen wir dafür, dass Sie Ihre rechtlichen Interessen in den von Ihnen versicherten Lebensbereichen wahrnehmen können.



Was ist versichert?

- ✓ Mit der Rechtsschutzversicherung bieten wir Ihnen einen bedarfsgerechten Rechtsschutz z. B. im privaten Lebensbereich, im beruflichen und/oder verkehrsrechtlichen Bereich.
- ✓ Der Rechtsschutz erstreckt sich auf Leistungsarten. Diese decken die wichtigsten Rechtsbereiche ab (z. B. Schadenersatz oder Arbeitsrecht).

Welche Kosten übernehmen wir?

- ✓ Gesetzliche Gebühren Ihres Rechtsanwalts.
- ✓ Kosten für Gerichte und Gerichtsvollzieher.
- ✓ Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die das Gericht heranzieht.
- ✓ Kosten des Prozessgegners, wenn Sie verpflichtet sind, diese zu tragen.
- ✓ Kosten einer Mediation bis zu 2.000 EUR. Für alle in einem Kalenderjahr eingeleiteten Mediationen tragen wir jedoch insgesamt nicht mehr als 4.000 EUR.
- ✓ Kosten eines Schieds- oder Schlichtungsverfahrens bis zur Höhe der Gebühren, die bei Anrufung eines Gerichts erster Instanz entstehen würden.

Wie hoch ist die Versicherungssumme?

- ✓ Soweit keine konkrete Versicherungssumme vereinbart ist, ist die Versicherungssumme unbegrenzt.



Was ist nicht versichert?

- ✗ Wir haben eine Wartezeit vereinbart: Versicherungsschutz erhalten Sie nur für Streitigkeiten, deren erste Ursache nach Ablauf der Wartezeit eingetreten ist.
- ✗ Eine Streitigkeit hat mehrere Ursachen: Versicherungsschutz haben Sie in der Regel nur, wenn die erste Ursache nach Versicherungsbeginn liegt.
- ✗ Wir haben eine Selbstbeteiligung vereinbart: In Höhe der vereinbarten Selbstbeteiligung müssen Sie die Kosten eines jeden Versicherungsfalles selbst tragen.



Gibt es Deckungsbeschränkungen?

Wir können nicht alle denkbaren Streitigkeiten versichern. Sonst müssten wir einen erheblich höheren Beitrag verlangen. Deshalb umfasst der Rechtsschutz einige Rechtsangelegenheiten nicht, zum Beispiel:

- ! Streitigkeiten um Kauf, Verkauf oder Finanzierung eines Grundstücks, das bebaut werden soll,
- ! Streitigkeiten um Urheber-, Patent- oder Markenrechte,
- ! Streitigkeiten um Erwerb, Veräußerung, Verwaltung und Finanzierung von Kapitalanlagen,
- ! Streitigkeiten um Spiel- oder Wettverträge oder um Gewinnzusagen.



Wo bin ich versichert?

- ✓ Sie haben Versicherungsschutz, wenn ein Gericht oder eine Behörde in Europa, in den Anliegerstaaten des Mittelmeers, auf den Kanarischen Inseln und auf Madeira gesetzlich zuständig ist und Sie Ihre rechtlichen Interessen dort verfolgen. Das gilt nicht, wenn ein versicherter Rechtsbereich (z. B. Steuer-Rechtsschutz) auf deutsche Gerichte beschränkt ist.
- ✓ Unter bestimmten Voraussetzungen haben Sie darüber hinaus auch weltweiten Versicherungsschutz im Verkehrs- und im privaten Bereich.



Welche Verpflichtungen habe ich?

- Sie müssen alle Fragen im Antragsformular wahrheitsgemäß und vollständig beantworten. Dies betrifft auch die Fragen nach früheren Rechtsschutzverträgen und Rechtsstreitigkeiten.
- Sprechen Sie uns bitte an, wenn Ihre Angaben zum Versicherungsantrag oder zum Vertrag geändert werden müssen.
- Sie müssen uns und Ihren Anwalt vollständig und wahrheitsgemäß über den Sachverhalt informieren.
- Kostenverursachende Maßnahmen müssen Sie mit uns abstimmen, soweit dies für Sie zumutbar ist.
- Sie müssen dafür Sorge tragen, dass die Kosten der Rechtsverfolgung so gering wie möglich gehalten werden. Hierzu sollten Sie uns oder Ihren Rechtsanwalt befragen.



Wann und wie bezahle ich?

Den ersten Beitrag müssen Sie spätestens zwei Wochen nach Erhalt des Versicherungsscheins zahlen. Wann Sie die weiteren Beiträge zahlen müssen, teilen wir Ihnen mit. Sie können uns den Beitrag überweisen oder uns ermächtigen, den Beitrag von Ihrem Konto einzuziehen.



Wann beginnt und wann endet die Deckung?

Wann die Versicherung beginnt, ist im Versicherungsschein angegeben. Voraussetzung ist, dass Sie den ersten Versicherungsbeitrag rechtzeitig und vollständig gezahlt haben.

Die Versicherung gilt für die zunächst vereinbarte Dauer. Wenn nicht anders vereinbart, verlängert sie sich danach automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn Sie oder wir sie nicht kündigen.



Wie kann ich den Vertrag kündigen?

Sie oder wir können den Vertrag zum Ablauf der zunächst vereinbarten Vertragsdauer und zum Ablauf jedes Verlängerungsjahres kündigen (das muss spätestens drei Monate vor dem Ende der Vertragsdauer geschehen).

Es sind mindestens zwei Versicherungsfälle innerhalb von zwölf Monaten eingetreten und für diese besteht Versicherungsschutz: Dann können Sie oder wir den Versicherungsvertrag vorzeitig kündigen.

Sie können auch kündigen, wenn wir für einen eingetretenen Versicherungsfall die Leistungspflicht bejaht haben, wenn wir den Versicherungsschutz unberechtigt ablehnen oder den Beitrag erhöhen.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

nach § 1 der Verordnung über Informationspflichten bei Versicherungsverträgen (VVG-InfoV)

1. IDENTITÄT DES VERSICHERERS

Ihr Versicherer ist die
Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft Aktiengesellschaft
Augustaanlage 25, 68165 Mannheim.

Er hat die Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Sitz und Registergericht sind in Mannheim (HRB 179).

2. ANSPRECHPARTNER IM AUSLAND

entfällt

3. LADUNGSFÄHIGE ANSCHRIFT DES VERSICHERERS

Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft Aktiengesellschaft
Augustaanlage 25, 68165 Mannheim
vertreten durch die Vorstände
Ralf Beißer (Sprecher), Michael Diener

4. HAUPTGESCHÄFTSTÄTIGKEIT DES VERSICHERERS

Gegenstand der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG ist der unmittelbare und mittelbare Betrieb einer Rechtsschutzversicherung.

5. ZUGEHÖRIGKEIT ZU EINEM SICHERUNGSFONDS

entfällt

6. BEDINGUNGEN, TARIFBESTIMMUNGEN UND WESENTLICHE MERKMALE DER VERSICHERUNGSLEISTUNG

- Die für das Versicherungsverhältnis geltenden Bedingungen sind den Ihnen ausgehändigten Unterlagen beigelegt.
- Angaben über die Art, den Umfang, die Fälligkeit und die Erfüllung der Leistung des Versicherers finden Sie in dem Versicherungsschein sowie in den Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB) KLASSIK-GARANT Stand 01/2020, besonderen Vereinbarungen und Klauseln.

7. GESAMTPREIS DER VERSICHERUNG

Den gesamten, zu entrichtenden Beitrag für Ihren Rechtsschutzvertrag können Sie dem Versicherungsschein entnehmen. Falls Sie zusätzliche Leistungen (Zusatzversicherungen) eingeschlossen haben, finden Sie an dieser Stelle auch die Aufteilung des Beitrags auf Haupt- und Zusatzversicherungen.

8. ZUSÄTZLICHE KOSTEN

Zusätzlich zu dem unter Punkt 7 genannten Gesamtpreis der Versicherung werden von uns keine weiteren planmäßigen Gebühren oder Kosten erhoben.
Falls aus besonderen, von Ihnen veranlassten Gründen ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand verursacht wird, können wir die in solchen Fällen durchschnittlich entstehenden Kosten als pauschalen Abgeltungsbeitrag gesondert in Rechnung stellen. Dies gilt beispielsweise bei Erteilung einer Ersatzurkunde oder von Abschriften des Versicherungsscheins, schriftlicher Fristsetzung bei Nichtzahlung von Folgebeiträgen, Verzug bei Folgebeiträgen, Rückläufern im Lastschriftverfahren, Durchführung von Vertragsänderungen.

9. EINZELHEITEN HINSICHTLICH DER ZAHLUNG UND ERFÜLLUNG

Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung, insbesondere zur Zahlungsweise der Beiträge, können Sie dem Versicherungsschein sowie den Allgemeinen Versicherungsbedingungen und eventuell geltenden besonderen Vereinbarungen und Klauseln entnehmen.

Bei nicht rechtzeitiger Zahlung des ersten Beitrags können wir – solange die Zahlung noch nicht bewirkt ist – vom Vertrag zurücktreten. Ist der erste Beitrag bei Eintritt des Versicherungsfalls noch nicht gezahlt, sind wir nicht zur Leistung verpflichtet. Auch wenn Sie Folgebeiträge trotz unserer Mahnung nicht zahlen, können Sie den Versicherungsschutz verlieren. Weitere Informationen hierzu finden Sie in den ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020. Die Fälligkeit des Beitrags können Sie dem Versicherungsschein entnehmen.

10. BEFRISTUNG DER GÜLTIGKEITSDAUER DIESER INFORMATIONEN

Die Ihnen zur Verfügung gestellten Informationen sind für den Zeitraum von 6 Wochen gültig, sofern der gewählte Tarif nicht früher für den Verkauf geschlossen werden muss.

11. KAPITALANLAGERISIKO

entfällt

12. ANGABEN ÜBER DAS ZUSTANDEKOMMEN DES VERTRAGES/ VERSICHERUNGSSCHUTZES

Der Versicherungsschutz beginnt, wenn der Vertrag geschlossen worden ist, jedoch nicht vor dem mit Ihnen vereinbarten, in dem Versicherungsschein angegebenen Versicherungsbeginn. Ihr Vertrag gilt als geschlossen, wenn wir Ihren Antrag auf Abschluss des Versicherungsvertrags angenommen haben bzw. wenn wir Ihre Annahmeerklärung zu unserem Antrag erhalten haben. Ist der erste Beitrag bei Eintritt des Versicherungsfalls noch nicht gezahlt, sind wir nicht zur Leistung verpflichtet (vgl. Punkt 9).

Vorbehaltlich Ihres Widerrufsrechts nach § 8 Versicherungsvertragsgesetz ist der Versicherer berechtigt, Ihren Antrag auf Abschluss eines Versicherungsvertrages bis zum Ablauf von einem Monat anzunehmen.

Diese Annahmefrist beginnt mit dem Tag der Antragstellung. Haben wir Ihnen einen Antrag auf Abschluss eines Versicherungsvertrages unterbreitet, so halten wir uns 6 Wochen an diesen Antrag gebunden.

13. WIDERRUFSBELEHRUNG

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt, nachdem Sie den Versicherungsschein, die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Versicherungsbedingungen, die weiteren Informationen nach § 7 Absatz 1 und 2 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) in Verbindung mit den §§ 1 und 4 der VVG-Informationspflichtenverordnung und diese Belehrung jeweils in Textform erhalten haben. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Der Widerruf ist zu richten an:

Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG
Augustaanlage 25
68165 Mannheim
E-Mail: info@nrv-rechtsschutz.de
Telefax: 0621 42 04-180

WIDERRUFSFOLGEN

Im Falle eines wirksamen Widerrufs endet der Versicherungsschutz, und wir erstatten Ihnen den auf die Zeit nach Zugang des Widerrufs entfallenden Teil des Beitrags, wenn Sie zugestimmt haben, dass der Versicherungsschutz vor dem Ende der Widerrufsfrist beginnt. Den Teil des Beitrags, der auf die Zeit bis zum Zugang des Widerrufs entfällt, dürfen wir in diesem Fall einbehalten; dabei handelt es sich um einen Betrag, den Sie nach folgender Formel errechnen können: Anzahl der Tage, an denen Versicherungsschutz bestanden hat, multipliziert mit 1/360 des im Versicherungsschein ausgewiesenen Jahresbeitrags.

Die Erstattung zurückzuzahlender Beträge erfolgt unverzüglich, spätestens 30 Tage nach Zugang des Widerrufs. Beginnt der Versicherungsschutz nicht vor dem Ende der Widerrufsfrist, hat der wirksame Widerruf zur Folge, dass empfangene Leistungen zurückzugewähren und gezogene Nutzungen (z. B. Zinsen) herauszugeben sind. Haben Sie Ihr Widerrufsrecht nach § 8 VVG wirksam ausgeübt, sind Sie auch an einen mit dem Versicherungsvertrag zusammenhängenden Vertrag nicht mehr gebunden. Ein zusammenhängender Vertrag liegt vor, wenn er einen Bezug zu dem widerrufenen Vertrag aufweist und eine Dienstleistung des Versicherers oder eines Dritten auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Dritten und dem Versicherer betrifft. Eine Vertragsstrafe darf weder vereinbart noch verlangt werden.

BESONDERE HINWEISE

Ihr Widerrufsrecht erlischt, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt wurde, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. Widerrufen Sie einen Ersatzvertrag, so läuft Ihr ursprünglicher Versicherungsvertrag weiter. Das Widerrufsrecht besteht nicht bei Verträgen mit einer Laufzeit von weniger als einem Monat.

14. LAUFZEIT DES VERTRAGES

Den vereinbarten Versicherungsbeginn finden Sie im Versicherungsschein. Dort ist auch der vereinbarte Ablauf der Versicherung angegeben.

15. BEENDIGUNG DES VERTRAGES

Der vereinbarte Ablauf der Versicherung ist im Versicherungsschein angegeben.

Nähere Angaben zu den vertraglichen Kündigungsbedingungen finden Sie in den beigefügten ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020, eventuell gelten die besonderen Vereinbarungen und Klauseln.

16. ABWEICHENDES RECHT BEI VERTRAGSANBAHUNG

entfällt

17. VERTRAGSKLAUSEL ÜBER DAS AUF IHREN VERTRAG ANWENDBARE RECHT UND ÜBER DAS ZUSTÄNDIGE GERICHT

Auf Ihren Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Informationen über das zuständige Gericht finden Sie in den beigefügten Allgemeinen Versicherungsbedingungen.

18. SPRACHE DER VERSICHERUNGSBEDINGUNGEN, DER KOMMUNIKATION UND DIESER INFORMATION

Auf Ihren Vertrag findet die deutsche Sprache Anwendung.

Das bedeutet, dass alle Vertragsunterlagen, wie zum Beispiel die Versicherungsbedingungen, diese Information und die übrigen Verbraucherinformationen und auch die Kommunikation während der Laufzeit Ihres Vertrages in deutscher Sprache verfasst sind bzw. erfolgt.

19. AUSSERGERICHTLICHE BESCHWERDE- UND RECHTSBEHELFSVERFAHREN

Unser Unternehmen nimmt am Streitbelegungsverfahren der Verbraucherschlichtungsstelle „Ombudsmann für Versicherungen“ teil. Als Verbraucher können Sie damit auf Grundlage der Verfahrensordnung des Versicherungsombudsmanns (VomVO) das kostenlose außergerichtliche Streitschlichtungsverfahren in Anspruch nehmen.

Den Ombudsmann für Versicherungen erreichen Sie wie folgt:
Tel.: 0800 3696000 (kostenfrei)

Falls Ihr Telefondienstanbieter oder der Netzvertrag keine Verbindung zu 0800er-Nummern ermöglicht oder wenn Sie aus dem Ausland anrufen, erreichen Sie den Ombudsmann kostenpflichtig unter +49 30 206058-99.

Oder im Internet unter www.versicherungsombudsmann.de. (Unter dieser Internetadresse finden Sie auch einen Auszug der VomVO)

Fax: 0800 3699000 (kostenfrei)

Post: Versicherungsombudsmann e. V.

Leipziger Str. 121

10117 Berlin

E-Mail: beschwerde@versicherungsombudsmann.de

Von der Inanspruchnahme des kostenlosen außergerichtlichen Streitschlichtungsverfahrens unberührt bleibt die Möglichkeit, den Rechtsweg zu beschreiten.

Online-Streitbeilegung nach Art. 14 der EU Verordnung Nr. 524/2013 (ODR-Verordnung):

Die EU-Kommission stellt eine benutzerfreundliche Plattform zur Online-Beilegung von verbraucherrechtlichen Streitigkeiten, die sich aus dem online Verkauf von Waren oder der online Erbringung von Dienstleistungen ergeben (OS-Plattform), bereit. Die OS-Plattform ist unter folgendem Link erreichbar: <https://webgate.ec.europa.eu/odr>.

20. BESCHWERDEMÖGLICHKEIT BEI DER AUFSICHTSBEHÖRDE

Sie haben die Möglichkeit, sich im Beschwerdefall an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Bereich Versicherungen

Graurheindorfer Str. 108

53117 Bonn

oder

Postfach 1253

53002 Bonn

zu wenden.

MITTEILUNG NACH § 19 ABS. 5 VVG ÜBER DIE FOLGEN EINER VERLETZUNG DER GESETZLICHEN ANZEIGEPFLICHT

SEHR GEEHRTE KUNDIN, SEHR GEEHRTER KUNDE,

damit wir Ihren Versicherungsantrag ordnungsgemäß prüfen können, ist es notwendig, dass Sie die beiliegenden Fragen wahrheitsgemäß und vollständig beantworten. Es sind auch solche Umstände anzugeben, denen Sie nur geringe Bedeutung beimessen.

Bitte beachten Sie, dass Sie Ihren Versicherungsschutz gefährden, wenn Sie unrichtige oder unvollständige Angaben machen. Nähere Einzelheiten zu den Folgen einer Verletzung der Anzeigepflicht können Sie der nachstehenden Information entnehmen.

WELCHE VOR VERTRAGLICHEN ANZEIGEPFLICHTEN BESTEHEN?

Sie sind bis zur Abgabe Ihrer Vertragserklärung verpflichtet, alle Ihnen bekannten gefahrerheblichen Umstände, nach denen wir in Textform gefragt haben, wahrheitsgemäß und vollständig anzuzeigen. Dies gilt insbesondere für unsere Fragen zu etwaigen Vorversicherungen sowie Anzahl und Art Ihrer Rechtsanwaltsbesuche. Fragen wir nach Ihrer Vertragserklärung, aber vor Vertragsannahme in Textform nach gefahrerheblichen Umständen, sind Sie auch insoweit zur Anzeige verpflichtet.

WELCHE FOLGEN KÖNNEN EINTRETEN, WENN EINE VOR VERTRAGLICHE ANZEIGEPFLICHT VERLETZT WIRD?

Rücktritt und Wegfall des Versicherungsschutzes

Verletzen Sie die vorvertragliche Anzeigepflicht, können wir vom Vertrag zurücktreten. Dies gilt nicht, wenn Sie nachweisen, dass weder Vorsatz noch grobe Fahrlässigkeit vorliegen.

Bei grob fahrlässiger Verletzung der Anzeigepflicht haben wir kein Rücktrittsrecht, wenn wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten.

Im Fall des Rücktritts besteht kein Versicherungsschutz. Erklären wir den Rücktritt nach Eintritt des Versicherungsfalles, bleiben wir dennoch zur Leistung verpflichtet, wenn Sie nachweisen, dass der nicht oder nicht richtig angegebene Umstand

- weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalles
- noch für die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungspflicht ursächlich war. Unsere Leistungspflicht entfällt jedoch, wenn Sie die Anzeigepflicht arglistig verletzt haben.

Bei einem Rücktritt steht uns der Teil des Beitrags zu, welcher der bis zum Wirksamwerden der Rücktrittserklärung abgelaufenen Vertragszeit entspricht.

Kündigung

Können wir nicht vom Vertrag zurücktreten, weil Sie die vorvertragliche Anzeigepflicht lediglich einfach fahrlässig oder schuldlos verletzt haben, können wir den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat kündigen. Unser Kündigungsrecht ist ausgeschlossen, wenn wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten.

Vertragsänderung

Können wir nicht zurücktreten oder kündigen, weil wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Gefahrumstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten, werden die anderen Bedingungen auf unser Verlangen hin Vertragsbestandteil. Haben Sie die Anzeigepflicht fahrlässig verletzt, werden die anderen Bedingungen rückwirkend Vertragsbestandteil. Haben Sie die Anzeigepflicht schuldlos verletzt, werden die anderen Bedingungen erst ab der laufenden Versicherungsperiode Vertragsbestandteil.

Erhöht sich durch die Vertragsänderung der Beitrag um mehr als zehn Prozent oder schließen wir die Gefahrabsicherung für den nicht angezeigten Umstand aus, können Sie den Vertrag innerhalb eines Monats nach Zugang unserer Mitteilung über die Vertragsänderung fristlos kündigen. Auf dieses Recht werden wir Sie in unserer Mitteilung hinweisen.

Ausübung unserer Rechte

Wir können unsere Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung oder zur Vertragsänderung nur innerhalb eines Monats schriftlich geltend machen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, zu dem wir von der Verletzung der Anzeigepflicht, die das von uns geltend gemachte Recht begründet, Kenntnis erlangen. Bei der Ausübung unserer Rechte haben wir die Umstände anzugeben, auf die wir unsere Erklärung stützen. Zur Begründung können wir nachträglich weitere Umstände angeben, wenn für diese die Frist nach Satz 1 nicht verstrichen ist.

Wir können uns auf die Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung oder zur Vertragsänderung nicht berufen, wenn wir den nicht angezeigten Gefahrumstand oder die Unrichtigkeit der Anzeige kannten.

Unsere Rechte zum Rücktritt, zur Kündigung und zur Vertragsänderung erlöschen mit Ablauf von fünf Jahren nach Vertragsschluss. Dies gilt nicht für Versicherungsfälle, die vor Ablauf dieser Frist eingetreten sind. Die Frist beträgt zehn Jahre, wenn Sie die Anzeigepflicht vorsätzlich oder arglistig verletzt haben.

Stellvertretung durch eine andere Person

Lassen Sie sich bei Abschluss des Vertrages durch eine andere Person vertreten, so sind bezüglich der Anzeigepflicht, des Rücktritts, der Kündigung, der Vertragsänderung und der Ausschlussfrist für die Ausübung unserer Rechte die Kenntnis und Arglist Ihres Stellvertreters als auch Ihre eigene Kenntnis und Arglist zu berücksichtigen. Sie können sich darauf, dass die Anzeigepflicht nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt worden ist, nur berufen, wenn weder Ihrem Stellvertreter noch Ihnen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

DATENSCHUTZHINWEISE BEI BEANTRAGUNG DES VERSICHERUNGSVERTRAGES

Hiermit informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG* und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG* Augustaanlage 25
68165 Mannheim
Telefon: +49 621 4204-280
E-Mail-Adresse: nrv@nrv-rechtsschutz.de

Unsere **Datenschutzbeauftragten** erreichen Sie unter der o.g. Adresse oder unter:
datenschutz@nrv-rechtsschutz.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), der datenschutzrechtlich relevanten Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG), sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze. Darüber hinaus hat sich unser Unternehmen auf die „Verhaltensregeln für den Umgang mit personenbezogenen Daten durch die deutsche Versicherungswirtschaft“ (Code of Conduct) verpflichtet, die die oben genannten Gesetze für die Versicherungswirtschaft präzisieren. Diese können Sie im Internet unter <https://nrv-rechtsschutz.de/hinweise/umgang-mit-kundendaten/> abrufen.

Stellen Sie einen Antrag auf Versicherungsschutz, benötigen wir die von Ihnen hierbei gemachten Angaben für den Abschluss des Vertrages. Wir verarbeiten diese personenbezogenen Daten, um das von uns zu übernehmende Risiko einschätzen und bestimmen zu können. Kommt der Versicherungsvertrag zustande, verarbeiten wir diese Daten zur Durchführung des Vertragsverhältnisses, z.B. zur Policierung oder Rechnungsstellung. Angaben zum Schaden benötigen wir etwa, um prüfen zu können, ob ein Versicherungsfall eingetreten und wie hoch der Schaden ist. **Der Abschluss bzw. die Durchführung des Versicherungsvertrages ist ohne die Verarbeitung Ihrer Daten nicht möglich.** Darüber hinaus benötigen wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erstellung von versicherungsspezifischen Statistiken, z. B. für die Entwicklung neuer Tarife oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Die Daten aller bei einem Unternehmen der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG* bestehenden Verträge nutzen wir für eine Betrachtung der gesamten Kundenbeziehung, beispielsweise zur Beratung hinsichtlich einer Vertragsanpassung, -ergänzung oder für umfassende Auskunftserteilungen.

Rechtsgrundlage für diese Verarbeitungen personenbezogener Daten für vorvertragliche und vertragliche Zwecke ist Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO. Soweit dafür besondere Kategorien personenbezogener Daten (z. B. Ihre Gesundheitsdaten) erforderlich sind, holen wir Ihre Einwilligung nach Art. 9 Abs. 2 a) i. V. m. Art. 7 DSGVO ein. Erstellen wir Statistiken mit diesen Datenkategorien, erfolgt dies auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 j) DSGVO i. V. m. § 27 BDSG.

Ihre Daten verarbeiten wir auch, um berechtigte Interessen von uns oder von Dritten zu wahren (Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO). Dies kann insbesondere erforderlich sein: – zur Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs, – zur Werbung für unsere eigenen Versicherungsprodukte und für andere Produkte der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG* und deren Kooperationspartner sowie für Markt- und Meinungsumfragen, – zur Verhinderung und Aufklärung von Straftaten, insbesondere nutzen wir Datenanalysen zur Erkennung von Hinweisen, die auf Versicherungsmisbrauch hindeuten können.

Darüber hinaus verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen wie z. B. aufsichtsrechtlicher Vorgaben, handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten oder unserer Beratungspflicht. Als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dienen in diesem Fall die jeweiligen gesetzlichen Regelungen i. V. m. Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO.

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen oben nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie darüber zuvor informieren.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Rückversicherer:

Von uns übernommene Risiken versichern wir bei spezialisierten Versicherungsunternehmen (Rückversicherer). Dafür kann es erforderlich sein, Ihre Vertrags- und ggf. Schadendaten an einen Rückversicherer zu übermitteln, damit dieser sich ein eigenes Bild über das Risiko oder den Versicherungsfall machen kann.

Vermittler:

Soweit Sie hinsichtlich Ihrer Versicherungsverträge von einem Vermittler betreut werden, verarbeitet Ihr Vermittler die zum Abschluss und zur Durchführung des Vertrages benötigten Antrags-, Vertrags- und Schadendaten. Auch übermittelt unser Unternehmen diese Daten an Ihren Vermittler, soweit der Vermittler diese Informationen zu Ihrer Betreuung und Beratung in ihren Versicherungs- und Finanzdienstleistungsangelegenheiten benötigt.

Datenverarbeitung in der Unternehmensgruppe, Datenverarbeitung durch Kooperationspartner:

Spezialisierte Unternehmen bzw. Bereiche unserer Unternehmensgruppe und unserer Kooperationspartner nehmen bestimmte Datenverarbeitungsaufgaben für die in der Gruppe verbundenen Unternehmen zentral wahr. Soweit ein Versicherungsvertrag zwischen Ihnen und einem oder mehreren Unternehmen unserer Gruppe oder Kooperationspartner besteht, können Ihre Daten etwa zur zentralen Verwaltung von Anschriftendaten, für den telefonischen Kundenservice, zur Vertrags- und Leistungsbearbeitung, für In- und Exkasso oder zur gemeinsamen Postbearbeitung zentral durch ein Unternehmen der Gruppe oder durch einen Kooperationspartner verarbeitet werden. In unserer Dienstleisterliste finden Sie die Unternehmen, die an einer zentralisierten Datenverarbeitung teilnehmen.

Externe Dienstleister:

Wir bedienen uns zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten zum Teil externer Dienstleister.

Eine Auflistung der von uns eingesetzten Auftragnehmer und Dienstleister, zu denen nicht nur vorübergehende Geschäftsbeziehungen bestehen, können Sie der Übersicht (Dienstleisterliste) im Anhang sowie in der jeweils aktuellen Version unserer Dienstleisterliste auf unserer Internetseite unter <https://nrv-rechtsschutz.de/hinweise/umgang-mit-kundendaten/> entnehmen.

Weitere Empfänger:

Darüber hinaus können wir Ihre personenbezogenen Daten an weitere Empfänger übermitteln, wie etwa an Behörden zur Erfüllung gesetzlicher Mitteilungspflichten (z. B. Sozialversicherungsträger, Finanzbehörden oder Strafverfolgungsbehörden).

Dauer der Datenspeicherung

Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten sobald sie für die oben genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Dabei kann es vorkommen, dass personenbezogene Daten für die Zeit aufbewahrt werden, in der Ansprüche gegen unser Unternehmen geltend gemacht werden können (gesetzliche Verjährungsfrist von drei

oder bis zu dreißig Jahren). Zudem speichern wir Ihre personenbezogenen Daten, soweit wir dazu gesetzlich verpflichtet sind. Entsprechende Nachweis- und Aufbewahrungspflichten ergeben sich, unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung und dem Geldwäschegesetz. Die Speicherfristen betragen danach bis zu zehn Jahre.

Betroffenenrechte

Sie können unter der o.g. Adresse Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Darüber hinaus können Sie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung oder die Löschung Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten sowie ein Recht auf Herausgabe der von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zustehen.

Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, einer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu Zwecken der Direktwerbung zu widersprechen.

Verarbeiten wir Ihre Daten zur Wahrung berechtigter Interessen, können Sie dieser Verarbeitung widersprechen, wenn sich aus Ihrer besonderen Situation Gründe ergeben, die gegen die Datenverarbeitung sprechen.

Beschwerderecht

Sie haben die Möglichkeit, sich mit einer Beschwerde an den o.g. Datenschutzbeauftragten oder an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstrasse 10 a
70173 Stuttgart

Hinweis- und Informationssystem der Versicherungswirtschaft

Die Versicherungswirtschaft nutzt das Hinweis- und Informationssystem (HIS) der informa HIS GmbH zur Unterstützung der Risikobeurteilung im Antragsfall, zur Sachverhaltsaufklärung bei der Leistungsprüfung sowie bei der Bekämpfung von Versicherungsmissbrauch. Dafür ist ein Austausch bestimmter personenbezogener Daten mit dem HIS erforderlich. Eine detaillierte Beschreibung des HIS finden Sie im Internet unter www.informa-HIS.de.

Datenaustausch mit Ihrem früheren Versicherer

Um Ihre Angaben bei Abschluss des Versicherungsvertrages bzw. Ihre Angaben bei Eintritt des Versicherungsfalls überprüfen und bei Bedarf ergänzen zu können, kann im dafür erforderlichen Umfang ein Austausch von personenbezogenen Daten mit den von Ihnen im Antrag benannten früheren Versicherern erfolgen. Erfahren wir im Nachhinein, dass Sie bei einem Versicherer rechtsschutzversichert waren, den Sie im Antrag nicht benannt haben, kann ein Austausch von personenbezogenen Daten auch mit diesem Versicherer erfolgen.

Bonitätsauskünfte

Soweit es zur Wahrung unserer berechtigten Interessen notwendig ist, fragen wir bei Auskunfteien (z.B. Bürgel, Infoscore, Creditreform, First Debit) Informationen zur Beurteilung Ihres allgemeinen Zahlungsverhaltens ab.

Datenübermittlung in ein Drittland

Sollten wir personenbezogene Daten an Dienstleister außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) übermitteln, erfolgt die Übermittlung nur, soweit dem Drittland durch die EU-Kommission ein angemessenes Datenschutzniveau bestätigt wurde oder andere angemessene Datenschutzgarantien (z. B. verbindliche unternehmensinterne Datenschutzvorschriften oder EU-Standardvertragsklauseln) vorhanden sind. Detaillierte Information dazu sowie über das Datenschutzniveau bei unseren Dienstleistern in Drittländern können Sie unter den oben genannten Kontaktinformationen anfordern.

*** Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG**

Die Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG ist ein Unternehmen der NÜRNBERGER Versicherungsgruppe im Sinne des § 7 Nr. 13 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG), Ostendstraße 100, 90334 Nürnberg (www.nuernberger.de). Kooperationspartner der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG:
– VHV Allgemeine Versicherung AG, VHV-Platz 1, 30177 Hannover
– Mannheimer Versicherung AG, Augustaanlage 66, 68165 Mannheim

Zur Unternehmensgruppe der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG gehören:

- JURCALL GmbH, Augustaanlage 25, 68165 Mannheim
- JURCASH GmbH, Augustaanlage 25, 68165 Mannheim

Dienstleister und Auftragnehmer der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG

Liste der Dienstleister der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG, die im Sinne der Artikel 21 und 22 der „Verhaltensregeln für den Umgang mit personenbezogenen Daten durch die deutsche Versicherungswirtschaft“ (Code of Conduct) personenbezogene Daten im Auftrag erheben und verarbeiten und/oder im Wege der Funktionsübertragung übermittelt bekommen können.

Die folgende Liste nennt mögliche Dienstleister und Auftragnehmer der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG. Das bedeutet, dass für jede Datenverarbeitung, Datenerhebung und Datenübermittlung im Einzelfall geprüft wird, ob und wenn ja welcher Dienstleister/Auftragnehmer beauftragt wird. Keinesfalls erfolgt eine automatische Datenübermittlung an jeden, der in der Liste genannt ist.

Ergänzende Informationen zum Datenschutz und dessen Umsetzung bei der NRV Rechtsschutz finden Sie unter www.nrv-rechtsschutz.de/datenschutz. Dort finden Sie auch diese Liste, die laufend aktualisiert wird.

Auftragnehmer, Kooperationspartner Einzelne Stellen

Übertragene Aufgaben

Nürnberger Allgemeine Versicherungs-AG Garanta Österreich Versicherungs-AG VHV Allgemeine Versicherungs AG Mannheimer Versicherung AG Domcura AG Onesty Direkt GmbH	Betreuungs-, Verkaufsförderungs- und Steuerungsaktivitäten in den Vertriebswegen, Zahlungsverkehr, Bestandsverwaltung
--	---

Nürnberger Allgemeine Versicherungs-AG	Datenschutz-, Geldwäschebeauftragter, Personal, Recht
--	---

JURCALL GmbH	Assistanceleistung
--------------	--------------------

JURCASH GmbH	Assistanceleistung
--------------	--------------------

ADR GmbH	Assistanceleistung
----------	--------------------

InterEurope AG	juristische Tätigkeit, Schadenbearbeitung/Ausland
----------------	---

VETO Rechtsanwalts-gesellschaft mbH	juristische Tätigkeit, Schadenbearbeitung
-------------------------------------	---

Datis Software	Hosting und Housing, EDV
----------------	--------------------------

März Network services GmbH	Service und Wartung, EDV
----------------------------	--------------------------

SER Software Engineering GmbH	Service und Wartung, EDV
-------------------------------	--------------------------

Steria Mummert ISS	Service und Wartung, EDV
--------------------	--------------------------

Deutsche Post AG	Porto und Versand
------------------	-------------------

Deutsche Post Direkt GmbH	Porto und Versand
---------------------------	-------------------

Deutsche Post E-Post Solutions GmbH	Porto und Versand
-------------------------------------	-------------------

Künzler Städtereinigung GmbH	Aktenvernichtung
------------------------------	------------------

Versicherungsombudsmann	Schlichtung
-------------------------	-------------

Auftragnehmer, Kooperationspartner Kategorien

Rückversicherer	Risikoprüfung, Schadenprüfung
-----------------	-------------------------------

Vermittler	Postservice, Bestandsverwaltung
------------	---------------------------------

Rechtsanwälte	Prozessführung, Forderungseinzug
---------------	----------------------------------

Gutachter	Anspruchsprüfung
-----------	------------------

Mediatoren	Beratung
------------	----------

Übersetzer	Übersetzung
------------	-------------

Auskunfteien	Wirtschaftsauskünfte
--------------	----------------------

Inkassounternehmen	Inkasso
--------------------	---------

Stand 01/10/2019

ALLGEMEINE HINWEISE

1. WAS IST IM SCHADENFALL ZU BEACHTEN?

JURCALL GmbH

Ein Unternehmen der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG (NRV)

Für eine erste Einschätzung Ihres Problems können Sie als NRV-Kunde bei der JURCALL GmbH (JURCALL) anrufen – der kompetenten Anwaltshotline. JURCALL vermittelt umfangreiche Rechtsberatung durch unabhängige und erfahrene Anwälte direkt und kostenfrei, so oft Sie wollen und in allen Rechtsgebieten. Sogar wenn Sie Rat in einer nicht versicherten Angelegenheit benötigen. Die Kosten der telefonischen Rechtsberatung übernimmt die NRV.

Die Hotline ist von Montag bis Freitag von 08:00 bis 20:00 Uhr unter **+49.621.490 977 20** zu erreichen.

Sie können aber auch einen Rückruftermin vereinbaren unter <https://jurcall.de/terminvereinbarung/>

oder Ihr Rechtsproblem über <https://jurcall.de/jurcall-mail/> schildern.

Bitte geben Sie Ihre Telefonnummer an. Sie werden dann zurückgerufen.

Selbstverständlich bekommen Sie auf Wunsch auch einen qualifizierten Anwalt in Ihrer Nähe vermittelt. Die Tätigkeit dieses Rechtsanwaltes ist jedoch nicht kostenfrei. Besteht Versicherungsschutz, so übernehmen wir die Kosten im Rahmen der Bedingungen.

Von JURCALL vermittelte Anwälte beraten Sie telefonisch auch zum Thema **Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht**. Auf Wunsch wird Ihnen eine individuelle Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht erstellt.

Diese Leistung bietet JURCALL einmal während der gesamten Vertragslaufzeit für Sie und Ihren mitversicherten Lebenspartner kostenfrei.

Voraussetzung ist, dass der Baustein EXKLUSIV mitversichert ist.

Fristen

Lassen Sie sich gleich telefonisch durch einen von JURCALL vermittelten Rechtsanwalt beraten, wenn der Schadenfall eingetreten ist. Dies ist besonders wichtig, um gesetzlich vorgeschriebene Fristen einzuhalten. Fristen werden gesetzt z. B. bei gerichtlichen Verfahren, Strafbefehlen, Bußgeldbescheiden, Kündigungsschutzklagen, Mahn- und Vollstreckungsbescheiden sowie bei allen Rechtsbehelfen, wie Widerspruch, Einspruch, Berufung, Revision usw.

Weitere Einzelheiten über das Verhalten nach dem Eintritt des Versicherungsfalles entnehmen Sie bitte § 17 der Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherungen (ARB) NRV 2020 Plus.

Mediation

Möchten Sie einer langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzung lieber aus dem Weg gehen und trotzdem Ihren Fall zu Ihrer Zufriedenheit lösen? Dann bieten wir Ihnen die Möglichkeit der außergerichtlichen Konfliktlösung, bei der Sie eine unabhängige und neutrale Person, der Mediator, auf dem Weg zu einem Kompromiss mit Ihrem Gegenüber begleitet. Haben Sie eine Selbstbeteiligung vereinbart, so rechnen wir diese nicht an, wenn Sie den Mediator für die Problemlösung nutzen und der Fall dadurch erledigt wurde. Sie zahlen auch keine Selbstbeteiligung, wenn die Mediation nicht erfolgreich war und Sie in derselben Angelegenheit nun einen Rechtsanwalt benötigen. Vorausgesetzt ist, dass Sie mindestens drei Jahre bei der NRV versichert sind und in dieser Zeit keine Kostendeckungsanfrage bei der NRV gestellt haben.

Ausland

Im Ausland ist die Schadenabwicklung meistens schwierig und zeitraubend. Hier bewährt sich die Hilfe der NRV ganz besonders.

Denn durch unsere Unterstützung und den Einsatz eines ausländischen Anwalts kann Ihr Recht schneller und besser durchgesetzt werden.

Vertragsinhalte

Haben Sie Fragen zu Ihrer Rechtsschutzversicherung oder möchten Sie wissen, ob Ihr Vertrag Ihren aktuellen Schaden absichert? Dann rufen Sie uns an:

Tel. 0621.42 04-888. Hier erhalten Sie alle Auskünfte, die Sie für Ihre Unterlagen oder für Ihren Rechtsfall benötigen.

2. WELCHE KOSTEN ÜBERNEHMEN WIR?

Wir zahlen die Kosten und Kostenvorschüsse, die zur Wahrnehmung Ihrer rechtlichen Interessen notwendig sind. Diese sind grundsätzlich vor allem

- die gesetzlichen Gebühren Ihres Anwalts,
- die Gerichtskosten einschließlich der Zeugengelder und Sachverständigengebühren sowie Vollstreckungskosten,
- die dem Gegner durch die Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen entstandenen Prozesskosten, soweit Sie zu deren Erstattung verpflichtet sind,
- die Kosten eines Mediators.

Wir sorgen für die Bereitstellung eines Darlehens von bis zu 300.000 EUR für eine Strafkautions.

Außerdem sorgen wir bei Verfahren im Ausland für die Übersetzung notwendiger Unterlagen. Geldstrafen und Bußgelder dürfen wir Ihnen allerdings nicht abnehmen. Ihr Rechtsschutz gilt grundsätzlich in ganz Europa, in den Anliegerstaaten des Mittelmeers, auf den Kanarischen Inseln, auf den Azoren und auf Madera. In einigen Rechtsschutzbereichen besteht sogar weltweiter Versicherungsschutz.

3. WELCHE LEBENSBEREICHE KÖNNEN VERSICHERT WERDEN?

Sie sind nichtselbstständig:

Sie können versichert werden als

- Privatperson,
- Kraftfahrer und
- Berufstätigen.

Das Risiko als Kraftfahrer wird durch den Verkehrs-Rechtsschutz oder den Fahrer-Rechtsschutz abgedeckt.

Besteht eine Verkehrs-Rechtsschutzversicherung über ein Kfz, sind zudem Sie, Ihr ehelicher, eingetragener oder im Versicherungsschein genannter sonstiger Lebenspartner und die minderjährigen Kinder als Fußgänger, Radfahrer und Fahrgast sowie als Eigentümer, Halter oder Fahrer von Kleinkrafträdern, Fahrrädern mit Hilfsmotor und Leichtkrafträdern versichert.

Der Fahrer-Rechtsschutz – für Personen, die nur fremde Fahrzeuge lenken – schützt den Versicherungsnehmer als Fahrer, aber auch als Fahrgast, Fußgänger und Radfahrer.

Die sonstigen Lebensbereiche werden durch den Privat- und Berufs-Rechtsschutz abgesichert.

Als Nichtselbstständiger kann man sich für alle drei Bereiche – Verkehr, Privat und Beruf – mit dem kombinierten Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz absichern.

Der Rechtsschutz im Baustein WOHNUNG/GRUNDSTÜCK für Eigentümer und Mieter von Wohnungen und Grundstücken ist ein besonderes Risiko, das eingeschlossen werden kann.

Für die verschiedenen Lebensbereiche bietet die Rechtsschutzversicherung folgende Leistungen:

Schadenersatz-Rechtsschutz

z. B. für die Durchsetzung von gesetzlichen Schadenersatzansprüchen aufgrund erlittener Personen-, Sach- und Vermögensschäden durch ein Verschulden anderer.

Arbeits-Rechtsschutz

wenn es zu Auseinandersetzungen aus einem Arbeitsverhältnis kommt.

Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz

wenn Sie Ihre Interessen als Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümer oder als Mieter behaupten müssen.

Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht

wenn im Privatbereich Ansprüche aus Verträgen des täglichen Lebens, z. B. Kauf- und Reparaturverträge, geltend gemacht oder abgewehrt werden müssen.

Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten

wenn wegen Steuern oder anderer Abgaben, z. B. Gebühren und Zöllen, ein Prozess vor dem Finanz- oder dem Verwaltungsgericht notwendig wird.

Sozialgerichts-Rechtsschutz

wenn ein Prozess vor dem Sozialgericht angestrengt werden muss, weil z. B. die gesetzliche Kranken-, Unfall- oder Rentenversicherung nicht leistet.

Verwaltungs-Rechtsschutz in Verkehrssachen

z. B. für verkehrsrechtliche Verwaltungsverfahren wegen Einschränkung, Entzug oder Wiedererlangung der Fahrerlaubnis, Fahrtenbuchauflage usw.

Verwaltungs-Rechtsschutz vor Gerichten

wenn es im privaten Bereich z. B. um die Anfechtung eines Abiturzeugnisses vor dem Verwaltungsgericht geht.

Disziplinar- und Standes-Rechtsschutz

z. B. für die Verteidigung in standesrechtlichen Verfahren der freien Berufe.

Straf-Rechtsschutz

z. B. für die Verteidigung gegen den Vorwurf der fahrlässigen Körperverletzung, weil eine andere Person durch einen Verkehrsunfall verletzt wurde.

Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz

z. B. für den Widerspruch gegen einen Bußgeldbescheid.

Beratungs-Rechtsschutz

wenn Sie sich bei veränderter Rechtslage in Fragen des Familien-, Lebenspartnerschafts- und Erbrechts lediglich beraten lassen.

Opfer-Rechtsschutz

wenn Sie Opfer einer Gewalttat geworden sind und z. B. Ansprüche aus dem Opferentschädigungsgesetz durchsetzen möchten.

Baustein EXKLUSIV

Erweitern Sie Ihre Rechtsschutzversicherung auf Bereiche, die vom Versicherungsschutz üblicherweise nicht umfasst sind.

Das sind z.B. Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Widerspruchs- und Einspruchsverfahren im Steuer-, Sozial- und Verwaltungs-Rechtsschutz.

Der Umfang Ihres Versicherungsschutzes ergibt sich aus Ihrem Versicherungsschein.

Baustein SPEZIAL-STRAFRECHT

Durch diesen Baustein können Sie den Versicherungsschutz im Straf-Rechtsschutz erweitern. Versicherungsschutz besteht nämlich auch zur Verteidigung gegen den Vorwurf einer Vorsatzstraft (z. B. Betrug). Wir leisten auch die angemessenen Gebühren aufgrund einer Honorarvereinbarung.

Der Umfang Ihres Versicherungsschutzes ergibt sich aus Ihrem Versicherungsschein.

Im Übrigen gilt:

Immer Rechtsschutz neuester Stand! (Leistungs-Update-Garantie). Haben Sie eine Rechtsschutzform im Sinne dieses Bedingungswerkes versichert und bieten wir nach einem neueren Tarif bei dieser Rechtsschutzversicherung erweiterte Leistungen an, werden Sie so gestellt, als hätten Sie diese Leistungserweiterungen ab dem Zeitpunkt ihrer Markteinführung versichert. Vorausgesetzt ist, dass der Beitrag des neuen Tarifs für diese Rechtsschutzform nicht höher ist als der entsprechende Beitrag Ihres Rechtsschutzversicherungsvertrages.

4. WER IST VERSICHERT?

Versicherungsschutz erhalten in erster Linie Sie selbst als Versicherungsnehmer. Im Verkehrs-Rechtsschutz sind der berechtigte Fahrer und die Insassen des versicherten Fahrzeuges mitversichert.

Im RECHTSSCHUTZ KLASSIK-GARANT (Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz für Nichtselbstständige) erstreckt sich der Versicherungsschutz auf den ehelichen, eingetragenen oder im Versicherungsschein genannten sonstigen Lebenspartner, die minderjährigen Kinder sowie die unverheirateten, nicht in einer Lebenspartnerschaft lebenden Kinder (auch Adoptiv-, Pflege- und Stiefkinder) sowie die im Haushalt lebenden Enkel und unentgeltlich anvertrauten Tageskinder bis zu dem Zeitpunkt, in dem die vorgenannten Kinder und Enkel erstmalig eine auf Dauer angelegte berufliche Tätigkeit ausüben.

Der Rechtsschutztarif für Singles ist für Alleinstehende mit oder ohne Kinder gedacht.

Ist der Baustein EXKLUSIV mit abgeschlossen, so erstreckt sich der Versicherungsschutz auch auf Personen, die mit Ihnen oder Ihrem mitversicherten Lebenspartner verwandt oder verschwägert sind, soweit diese Personen mit Ihnen in häuslicher Gemeinschaft (Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft) leben und an Ihrem Wohnsitz gemeldet sind.

Haben Sie Ihre Rechtsschutzversicherung nach Single-Tarif abgeschlossen dann erstreckt sich der Versicherungsschutz im Baustein EXKLUSIV nur auf Ihre verwandten und verschwägerten Personen.

5. IST JEDER RECHTSSTREIT VERSICHERT?

Die Rechtsschutzversicherung hilft Ihnen in den meisten Rechtsfällen des täglichen Lebens.

Haben Sie eine Verkehrs-Rechtsschutzversicherung abgeschlossen, so besteht wegen des Vorwurfs vorsätzlicher Verkehrsstraftaten Versicherungsschutz, sofern nicht das Strafgericht eine Vorsatztat rechtskräftig feststellt.

Im Bußgeldverfahren tritt die Versicherung ohne Rücksicht auf Vorsatz oder Fahrlässigkeit ein.

Außerhalb des Verkehrsbereichs sind alle Verfahren wegen des Vorwurfs von Straftaten, die allein in der vorsätzlichen Begehungsweise unter Strafe stehen, nicht versicherbar.

Wir bieten auch einen Baustein Spezial-Strafrecht an, im Rahmen dessen Rechtsschutz auch wegen vorsätzlicher Straftaten besteht, solange keine rechtskräftige Verurteilung wegen Vorsatzes erfolgt.

Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen sind ferner besonders schwere oder nicht abschätzbare Risiken sowie rechtliche Randgebiete, die nur für einen geringen Teil der Versichertengemeinschaft von Interesse sind, wie z. B. Streitigkeiten

- vor internationalen Gerichtshöfen,
- aus dem Recht der Handelsgesellschaften,
- in ursächlichem Zusammenhang mit Bauvorhaben,
- aus dem Kartell- oder sonstigen Wettbewerbsrecht,
- wegen der Vergabe von Studienplätzen

Solche Einschränkungen sind notwendig, damit der Beitrag für unsere Kunden erschwinglich bleibt.

Zudem besteht auch kein Rechtsschutz für Fälle, die sich vor Versicherungsbeginn ereignet haben.

Bei einigen Leistungsarten – etwa beim Arbeits-, Wohnungs- und Grundstücks-, Vertrags- und Sachenrechts-, Steuer-, Sozialgerichts- und Verwaltungs-Rechtsschutz – besteht eine Wartezeit von zwei Monaten. Das bedeutet, dass sich ein Versicherungsfall auf diesen Gebieten frühestens zwei Monate nach Versicherungsbeginn ereignen darf. Im Rechtsschutz KLASSIK-GARANT beträgt die Wartezeit beim Arbeits-Rechtsschutz 6 Monate.

Die Einzelheiten über den Umfang Ihrer Rechtsschutzversicherung entnehmen Sie bitte den ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020.

6. WAS IST WÄHREND DER LAUFZEIT DES VERTRAGES ZU BEACHTEN?

Zahlung

Jeder Versicherungsvertrag gibt den Beteiligten bestimmte Rechte; er erlegt ihnen aber auch gewisse Pflichten auf. Damit Sie im Schadenfall Ihren Versicherungsschutz nicht gefährden, empfiehlt sich die regelmäßige und pünktliche Zahlung Ihrer Versicherungsbeiträge.

Sollte sich der Beitrag für Ihre Rechtsschutzversicherung aufgrund einer Beitragsanpassung ändern, wird Ihnen die NRV dies mitteilen.

Änderungen

Sie müssen der NRV alle Veränderungen des versicherten Risikos melden (z. B. den Wechsel von einem Angestelltenverhältnis in eine selbstständige Tätigkeit und umgekehrt, Änderungen der Anzahl der Beschäftigten, des Umsatzes oder sonstiger für die Beitragsbemessung maßgeblicher Faktoren).

Haben Sie einen Verkehrs-Rechtsschutz für einzelne Fahrzeuge versichert, müssen Sie die Veräußerung des versicherten Fahrzeuges und die Anschaffung eines neuen oder zusätzlichen Fahrzeuges melden.

Nicht vergessen!

Sie erleichtern der NRV die Bearbeitung Ihrer Anliegen, wenn Sie stets die Versicherungsscheinnummer bzw. das Zeichen des jeweiligen Vorgangs angeben und auch jede Änderung Ihrer Anschrift sofort melden.

7. WIE LANGE LÄUFT IHRE VERSICHERUNG?

Die Rechtsschutzversicherung wird in der Regel mit einer Dauer von drei Jahren abgeschlossen, mindestens jedoch von einem Jahr.

Sie verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn sie nicht drei Monate vor dem vereinbarten Ablauf gekündigt wird.

Sie können unabhängig von der Vertragsdauer auch kündigen, wenn die NRV trotz Vorliegen eines Versicherungsfalles den Rechtsschutz unberechtigt ablehnt.

Außerdem haben Sie eine außerordentliche Kündigungsmöglichkeit, wenn die NRV für einen eingetretenen Versicherungsfall die Leistungspflicht bejaht hat.

Hat die NRV für mindestens zwei innerhalb von zwölf Monaten eingetretene Versicherungsfälle die Leistungspflicht bejaht, haben nicht nur Sie, sondern auch die NRV eine außerordentliche Kündigungsmöglichkeit.

Verlegen Sie Ihren Sitz, Wohnsitz oder Ihren gewöhnlichen oder ständigen Aufenthalt ins Ausland, endet der Vertrag mit der Verlegung. Sie müssen uns die Verlegung unverzüglich anzeigen und die behördliche Bestätigung zur Kenntnis bringen, um Ihren Versicherungsschutz nicht zu gefährden.

Teilen wir Ihnen mit, dass wir den Beitrag Ihres Versicherungsvertrages erhöhen wollen, ohne dass sich der Umfang des Versicherungsschutzes ändert, können Sie den Versicherungsvertrag innerhalb eines Monats nach Zugang unserer Mitteilung mit sofortiger Wirkung, frühestens jedoch zu dem Zeitpunkt kündigen, in dem die Beitragserhöhung wirksam werden soll.

WIE SIND DIE ALLGEMEINEN BEDINGUNGEN FÜR DIE RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG ZU LESEN?

Sie als unser Versicherungsnehmer haben eine bestimmte **Form** des Versicherungsschutzes versichert, zum Beispiel den RECHTSSCHUTZ KLASSIK-GARANT (Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz für Nichtselbstständige). Diese und weitere Formen sind ab § 26 ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020 beschrieben. Hier steht auch, in welcher Eigenschaft Sie versichert sind.

Jede Form des Versicherungsschutzes beinhaltet verschiedene **Leistungsarten**. Das sind die Rechtsbereiche, in denen Rechtsschutz besteht. Welche Ihr Rechtsschutzversicherungsvertrag umfasst, finden Sie bei der Vorschrift zur Form des Versicherungsschutzes, z.B. bei § 26 ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020 Absatz 3. Interessiert Sie, wie die genaue Definition für die versicherte Leistungsart lautet, schauen Sie bitte grundsätzlich in § 2 nach.

Beispiel: Die Form des § 26 RECHTSSCHUTZ KLASSIK-GARANT Stand 01/2020, umfasst unter anderem die Leistungsart des Schadenersatz-Rechtsschutzes, § 26 Absatz 3 a) ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020. Was Schadenersatz-Rechtsschutz genau ist, beschreibt § 2 a) ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020.

Es gibt jedoch **Ausschlüsse**. Auch wenn nach dem Vorgenannten ein versicherter Bereich betroffen ist, kann ein Ausschluss Versicherungsschutz hindern. Die meisten – aber nicht alle – inhaltlichen Ausschlüsse finden Sie in § 3 ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2019.

Die zeitlichen Ausschlüsse finden Sie in § 4 Abs. 2 – 6 ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020, z.B. auch solche, um sogenannten Zweckabschlüssen entgegen zu wirken. Bei einem Zweckabschluss bahnt sich ein Rechtsstreit für den Kunden ersichtlich bereits zum Zeitpunkt des Abschlusses des Rechtsschutzversicherungsvertrages an. Kosten eines solchen Rechtsstreits sollen der Versichertengemeinschaft nicht zur Last fallen.

Beispiel: Sie kommen immer wieder zu spät zur Arbeit. Als Ihr Arbeitgeber Ihnen für den Wiederholungsfall mit Kündigung droht, schließen Sie einen Rechtsschutzversicherungsvertrag ab. Als Sie wieder zu spät zur Arbeit kommen, kündigt Ihnen der Arbeitgeber fristlos wegen der wiederholten Verspätungen. Obwohl die Kündigung in versicherter Zeit geschieht, bekommen Sie keinen Versicherungsschutz.

§ 4 ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020 regelt im Übrigen die weiteren **zeitlichen Umstände**, die vorliegen müssen, damit Versicherungsschutz für die konkrete Angelegenheit besteht. So muss z.B. der Versicherungsfall in der Laufzeit des Rechtsschutzversicherungsvertrages geschehen sein, s. dort Abs. 1.

§ 5 ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020 bestimmt den **Leistungsumfang**, also was wir konkret leisten (z.B. bestimmte Anwalts- und Gerichtskosten) oder auch nicht.

Was Sie nach **Eintritt eines Versicherungsfalles** beachten müssen, steht in § 17 ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020. Dies ist z.B. die Pflicht, einen Versicherungsfall unverzüglich mitzuteilen.

Regelungen zum **Versicherungsverhältnis** (u.a. Vertragsdauer, Beitrag, Kündigungsrechte) finden Sie ab § 7 bis § 16 ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020.

Der Bedingungstext richtet sich an Sie als Versicherungsnehmer. Aber auch mitversicherte Personen können Rechte aus dem Rechtsschutzversicherungsvertrag herleiten: Die Rechtsstellung mitversicherter Personen ist in § 15 ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020 näher beschrieben.

Die genannten Vorschriften sind zum Teil nicht die Einzigen zum jeweiligen Thema. So kann zum Beispiel eine spezielle Leistungsart mit einem bestimmten Leistungsumfang statt bei § 2 und § 5 ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020 bei einer speziellen Form beschrieben sein, also in dem Abschnitt ab § 21 ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020. Grund für solche Abweichungen ist eine bessere Verständlichkeit.

Die dargestellten Beispiele und Erläuterungen veranschaulichen lediglich die Regelungen der ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020.

Personenbezogene Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter. Zur besseren Lesbarkeit wird im Text nur die männliche Form verwendet.

ALLGEMEINE BEDINGUNGEN FÜR DIE RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG (ARB) KLASSIK-GARANT

Stand 01/2020

Inhalt

Was ist Inhalt der Rechtsschutzversicherung?

1. INHALT DER VERSICHERUNG

Welche Aufgaben hat die Rechtsschutzversicherung?

§ 1 Aufgaben der Rechtsschutzversicherung 19

In welchen Rechtsbereichen sind Sie versichert?

§ 2 Leistungsarten 19

Welche Rechtsangelegenheiten umfasst der Rechtsschutz nicht?

§ 3 Ausgeschlossene Rechtsangelegenheiten 20
(inhaltliche Ausschlüsse)

Wann können wir unsere Eintrittspflicht wegen mangelnder Erfolgsaussicht oder Mutwilligkeit ablehnen und was können Sie tun?

§ 3 a Ablehnung des Rechtsschutzes wegen mangelnder Erfolgsaussichten oder wegen Mutwilligkeit
– Stichentscheid – 21

Wann entsteht der Anspruch auf eine Rechtsschutzleistung?

§ 4 Voraussetzungen für den Anspruch auf Versicherungsschutz, zeitliche Ausschlüsse 21

Was gilt beim Wechsel der Versicherung?

§ 4 a Versichererwechsel 22

Welche Kosten übernehmen wir?

§ 5 Leistungsumfang 22

Welche Kosten übernehmen wir in Mediationsverfahren?

§ 5 a Leistungsumfang:
Mediationsverfahren 24

Wann können Sie von Leistungsverbesserungen profitieren?

§ 5 b Leistungs-Update-Garantie (Innovationsklausel) 24

In welchen Ländern sind Sie versichert?

§ 6 Örtlicher Geltungsbereich 24

Nach welchen Regeln richtet sich das Versicherungsverhältnis zwischen Rechtsschutzversicherer und Versicherten?

2. VERSICHERUNGSVERHÄLTNIS

Wann beginnt der Versicherungsschutz?

§ 7 Beginn des Versicherungsschutzes 24

Für welche Dauer ist der Vertrag abgeschlossen?

§ 8 Vertragsdauer 24

Wie lange dauert ein Versicherungsjahr?

§ 8 a Versicherungsjahr 24

Was ist bei der Zahlung des Versicherungsbeitrags zu beachten?

§ 9 Beitrag 24
A. Beitrag und Versicherungsteuer
B. Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/
erster oder einmaliger Beitrag
C. Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung/Folgebeitrag
D. Rechtzeitigkeit der Zahlung bei SEPA-Lastschriftmandat
E. Beitrag bei vorzeitiger Vertragsbeendigung

Welche Entwicklungen können zu einer Anpassung des Versicherungsbeitrags führen?

§ 10 Beitragsanpassung 25

Wie wirkt sich eine Veränderung der persönlichen oder sachlichen Verhältnisse des Versicherten auf den Versicherungsbeitrag aus?

§ 11 Änderung der für die Beitragsberechnung wesentlichen Umstände .. 25

Was geschieht, wenn das versicherte Interesse wegfällt?

§ 12 Wegfall des versicherten Interesses 26

Welche Folgen hat ein Umzug ins Ausland für Ihren Vertrag mit uns?

§ 12 a Vertragsbeendigung bei Umzug ins Ausland, Anzeigepflicht 26

In welchen Fällen kann der Vertrag vorzeitig gekündigt werden?

§ 13 Kündigung nach Versicherungsfall. 26

Wann verjähren die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag?

§ 14 Gesetzliche Verjährung. 26

Welche Rechtsstellung haben mitversicherte Personen?

§ 15 Rechtsstellung mitversicherter Personen 26

Was ist bei Anzeigen und Erklärungen zu beachten?

§ 16 Anzeigen, Willenserklärungen, Anschriftenänderung 27

Was ist im Versicherungsfall zu beachten?

3. OBLIEGENHEITEN, RECHTSWEG

Welche Rechte und Pflichten bestehen im Versicherungsfall?

§ 17 Verhalten im Versicherungsfall/Erfüllung von Obliegenheiten 27

§ 18 entfällt

§ 19 entfällt

Welches Gericht ist für Klagen aus dem Versicherungsvertrag zuständig und welches Recht ist anzuwenden?

§ 20 Zuständiges Gericht/anzuwendendes Recht 27

In welchen Formen wird der Versicherungsschutz angeboten?

4. FORMEN DES VERSICHERUNGSSCHUTZES

§§ 21 bis 25 a entfällt

§ 26 KLASSIK-GARANT mit Baustein FLEXIBILITÄT 28

§ 26 a Baustein EXKLUSIV 28

§ 26 b KLASSIK-GARANT 30

§§ 27 bis 28 a entfällt

§ 29 Baustein WOHNUNG/GRUNDSTÜCK 30

§ 29 a ERWEITERUNG Baustein WOHNUNG/GRUNDSTÜCK 30

§§ 30 bis 30 a entfällt

KLAUSEL ZU § 26, 30
SINGLE-RECHTSSCHUTZ

SONDERBEDINGUNGEN ZU DEN ARB KLASSIK-GARANT 31

Stand 01/2020:

SPEZIAL-STRAF-RECHTSSCHUTZ FÜR PRIVATKUNDEN

Was ist Inhalt der Rechtsschutzversicherung?

1. INHALT DER VERSICHERUNG

Welche Aufgaben hat die Rechtsschutzversicherung?

§ 1 Aufgaben der Rechtsschutzversicherung

Sie möchten Ihre rechtlichen Interessen wahrnehmen, wir erbringen die dafür erforderlichen Leistungen. Diese sind im Versicherungsantrag, im Versicherungsschein und in diesen Versicherungsbedingungen beschrieben.

In welchen Rechtsbereichen sind Sie versichert?

§ 2 Leistungsarten

Je nach Vereinbarung umfasst Ihr Versicherungsschutz folgende Leistungsarten:

a) Schadenersatz-Rechtsschutz

um Ihre Schadenersatzansprüche durchzusetzen.

Solche Ansprüche dürfen allerdings nicht auch auf einer Vertragsverletzung oder einer Verletzung eines dinglichen Rechts (zum Beispiel Eigentum) an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen beruhen.

(Beispiel im Verkehrs-Rechtsschutz: Autounfall – Sie machen Ansprüche gegen den Unfallgegner geltend.)

(Beispiel im Privat-Rechtsschutz: Beschädigung des Fernsehers durch einen Gast – Sie machen die Reparaturkosten gegen den Gast geltend.)

b) Arbeits-Rechtsschutz

um Ihre rechtlichen Interessen wahrzunehmen, aus

- Arbeitsverhältnissen
- öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen hinsichtlich dienst- und versorgungsrechtlicher Ansprüche.

(Beispiel: Kündigungsschutzklage)

c) Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz

um Ihre rechtlichen Interessen wahrzunehmen aus

- Miet- und Pachtverhältnissen,

(Beispiel: Auseinandersetzung wegen Mieterhöhung)

- sonstigen Nutzungsverhältnissen,

(Beispiel: Streitigkeit um ein Wohnrecht)

• dinglichen Rechten,
(Beispiel: Auseinandersetzung um den Verlauf der Grundstücksgrenze)
die Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile in Deutschland zum Gegenstand haben.

d) Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht

um Ihre rechtlichen Interessen aus privatrechtlichen Schuldverhältnissen und dinglichen Rechten wahrzunehmen.

(Erläuterung: Ein „Schuldverhältnis“ besteht etwa zwischen Käufer und Verkäufer.)

(Erläuterung für ein dingliches Recht: z.B. das Eigentum an einer Sache.)

Dieser Versicherungsschutz gilt nicht, soweit es sich um eine Angelegenheit aus den Bereichen

- Schadenersatz-Rechtsschutz (siehe oben a)),
- Arbeits-Rechtsschutz (siehe oben b)) oder
- Wohnungs- und Grundstück-Rechtsschutz (siehe oben c)) handelt.

e) Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten

um Ihre rechtlichen Interessen im Zusammenhang mit Steuern und Abgaben vor deutschen Finanz- und Verwaltungsgerichten wahrzunehmen, aber erst ab dem gerichtlichen Verfahren.

f) Sozialgerichts-Rechtsschutz

um Ihre rechtlichen Interessen wahrzunehmen vor deutschen Sozialgerichten, aber erst ab dem gerichtlichen Verfahren

aa) in ursächlichem Zusammenhang mit den Folgen eines Verkehrsunfalls
(Sozialgerichts-Rechtsschutz in Verkehrssachen),

bb) in nicht verkehrsrechtlichen Angelegenheiten.

g) Verwaltungs-Rechtsschutz

um Ihre rechtlichen Interessen wahrzunehmen

aa) in verkehrsrechtlichen Angelegenheiten vor Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichten (Verwaltungs-Rechtsschutz in Verkehrssachen),

bb) in nicht verkehrsrechtlichen Angelegenheiten im privaten Bereich vor deutschen Verwaltungsgerichten, aber erst ab dem gerichtlichen Verfahren.

Dieser Versicherungsschutz gilt nicht, soweit es sich um eine Angelegenheit aus dem Bereich des Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz

(siehe oben c) handelt.

h) Disziplinar- und Standes-Rechtsschutz

für die Verteidigung in Disziplinar- und Standesrechtsverfahren;

(Erläuterung: Standesrecht ist das Berufsrecht der freien Berufe, z.B. der Ärzte, Rechtsanwälte oder Architekten)

(Erläuterung: Disziplinarrecht hat Dienstvergehen von Beamten zum Gegenstand)

i) Straf-Rechtsschutz

aa) Ihnen wird ein verkehrsrechtliches Vergehen vorgeworfen: Sie haben Versicherungsschutz für die Verteidigung gegen den Vorwurf.

(Erläuterung: Ein Vergehen ist eine Straftat, die die Verletzung der Sicherheit und Ordnung im Straßenverkehr unter Strafe stellt und im Mindestmaß mit einer Freiheitsstrafe von unter einem Jahr oder Geldstrafe bedroht ist.)

Ausnahme: Ein Gericht stellt rechtskräftig fest, dass Sie das Vergehen vorsätzlich begangen haben. In diesem Fall sind Sie verpflichtet, uns die entstandenen Kosten zu erstatten.

Sie haben **keinen** Versicherungsschutz, wenn Ihnen ein Verbrechen vorgeworfen wird (Ein Verbrechen ist eine Straftat, die im Mindestmaß mit einer Freiheitsstrafe von einem Jahr bedroht ist).

bb) Ihnen wird ein sonstiges strafrechtliches Vergehen vorgeworfen:

Sie haben Versicherungsschutz, wenn

- das Vergehen vorsätzlich und fahrlässig nach dem Gesetz strafbar ist und
- Ihnen ein fahrlässiges Verhalten vorgeworfen wird.

(Erläuterung: Sie erhalten also keinen Versicherungsschutz, wenn Ihnen ein vorsätzliches Verhalten vorgeworfen wird.)

Wird Ihnen jedoch ein vorsätzliches Verhalten vorgeworfen, erhalten Sie zunächst keinen Versicherungsschutz. Wenn Sie nicht wegen vorsätzlichen Verhaltens verurteilt werden, erhalten Sie rückwirkend Versicherungsschutz. Ändert sich der Vorwurf während des Verfahrens auf fahrlässiges Verhalten, besteht ab diesem Zeitpunkt Versicherungsschutz.

(Beispiel: Während des Verfahrens ändert sich der Vorwurf der „vorsätzlichen Körperverletzung“ in einen der „fahrlässige Körperverletzung“.)

In folgenden Fällen haben Sie also keinen Versicherungsschutz:

- Ihnen wird ein **Verbrechen** vorgeworfen
(Beispiel: Meineid, Raub)
- Ihnen wird ein **Vergehen** vorgeworfen, das nur vorsätzlich begangen werden kann

(Beispiel: Beleidigung, Diebstahl, Betrug, Sachbeschädigung)

Dabei ist es egal, ob der Vorwurf berechtigt ist oder wie das Strafverfahren ausgeht.

j) Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz

für Ihre Verteidigung, wenn Ihnen eine Ordnungswidrigkeit vorgeworfen wird. (Beispiel im Verkehrs-Rechtsschutz: Sie sollen gegen die Gurt- oder Helmpflicht verstoßen haben.)

(Beispiel im Privat-Rechtsschutz: Sie sollen unzulässigen Lärm verursacht haben.)

k) Beratungs-Rechtsschutz im Familien-, Lebenspartnerschafts-, Betreuungs- und Erbrecht

für einen Rat oder eine Auskunft eines in Deutschland zugelassenen Rechtsanwaltes in familien-, lebenspartnerschafts-, betreuungs- und erbrechtlichen Angelegenheiten. Wird der Rechtsanwalt darüber hinaus tätig, erstatten wir insgesamt keine Kosten.

l) entfällt

m) entfällt

n) Rechtsschutz für Opfer von Gewalttaten

als Nebenkläger für eine erhobene öffentliche Klage vor einem deutschen Strafgericht. Voraussetzung ist, dass Sie als **Opfer einer Gewalttat** verletzt wurden.

Eine Gewalttat liegt vor bei Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung, schwerer Verletzung der körperlichen Unversehrtheit und der persönlichen Freiheit sowie bei Mord und Totschlag.

Sie haben Versicherungsschutz für die Beistandsleistung eines Rechtsanwalts

- im Ermittlungsverfahren,
- im Nebenklageverfahren,
- für den Antrag nach § 1 Gewaltschutzgesetz,
- für den sogenannten Täter-Opfer-Ausgleich nach § 46a Ziffer 1 Strafgesetzbuch in nicht vermögensrechtlichen Angelegenheiten.

Sie haben zusätzlich Versicherungsschutz für die außergerichtliche Durchsetzung von Ansprüchen nach dem Sozialgesetzbuch und dem Opferentschädigungsgesetz. Dies gilt aber nur unter **folgenden weiteren Voraussetzungen:**

- Sie sind nebenklageberechtigt und
- durch die Straftat ist ein dauerhafter **Körperschaden** eingetreten.

Ausnahme: Wenn Sie die kostenlose Beordnung eines Rechtsanwalts als Beistand nach der Strafprozessordnung in Anspruch nehmen können, besteht kein Versicherungsschutz.

- o) **Rechtsschutz im Urheberrecht**
um Ihre rechtlichen Interessen wahrzunehmen, wenn Ihnen ein Urheberrechtsverstoß in unmittelbarem Zusammenhang mit der Internetnutzung im privaten Bereich vorgeworfen wird.
(Beispiel: Für Ihre private Homepage verwenden Sie Fotos aus dem Internet, welche urheberrechtlich geschützt sind. Sie werden aufgrund dessen von dem Inhaber der Bildrechte abgemahnt.)
Für alle im Kalenderjahr eingetretenen Versicherungsfälle übernehmen wir insgesamt höchstens 500 EUR.
- p) **Beratungs-Rechtsschutz in Verbraucherinsolvenzverfahren**
für einen Rat oder eine Auskunft eines in Deutschland zugelassenen Rechtsanwaltes in privaten Verbraucherinsolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren.
Wird der Rechtsanwalt aber über einen Rat oder eine Auskunft hinaus tätig, erstatten wir insgesamt keine Kosten.
Wir übernehmen insgesamt höchstens 500 EUR je Versicherungsfall.

Welche Rechtsangelegenheiten umfasst der Rechtsschutz nicht? § 3 Ausgeschlossene Rechtsangelegenheiten (inhaltliche Ausschlüsse)

In folgenden Fällen haben Sie **keinen** Versicherungsschutz:

- (1) Jede Interessenwahrnehmung in ursächlichem Zusammenhang mit
- Krieg, feindseligen oder terroristischen Handlungen, Aufruhr, inneren Unruhen, Streik, Aussperrung oder Erdbeben;
 - Nuklearschäden und genetischen Schäden. Dieser Ausschluss gilt nicht für Schäden aus einer medizinischen Behandlung;
 - Bergbauschäden und Beeinträchtigungen aufgrund von bergbaubedingten Immissionen an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen, (Erläuterung: Immissionen sind Einwirkungen wie z. B. Erschütterungen);
 - aa) dem Kauf oder Verkauf eines Grundstücks, das bebaut werden soll;
bb) der Planung oder Errichtung eines Gebäudes oder Gebäudeteils, das sich in Ihrem Eigentum oder Besitz befindet oder das Sie erwerben oder in Besitz nehmen möchten. Gleiches gilt für die Planung oder Errichtung einer sonstigen baulichen Anlage;
 - cc) der genehmigungs-/anzeigepflichtigen baulichen Veränderung eines Grundstücks, Gebäudes oder Gebäudeteils. Dieses Grundstück, Gebäude oder Gebäudeteil befindet sich in Ihrem Eigentum oder Besitz oder Sie möchten es erwerben oder in Besitz nehmen. Gleiches gilt für die bauliche Veränderung einer sonstigen baulichen Anlage.
 - dd) Auch bei der Finanzierung eines der unter aa) bis cc) genannten Vorhaben haben Sie keinen Versicherungsschutz.
- (2) a) Sie wollen Schadenersatz- oder Unterlassungsansprüche abwehren.
(Beispiel im Verkehrs-Rechtsschutz: Sie haben einen Verkehrsunfall und der Gegner will Schadenersatz von Ihnen.)
Ausnahme: Der Schadenersatz- oder Unterlassungsanspruch beruht auf einer Vertragsverletzung.
(Beispiel im Verkehrs-Rechtsschutz: Der Vermieter des Mietfahrzeugs verlangt Schadenersatz wegen verspäteter Rückgabe. Dies ist aufgrund des Mietvertrags über den Vertrags-Rechtsschutz versichert.);
- Streitigkeiten aus kollektivem Arbeits- oder Dienstrecht (z. B. das Mitbestimmungsrecht in Unternehmen und Betrieben);
 - Streitigkeiten aus
 - dem Recht der Handelsgesellschaften oder
 - Anstellungsverhältnissen gesetzlicher Vertreter juristischer Personen (zum Beispiel: Geschäftsführer einer GmbH oder Vorstände einer Aktiengesellschaft).
Ausnahme: Sie haben den Anstellungsvertrags-Rechtsschutz für Unternehmensleiter, § 2 l) bb), vereinbart;
 - Streitigkeiten in ursächlichem Zusammenhang mit Patent-, Urheber-, Marken-, Geschmacksmuster-/Gebrauchsmusterrechten oder sonstigen Rechten aus geistigem Eigentum. **Ausnahme in Bezug auf Urheberrecht:** Sie haben Beratungs-Rechtsschutz im Urheberrecht nach § 2 o) vereinbart;
 - Streitigkeiten aus dem Kartell- oder sonstigem Wettbewerbsrecht;
 - Streitigkeiten in ursächlichem Zusammenhang mit
 - Spiel- oder Wettverträgen,
– Gewinnzusagen sowie
– Termin- oder vergleichbaren Spekulationsgeschäften und deren Finanzierung,
 - aaa) dem Ankauf, der Veräußerung, der Verwaltung von
 - Wertpapieren (z. B. Aktien, Rentenwerte, Fondsanteile),
 - Wertrechten, die Wertpapieren gleichstehen,
 - Beteiligungen (z.B. Kapitalanlagemodellen, stillen Gesellschaften, Genossenschaften) und deren Finanzierung,
- bbb) sonstigen Kapitalanlagen und dessen bzw. deren Finanzierung. Ausgenommen hiervon, bb), sind:
- Güter zum eigenen Ge- oder Verbrauch,
 - Gebäude oder Gebäudeteile, soweit diese zu eigenen Wohnzwecken genutzt werden oder genutzt werden sollen,
 - vermögenswirksame Leistungen
 - Giro-, Festgeld- oder Tagesgeldkonten,
 - Spareinlagen im Sinne von § 1 Abs. 29 Satz 2 Kreditwesengesetz (KWG),
 - steuerlich geförderte oder betriebliche Altersvorsorgeprodukte,
 - private Renten- und Kapitallebensversicherungen, soweit sie nicht fondsgebunden sind;
- Streitigkeiten aus dem Bereich des Familien-, Lebenspartnerschafts-, Betreuungs- und Erbrechts,
Ausnahme: Sie haben Beratungs-Rechtsschutz im Familien-, Lebenspartnerschafts-, Betreuungs- und Erbrecht nach § 2 k) vereinbart;
 - Sie wollen gegen uns oder unser Schadenabwicklungsunternehmen vorgehen;
 - Streitigkeiten wegen
 - der steuerlichen Bewertung von Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen,
 - Erschließungs- und sonstiger Anliegerabgaben;**Ausnahme:** Es handelt sich um laufend erhobene Gebühren für die Grundstücksversorgung;
 - entfällt
 - entfällt
 - entfällt
 - Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Teilnutzungsrechten an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen;
 - Sie nehmen Ihre Interessen als Eigentümer oder Halter eines im Ausland zugelassenen Fahrzeugs zu Lande, zu Wasser oder in der Luft oder Anhängers wahr.
- (3) Sie nehmen Ihre rechtlichen Interessen wahr
- vor Verfassungsgerichten,
 - vor internationalen oder supranationalen Gerichtshöfen (Beispiel: Europäischer Gerichtshof).
Ausnahme: Sie nehmen Ihre rechtlichen Interessen als Bediensteter internationaler oder supranationaler Organisationen aus Arbeitsverhältnissen oder öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen wahr.
 - in ursächlichem Zusammenhang mit einem Insolvenzverfahren, das über Ihr Vermögen eröffnet wurde oder eröffnet werden soll. (Beispiel: Zwangsversteigerung des Fahrzeugs infolge Ihres Insolvenzantrags).
Ausnahme: Sie haben Beratungs-Rechtsschutz in Verbraucherinsolvenzverfahren nach § 2 p) vereinbart.
 - bei Streitigkeiten
 - in Enteignungs-, Planfeststellungs-, Flurbereinigungs-Angelegenheiten,
 - in Angelegenheiten, die im Baugesetzbuch geregelt sind;
 - in Ordnungswidrigkeiten- bzw. Verwaltungsverfahren wegen eines Halt- oder Parkverstoßes;
Ausnahme:
 - Ihnen droht eine Eintragung in das deutsche Fahreignisregister (FAER) und zugleich
 - wird das Verfahren nicht mit einer Kostenentscheidung nach § 25 a StVG („Nichtermittlung des Fahrers“) abgeschlossen.
 Wird erst nachträglich bekannt, dass das Verfahren mit einer Kostenentscheidung nach § 25 a StVG abgeschlossen ist, sind Sie verpflichtet, die von uns erbrachten Leistungen zu erstatten;
 - in ursächlichem Zusammenhang mit
 - Vorschriften aus dem Asyl-, Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht,
 - Regelungen zur Sozialhilfe, zur Grundsicherung für Arbeitsuchende und zum Wohngeld.
 (Beispiel: Sogenanntes „Hartz IV“);
 - in ursächlichem Zusammenhang mit der Vergabe von Studienplätzen;
 - in ursächlichem Zusammenhang mit Verwaltungsverfahren, die dem Schutz der Umwelt (vor allem von Boden, Luft und Wasser) dienen, insbesondere Streitigkeiten aufgrund von Immissionsschutzgesetzen;
 - in ursächlichem Zusammenhang mit staatlichen Subventionen, Finanz- oder Beihilfen;
 - in ursächlichem Zusammenhang mit der Vergabe von Kindertagesstätten- und Kindertagespflegeplätzen.

- (4) a) Es bestehen Streitigkeiten
- zwischen Ihnen und weiteren Versicherungsnehmern desselben Rechtsschutzversicherungsvertrages,
 - von Mitversicherten gegen Sie,
 - von Mitversicherten untereinander;
- b) Streitigkeiten sonstiger Lebenspartner (nicht eheliche und nicht eingetragene Lebenspartner gleich welchen Geschlechts) untereinander, wenn diese Streitigkeiten in ursächlichem Zusammenhang mit der Partnerschaft stehen. Dies gilt auch, wenn die Partnerschaft beendet ist.
- c) Ansprüche oder Verbindlichkeiten werden auf Sie übertragen oder sind auf Sie übergegangen, nachdem ein Versicherungsfall bereits eingetreten ist. (Beispiel: Ihr Arbeitskollege hat einen Verkehrsunfall und überträgt seine Schadenersatzansprüche auf Sie. Diese wollen Sie gegenüber dem Unfallgegner geltend machen.)
- d) Sie wollen die Ansprüche eines anderen geltend machen oder Sie sollen für Verbindlichkeiten eines anderen einstehen. (Beispiel: Sie bürgen für die Schuld eines Arbeitskollegen und sollen nun zahlen.)
- (5) Sie haben in den Leistungsarten nach § 2 a) bis h), k), l), o) und p) den Versicherungsfall **vorsätzlich** und **rechtswidrig** herbeigeführt. Wird dies erst nachträglich bekannt, sind Sie verpflichtet, die von uns erbrachten Leistungen zurückzahlen.
- (6) Aus rechtlichen Gründen weisen wir Sie auf Folgendes hin: Versicherungsschutz haben Sie nur, soweit nicht die folgenden, auf die Vertragsparteien direkt anwendbaren, Maßnahmen entgegenstehen:
- Wirtschaftssanktionen,
 - Handelssanktionen,
 - Finanzsanktionen oder
 - Embargos der Europäischen Union oder von Deutschland.
- Die übrigen Bestimmungen unseres Vertrages sind davon nicht betroffen. Dies gilt auch für Wirtschafts-, Handels- oder Finanzsanktionen bzw. Embargos, die durch die Vereinigten Staaten von Amerika in Hinblick auf den Iran erlassen werden. Dem dürfen allerdings nicht europäische oder deutsche Rechtsvorschriften entgegenstehen.

Wann können wir unsere Eintrittspflicht wegen mangelnder Erfolgsaussicht oder Mutwilligkeit ablehnen und was können Sie tun?

§ 3 a Ablehnung des Rechtsschutzes wegen mangelnder Erfolgsaussichten oder wegen Mutwilligkeit

– Stichentscheidverfahren –

- (1) Wir können den Versicherungsschutz **ablehnen**, wenn unserer Auffassung nach
- a) die Wahrnehmung Ihrer rechtlichen Interessen nach § 2 a) bis g), l) und o) **keine hinreichende Aussicht auf Erfolg** hat oder
- b) Sie Ihre rechtlichen Interessen **mutwillig** wahrnehmen wollen. Mutwilligkeit liegt dann vor, wenn die voraussichtlich entstehenden Kosten in einem groben Missverhältnis zum angestrebten Erfolg stehen. In diesem Fall können wir nicht zahlen, weil die berechtigten Interessen der Versicherten-gemeinschaft beeinträchtigt würden.
- Die Ablehnung müssen wir Ihnen in diesen Fällen unverzüglich schriftlich mitteilen, und zwar mit Begründung. (Erläuterung: „Unverzüglich“ heißt nicht unbedingt „sofort“, sondern „ohne schuldhaftes Zögern“ bzw. „so schnell wie eben möglich“.)
- (2) Was geschieht, wenn wir eine Leistungspflicht nach Abs. 1 ablehnen und Sie damit **nicht** einverstanden sind?
- In diesem Fall können Sie den für Sie tätigen oder noch zu beauftragenden Rechtsanwalt veranlassen, eine begründete Stellungnahme abzugeben, und zwar zu folgenden Fragen:
- Besteht eine hinreichende Aussicht auf Erfolg und
 - steht die Durchsetzung Ihrer rechtlichen Interessen in einem angemessenen Verhältnis zum angestrebten Erfolg?
- Die Kosten für diese Stellungnahme übernehmen wir. Die Entscheidung des Rechtsanwalts ist für Sie und uns bindend.
- Ausnahme:** Diese Entscheidung weicht offenbar von der tatsächlichen Sach- oder Rechtslage erheblich ab.
- Damit der Rechtsanwalt die Stellungnahme abgeben kann, müssen Sie ihn vollständig und wahrheitsgemäß über die Sachlage unterrichten. Außerdem müssen Sie die Beweismittel angeben. Wenn Sie diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, entfällt Ihr Versicherungsschutz.

Wann entsteht der Anspruch auf eine Rechtsschutzleistung?

§ 4 Voraussetzungen für den Anspruch auf Versicherungsschutz (zeitliche Ausschlüsse)

- (1) Sie haben Anspruch auf Versicherungsschutz, wenn ein Versicherungsfall nach Beginn des Versicherungsschutzes und vor dessen Ende eingetreten ist.
- Ausnahme:** Für folgende Leistungsarten besteht Versicherungsschutz jedoch erst nach Ablauf von zwei Monaten nach Versicherungsbeginn (Wartezeit):
- Arbeits-Rechtsschutz (§ 2 b)),
 - Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz (§ 2 c)),
 - Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht (§2 d)),
 - Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten (§ 2 e)),
 - Sozialgerichts-Rechtsschutz (§ 2 f)),
 - Verwaltungs-Rechtsschutz (§ 2 g)),
 - Rechtsschutz für Unternehmensleiter (§ 2 l)),
 - Rechtsschutz im Urheberrecht (§ 2 o)),
 - Beratungs-Rechtsschutz in Verbraucherinsolvenzverfahren (§ 2 p)).
- Handelt es sich im Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht (§2 d)) um die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aufgrund eines Kauf- oder Leasingvertrages über ein fabrikneues Kraftfahrzeug, entfällt die Wartezeit.
- Weitere **Ausnahme:** Endet Ihr Versicherungsvertrag durch Berufsaufgabe oder Tod, besteht für Sie oder Ihre Erben Versicherungsschutz auch für Versicherungsfälle, die
- innerhalb eines Jahres nach der Beendigung des Versicherungsvertrages eintreten und
 - im Zusammenhang mit Ihrer im Versicherungsschein genannten Tätigkeit stehen.
- Der Versicherungsfall ist:**
- a) Im Schadenersatz-Rechtsschutz § 2 a), das erste Ereignis, bei dem der Schaden eingetreten ist oder eingetreten sein soll.
- b) Im Beratungs-Rechtsschutz
- für Familien-, Lebenspartnerschafts- und Erbrecht, § 2 k), das Ereignis, das zur Änderung Ihrer Rechtslage oder der Rechtslage einer mitversicherten Person geführt hat,
 - für Betreuungsrecht, § 2 k), die Einleitung des Betreuungsverfahrens über Sie oder eine mitversicherte Person.
- c) Soweit keine andere Regelung besteht, der Zeitpunkt, zu dem Sie oder ein anderer (zum Beispiel der Gegner oder ein Dritter) gegen Rechtspflichten oder Rechtsvorschriften verstoßen hat oder verstoßen haben soll.
- (2) Wenn sich der Versicherungsfall über einen Zeitraum erstreckt, ist dessen **Beginn** maßgeblich.
- Sind **mehrere** Versicherungsfälle eingetreten, ist der **erste** entscheidend. Wenn dieser erste Versicherungsfall innerhalb der Vertragslaufzeit eintritt, erhalten Sie Versicherungsschutz. Wenn dieser erste Versicherungsfall vor Vertragsbeginn eingetreten ist, haben Sie keinen Anspruch auf Versicherungsschutz. Zu Ihren Gunsten bleiben Versicherungsfälle unberücksichtigt, die länger als ein Jahr vor Beginn des Versicherungsschutzes eingetreten sind.
- (3) In folgenden Fällen haben Sie keinen Versicherungsschutz:
- a) Der Versicherungsfall liegt zwar nach Beginn des Versicherungsschutzes. Diesem ging jedoch voraus, dass Sie vor Versicherungsbeginn
- einen Antrag bei einer Behörde gestellt haben (Beispiel: Bestimmung des Grades einer Behinderung, Unfallanzeige bei einer Berufsgenossenschaft, Wiedererteilung der Fahrerlaubnis),
 - einen Antrag auf Leistung aus einem anderen Versicherungsvertrag gestellt haben (Beispiel: Anspruch auf BU-Rente oder Unfall Invaliditätsleistung),
 - ein Kündigungsrecht ausgeübt haben und der Versicherungsfall hängt mit der Beendigung des gekündigten Vertrages zusammen (Beispiel: Sie haben einen Mietvertrag gekündigt und nach Versicherungsbeginn gibt es Streit um die Kautions- oder Schönheitsreparaturen).
- Zu Ihren Gunsten bleiben Anträge und Kündigungen unberücksichtigt, die länger als ein Jahr vor Beginn des Versicherungsschutzes gestellt oder ausgeübt wurden.
- b) Sie melden uns einen Versicherungsfall, sind aber zu diesem Zeitpunkt länger als drei Jahre für den betroffenen Bereich nicht mehr bei uns versichert.
- (4) a) Im Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten (siehe § 2 e)) besteht kein Versicherungsschutz, wenn die tatsächlichen oder behaupteten Voraussetzungen für die Festsetzung Ihrer Abgaben (zum Beispiel: Steuern, Gebühren) vor Vertragsbeginn liegen.

- b) Im Sozialgerichts-Rechtsschutz (siehe § 2 f) bb)) besteht kein Versicherungsschutz, wenn die tatsächlichen oder behaupteten Voraussetzungen für den Regress wegen unwirtschaftlicher Verwaltungs- und Behandlungsweise vor Vertragsbeginn liegen.
- (5) In folgenden Fällen haben Sie keinen Versicherungsschutz:
- Sie berufen sich auf die Ausübung eines Rechts (z.B. Widerruf) und als Voraussetzung hierfür auf die Mangelhaftigkeit, Rechtswidrigkeit oder die Nichtbekanntgabe einer Belehrung oder Pflichtangabe. Diese Belehrung oder Pflichtangabe wurde Ihnen vor Beginn des Versicherungsschutzes gegeben oder hätte Ihnen gegeben werden müssen;
 - Sie gehen gegen eine Kündigung Ihres Arbeitsverhältnisses vor. Die Gegenseite begründet die Kündigung im oder außerhalb des Kündigungsschreibens mit Fehlverhalten von Ihnen, das vor dem Beginn des Versicherungsschutzes stattgefunden hat oder stattgefunden haben soll. Die Fehlerhaftigkeit Ihres Verhaltens oder zumindest der Vorwurf dieses Fehlverhaltens war Ihnen bei Abschluss des Rechtsschutzversicherungsvertrages bekannt;
 - Sie gehen gegen eine Abmahnung vor. Die Gegenseite begründet die Abmahnung mit Fehlverhalten von Ihnen, das vor dem Beginn des Versicherungsschutzes stattgefunden hat oder stattgefunden haben soll. Die Fehlerhaftigkeit Ihres Verhaltens oder zumindest der Vorwurf dieses Fehlverhaltens war Ihnen bei Abschluss des Rechtsschutzversicherungsvertrages bekannt;
 - Sie möchten als Vermieter eines Grundstücks, Gebäudes oder Gebäudeteils eine Mieterhöhung durchsetzen. Die Zustimmung zur Mieterhöhung haben Sie vor dem Beginn des Versicherungsschutzes verlangt. Ihr Mieter hat dieser Mieterhöhung nicht oder nicht fristgerecht zugestimmt;
 - Sie möchten als Vermieter eines Grundstücks, Gebäudes oder Gebäudeteils eine Kündigung des Mietvertrages durchsetzen, weil der Mieter Mietzahlungen nicht oder nicht fristgerecht leistet. Der Mieter begründet dies mit der Mangelhaftigkeit des Mietobjekts, die bereits vor dem Beginn des Versicherungsschutzes vorgelegen hat oder vorgelegen haben soll. Die Mangelhaftigkeit oder zumindest der Vorwurf der Mangelhaftigkeit war Ihnen bei Abschluss des Rechtsschutzversicherungsvertrages bekannt;
 - Sie erhalten als Mieter eines Grundstücks, Gebäudes oder Gebäudeteils eine Kündigung des Mietvertrages, weil Sie Mietzahlungen nicht oder nicht fristgerecht geleistet haben oder haben sollen und möchten sich gegen die Kündigung bzw. deren Durchsetzung wehren. Hierfür begründen Sie die Nichtzahlung der Miete mit einer Mangelhaftigkeit des Mietobjekts. Diese Mangelhaftigkeit lag bereits vor dem Beginn des Versicherungsschutzes vor und war Ihnen bei Abschluss des Rechtsschutzversicherungsvertrages bekannt;
 - Sie sind in der Eigenschaft als gesetzlicher Vertreter einer juristischen Person versichert. Gegen Sie werden Ansprüche aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen wegen des Ersatzes eines Vermögensschadens erhoben. Sie wollen diese Ansprüche abwehren. Ihr angebliches oder tatsächliches Fehlverhalten, das diesen Ansprüchen zugrunde liegt, geschah jedoch bereits vor dem Beginn des Versicherungsschutzes oder soll davor geschehen sein. Die Fehlerhaftigkeit Ihres Verhaltens oder zumindest der Vorwurf des Fehlverhaltens war Ihnen bei Abschluss des Rechtsschutzversicherungsvertrages bekannt.
- (6) Neben den speziellen Sachverhalten, für die nach Abs. 5 kein Versicherungsschutz besteht, besteht allgemein kein Versicherungsschutz in den folgenden Fällen:
- Ihnen wird ein Vertrag gekündigt, weil Sie sich vertragswidrig verhalten haben oder haben sollen. Dieses angebliche oder tatsächliche vertragswidrige Verhalten datiert vor dem Beginn des Versicherungsschutzes. Die Vertragswidrigkeit Ihres Verhaltens oder zumindest der Vorwurf des vertragswidrigen Verhaltens war Ihnen bei Abschluss des Rechtsschutzversicherungsvertrages bekannt;
 - Gegen Sie werden Zahlungsansprüche erhoben. Die geforderten Zahlungen waren – angeblich oder tatsächlich – bereits vor dem Beginn des Versicherungsschutzes fällig. Die Nichtzahlung trotz Fälligkeit, zumindest der Vorwurf der Nichtzahlung trotz Fälligkeit, war Ihnen bei Abschluss des Rechtsschutzversicherungsvertrages bekannt.

Was gilt beim Wechsel der Versicherung?

§ 4 a Versichererwechsel

- (1) Damit Sie bei einem Versichererwechsel möglichst keine Nachteile haben, haben Sie uns gegenüber Versicherungsschutz in folgenden Fällen (dies gilt abweichend von den Regelungen in § 4 Absätze 3, 4, 5 und 6):

- Der Versicherungsfall ist in unserer Vertragslaufzeit eingetreten. Der Versicherungsschutz gilt auch dann, wenn
 - ein Fall von § 4 Abs. 3 a) vorliegt, also der Antrag oder die Kündigung in der Vertragslaufzeit des Vorversicherers datiert;
 - die Belehrung oder Pflichtangabe nach § 4 Abs. 5 a) Ihnen während der Vertragslaufzeit des Vorversicherers gegeben wurde oder hätte gegeben werden müssen;
 - das fehlerhafte Verhalten nach § 4 Abs. 5 b), c), g) während der Vertragslaufzeit des Vorversicherers stattgefunden hat oder haben soll;
 - Ihr Verlangen nach § 4 Abs. 5 d) gegenüber dem Mieter, der Mieterhöhung zuzustimmen, in der Vertragslaufzeit des Vorversicherers datiert;
 - der Mangel nach § 4 Abs. 5 e), f) bereits während der Vertragslaufzeit des Vorversicherers vorlag oder im Falle des e) vorgelegen haben soll;
 - das vertragswidrige Verhalten nach § 4 Abs. 6 a) während der Vertragslaufzeit des Vorversicherers stattgefunden hat oder haben soll;
 - die Fälligkeit der Zahlung nach § 4 Abs. 6 b) während der Vertragslaufzeit des Vorversicherers datiert oder datieren soll.
 - Der Versicherungsfall liegt zwar in der Vertragslaufzeit des Vorversicherers, der Anspruch wird aber erstmals später als drei Jahre nach Beendigung der Vorversicherung geltend gemacht. Die Meldung beim Vorversicherer darf jedoch nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig versäumt worden sein. (Erläuterung für „grob fahrlässiges Verhalten“: Jemand verletzt die im Verkehr erforderliche Sorgfalt in ungewöhnlich hohem Maße.)
 - Der Versicherungsfall im Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten, § 4 Abs. 4 a), fällt in unsere Vertragslaufzeit, die Grundlagen für Ihre Steuer- oder Abgabenfestsetzung sind aber in der Vertragslaufzeit des Vorversicherers eingetreten. (Beispiel: Sie erhalten in unserer Vertragslaufzeit zwar den Steuerbescheid, aber er betrifft ein Steuerjahr in der Vertragslaufzeit des Vorversicherers.)
 - Der Versicherungsfall im Sozialgerichts-Rechtsschutz (§ 2 f) bb)) fällt in unsere Vertragslaufzeit, die Wirtschaftlichkeitsprüfung nach § 4 Abs. 4 b) betrifft einen Zeitraum, der in der Vertragslaufzeit des Vorversicherers datiert.
 - Der Vorversicherer und wir haben unterschiedliche Regelungen zur Bestimmung des Versicherungsfalls: Der Versicherungsfall ist nach den Bedingungen des Vorversicherers nach Beendigung seines Vertrages eingetreten. Nach unseren Bedingungen ist der Versicherungsfall in der Vertragslaufzeit des Vorversicherers eingetreten.
- (2) **Voraussetzung** für Versicherungsschutz ist in all diesen Fällen, dass
- Sie bei Ihrer vorherigen Versicherung gegen dieses Risiko versichert waren,
 - die vorherige Versicherung nicht vom Versicherer gekündigt wurde,
 - Sie bei uns zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme gegen dieses Risiko versichert sind und
 - der Wechsel zu uns lückenlos erfolgt ist.
- In diesen Fällen haben Sie Versicherungsschutz in genau dem Umfang, den Sie bei Ihrem Vorversicherer versichert hatten; höchstens jedoch im Umfang des von Ihnen mit uns geschlossenen Vertrages.

Welche Kosten übernehmen wir?

§ 5 Leistungsumfang

- (1) Wir erbringen und vermitteln Dienstleistungen und tragen folgende, nach Eintritt eines Versicherungsfalls entstehende Kosten:
- Rechtsanwaltskosten bei einem Versicherungsfall im Inland: Die Vergütung eines Rechtsanwalts, der Ihre Interessen vertritt (Wenn Sie mehr als einen Rechtsanwalt beauftragen, tragen wir die dadurch entstehenden Mehrkosten nicht. Auch Mehrkosten aufgrund eines Anwaltswechsels tragen wir nicht.)
Wir erstatten maximal die gesetzliche Vergütung eines Rechtsanwalts, der am Ort des zuständigen Gerichts ansässig ist oder wäre. Die gesetzliche Vergütung richtet sich nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz. Wohnen Sie mehr als 100 km Luftlinie vom zuständigen Gericht entfernt? Dann übernehmen wir bei Ihrer gerichtlichen Streitigkeit in der ersten Instanz weitere anwaltliche Kosten, und zwar bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung eines anderen Rechtsanwalts, der nur den Schriftverkehr mit dem Anwalt am Ort des zuständigen Gerichts führt (sogenannter Verkehrsanwalt).
Ausnahme: Im Straf-, Ordnungswidrigkeiten- und Disziplinar- und Standes-Rechtsschutz tragen wir diese weiteren Kosten **nicht**. Wenn sich die Tätigkeit des Anwalts auf die folgenden Leistungen beschränkt, dann tragen wir je Versicherungsfall Kosten von höchstens 250 Euro:

- Ihr Anwalt erteilt Ihnen einen mündlichen oder schriftlichen Rat,
- er gibt Ihnen eine Auskunft oder
- er erarbeitet für Sie ein Gutachten.

Für eine Erstberatung tragen wir jedoch höchstens 190 Euro.

- b) Rechtsanwaltskosten bei einem Versicherungsfall im Ausland: Bei einem Versicherungsfall im Ausland tragen wir die angemessene Vergütung für einen Rechtsanwalt, der für Sie am zuständigen Gericht im Ausland tätig wird. Dies kann sein entweder:
- ein am Ort des zuständigen Gerichts ansässiger, ausländischer Rechtsanwalt oder
 - ein Rechtsanwalt in Deutschland.

Den Rechtsanwalt in Deutschland vergüten wir so, als wäre der Rechtsstreit am Ort seines Anwaltsbüros in Deutschland. Diese Vergütung ist begrenzt auf die gesetzliche Vergütung. Die angemessene Vergütung für den im Ausland tätigen Anwalt ist auf die zweifache Höhe der gesetzlichen Vergütung eines Rechtsanwaltes, der am Ort eines befassten Gerichtes in Deutschland ansässig wäre, begrenzt.

Ist ein ausländischer Rechtsanwalt für Sie tätig und wohnen Sie mehr als 100 km Luftlinie vom zuständigen Gericht (im Ausland) entfernt?

Dann übernehmen wir **zusätzlich** die Kosten eines Rechtsanwalts an Ihrem Wohnort. Diesen Rechtsanwalt bezahlen wir dann bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung eines Rechtsanwalts, der nur den Schriftverkehr mit dem Anwalt am Ort des zuständigen Gerichts führt (sogenannter Verkehrsanwalt).

Dies gilt nur für die erste Instanz.

Haben Sie einen Versicherungsfall, der aufgrund eines Verkehrsunfalls im europäischen Ausland eingetreten ist, und haben Sie daraus Ansprüche?

Dann muss zunächst eine Regulierung mit dem Schadenregulierungsbeauftragten bzw. mit der Entschädigungsstelle im Inland erfolgen. Erst wenn diese Regulierung erfolglos geblieben ist, tragen wir auch Kosten für eine Rechtsverfolgung im Ausland.

Die zusätzlichen Kosten der Regulierung im Inland übernehmen wir im Rahmen der gesetzlichen Gebühren, und zwar bis zur Höhe der gesetzlichen Vergütung, die entstanden wäre, wenn das Gericht, an dessen Ort der Rechtsanwalt ansässig ist, zuständig wäre.

- c) Gerichtskosten, einschließlich der Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die vom Gericht herangezogen werden. Auch tragen wir die Kosten des Gerichtsvollziehers.
- d) Die Gebühren eines Schieds- oder Schlichtungsverfahrens, und zwar bis zur Höhe der Gebühren, die im Falle der Anrufung eines zuständigen staatlichen Gerichts erster Instanz entstünden.
Die Kostenerstattung für das außergerichtliche Mediationsverfahren richtet sich hingegen ausschließlich nach § 5 a.
- e) Die Ihnen in Rechnung gestellten Verfahrenskosten vor Verwaltungsbehörden einschließlich der Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die von der Verwaltungsbehörde herangezogen werden.
- f) Ihre Kosten für einen Sachverständigen. Die Kostenübernahme gilt für folgende Fälle:
- aa) Wir leisten die übliche Vergütung
- zur Verteidigung in verkehrsrechtlichen Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren oder
 - wenn Sie Ihre rechtlichen Interessen aus Kauf- und Reparaturverträgen von Kraftfahrzeugen und Anhängern wahrnehmen.
- Voraussetzung: Der Sachverständige verfügt über die erforderliche technische Sachkunde. Als technisch sachkundig gelten Sachverständige, die von einer staatlichen oder staatlich anerkannten Stelle bestellt oder von einer nach den jeweils gültigen DIN/ISO-Normen akkreditierten Stelle zertifiziert worden sind.
- bb) Wir übernehmen auch die übliche Vergütung eines im Ausland ansässigen Sachverständigen. Dies tun wir, wenn Sie Ersatzansprüche wegen der im Ausland eingetretenen Beschädigung eines Kraftfahrzeugs oder eines Anhängers geltend machen wollen.
- g) Ihre Kosten für eine Reise zu einem ausländischen Gericht, wenn Sie
- dort als Beschuldigter oder Prozesspartei erscheinen müssen und
 - Rechtsnachteile nur durch Ihr persönliches Erscheinen vermeiden können.
- Wir übernehmen die tatsächlich entstehenden Kosten bis zur Höhe der für Geschäftsreisen von deutschen Rechtsanwälten geltenden Sätze.
- h) Die Anwalts- und Gerichtskosten Ihres Prozessgegners, wenn Sie zur Erstattung dieser Verfahrenskosten aufgrund gerichtlicher Festsetzung verpflichtet sind.

- i) Abweichend von § 5 Abs. 1 a) und b) bei der außergerichtlichen Interessenwahrnehmung im Rechtsschutz für Unternehmensleiter nach § 2 I) die im Sinne des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes angemessene Vergütung eines Rechtsanwaltes.
- (2) a) Wir erstatten die von uns zu tragenden Kosten, wenn Sie nachweisen, dass Sie
- zu deren Zahlung verpflichtet sind oder
 - diese Kosten bereits gezahlt haben.
- b) Wenn Sie diese Kosten in fremder Währung bezahlt haben, erstatten wir Ihnen diese in Euro. Als Abrechnungsgrundlage benutzen wir den Wechselkurs des Tages, an dem Sie die Kosten vorgestreckt haben.
- (3) Folgende Kosten tragen wir nicht:
- a) Kosten, die Sie übernommen haben, ohne rechtlich dazu verpflichtet zu sein;
- b) Kosten, die bei einer gütlichen Einigung entstanden sind und die nicht dem Verhältnis des von Ihnen angestrebten Ergebnisses zum erzielten Ergebnis entsprechen.
(Beispiel: Sie verlangen Schadenersatz in Höhe von 10.000 EUR. In einem Vergleich mit dem Gegner erlangen Sie einen Betrag von 8.000 EUR = 80 % des angestrebten Ergebnisses. Es ist daher angemessen, dass die Gegenseite 80 % der Kosten trägt. In diesem Fall übernehmen wir 20 % der entstandenen Kosten – nämlich für den Teil, den Sie nicht durchsetzen konnten.)
Dies bezieht sich auf **die gesamten Kosten der Streitigkeit**.
Ausnahme: Es ist gesetzlich eine andere Kostenregelung vorgeschrieben;
- c) die vereinbarte Selbstbeteiligung je Versicherungsfall.
Diese ziehen wir von den von uns zu tragenden Kosten ab.
Ausnahmen:
- Die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen wurde im Wege der außergerichtlichen Mediation nach § 5 a erledigt oder
 - die durchgeführte Mediation nach § 5 a führte zwar nicht zur Erledigung der Interessenwahrnehmung, aber Sie hatten zum Zeitpunkt der Kostendeckungsanfrage in dem davorliegenden versicherten Zeitraum von drei Jahren keine Kostendeckungsanfrage bei uns gestellt. Versicherte Zeiträume bei anderen Rechtsschutzversicherern rechnen wir hierbei nicht an;
- d) Kosten, die aufgrund der vierten oder jeder weiteren Zwangsvollstreckungsmaßnahme (zum Beispiel: Kosten eines Gerichtsvollziehers) je Vollstreckungstitel entstehen. Maßnahmen aufgrund einer Insolvenz stehen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gleich;
- e) Kosten von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, die später als fünf Jahre nach Rechtskraft des Vollstreckungstitels eingeleitet werden (Erläuterung: "Vollstreckungstitel" sind zum Beispiel ein Vollstreckungsbescheid und ein Urteil);
- f) Kosten für Strafvollstreckungsverfahren jeder Art, bei denen vom Gericht eine Geldstrafe oder -buße unter 250 EUR verhängt wurde;
- g) Kosten, zu deren Übernahme ein anderer verpflichtet wäre, wenn der Rechtsschutzversicherungsvertrag nicht bestünde;
- h) entfällt
- i) entfällt
- j) Kosten, soweit diese aufgrund einer einverständlichen Regelung über unstrittige oder nicht versicherte Ansprüche entstanden sind;
- k) Kosten für Sachverständige nach § 5 Abs. 1 c), e) und f), soweit der Betrag von 200.000 EUR überschritten wird;
- l) Kosten aufgrund einer Zwangsvollstreckungsmaßnahme, soweit der Betrag von 155.000 EUR überschritten wird;
- m) die in Kosten ausgewiesene Umsatzsteuer, soweit Sie vorsteuerabzugsberechtigt sind;
- n) Kosten aus Ansprüchen, gegen die Sie die Einrede der Verjährung erheben können oder konnten.
- (4) Wir zahlen in jedem Versicherungsfall höchstens die in unserem Vertrag vereinbarte Versicherungssumme.
Zahlungen für Sie selbst und für mitversicherte Personen in demselben Versicherungsfall rechnen wir zusammen. Dies gilt auch für Zahlungen aufgrund mehrerer Versicherungsfälle, die zeitlich und ursächlich zusammenhängen.
- (5) Wir sorgen
- a) für die Übersetzung der Unterlagen, wenn dies notwendig ist, um Ihre rechtlichen Interessen im Ausland wahrzunehmen. Wir übernehmen dabei auch die Kosten, die für die Übersetzung anfallen;

- b) für die Zahlung einer Kautions bis zu einem Betrag in Höhe von 300.000 EUR, die gestellt werden muss, um Sie vorübergehend von Strafverfolgungsmaßnahmen zu verschonen. Dies geschieht in Form eines zinslosen Darlehens.
- (6) Alle Bestimmungen, die den Rechtsanwalt betreffen, gelten auch
 - a) in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie im Rechtsschutz im Familien-, Lebenspartnerschafts-, Betreuungs- und Erbrecht gemäß § 2 k) für Notare;
 - b) im Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten nach § 2 e) für Angehörige der steuerberatenden Berufe;
 - c) bei der Wahrnehmung rechtlicher Interessen im Ausland für dort ansässige rechts- und sachkundige Bevollmächtigte.

Welche Kosten übernehmen wir in Mediationsverfahren?

§ 5 a Leistungsumfang: Mediationsverfahren

- (1) Um Ihnen eine einvernehmliche Konfliktbeilegung zu ermöglichen, tragen wir die Kosten eines in Deutschland tätigen Mediators bis zu 2.000 EUR je Mediation. Für alle in einem Kalenderjahr eingeleiteten Mediationen tragen wir jedoch insgesamt nicht mehr als 4.000 EUR an Kosten für Mediatoren. Nehmen an der Mediation nicht versicherte Personen teil, übernehmen wir anteilig die Kosten, die auf Sie entfallen.
(Beispiel: Sie und Ihr versicherter Ehepartner haben einen Konflikt mit einem Dritten. Die Kosten des Mediators werden hälftig zwischen den Parteien geteilt. Die Kosten, die auf Sie und Ihren Ehepartner entfallen, tragen wir. Der Dritte muss seinen Kostenanteil, also 50%, selbst bezahlen.)
Auf Ihren Wunsch helfen wir bei der Vermittlung eines Mediators. Die Mediation kann in Anwesenheit der Beteiligten, telefonisch oder auch online erfolgen.
- (2) Die Kosten für den Mediator übernehmen wir in allen versicherten Leistungsarten, sofern diese auch den außergerichtlichen Bereich enthalten. Sind unsere Zahlungen bei einzelnen Leistungsarten abweichend von Absatz 1 – insgesamt oder z.B. bei den Rechtsanwaltskosten – auf einen niedrigeren Höchstbetrag begrenzt, so gilt dieser und wir rechnen Zahlungen auf die Mediatorstätigkeit und andere Zahlungen zusammen.
- (3) Für die Tätigkeit des Mediators sind wir nicht verantwortlich.

Wann können Sie von Leistungsverbesserungen profitieren?

§ 5 b Leistungs-Update-Garantie (Innovationsklausel)

Haben Sie eine Rechtsschutzform im Sinne dieses Bedingungswerkes versichert und bieten wir nach einem neueren Tarif bei dieser Rechtsschutzform erweiterte Leistungen an, werden Sie so gestellt, als hätten Sie die Leistungserweiterungen ab dem Zeitpunkt ihrer Markteinführung versichert.
Vorausgesetzt ist, dass der Beitrag des neuen Tarifs für diese Rechtsschutzform nicht höher ist als der entsprechende Beitrag Ihres Rechtsschutzversicherungsvertrages.

In welchen Ländern sind Sie versichert?

§ 6 Örtlicher Geltungsbereich

- (1) Sie haben Versicherungsschutz, wenn ein Gericht oder eine Behörde in folgenden Gebieten gesetzlich zuständig ist oder wäre und Sie Ihre Rechtsinteressen dort verfolgen:
 - in Europa,
 - in den Anliegerstaaten des Mittelmeers,
 - auf den Kanarischen Inseln,
 - auf den Azoren,
 - auf Madeira
 (Europadeckung).
Dies bezieht sich aber allein auf die Leistungsarten nach § 2, die sich nicht ausdrücklich auf einen in Deutschland zugelassenen Anwalt oder ein deutsches Gericht beziehen.
- (2) Sie haben außerhalb des örtlichen Geltungsbereiches nach Abs. 1 Versicherungsschutz für den Verkehrsbereich und für den privaten Bereich und zwar im Rahmen Ihrer versicherten Rechtsschutzform nach §§ 26, 26 a und 26 b (Weltdeckung).
Ausnahmen: Sie haben keinen Versicherungsschutz,
 - wenn ein Gericht oder eine Behörde des Staates zuständig ist oder wäre, dessen Staatsangehörigkeit Sie besitzen oder in dem Sie einen Wohnsitz haben.

- für Ihre Interessenwahrnehmung im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung von dinglichen Rechten an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen sowie in ursächlichem Zusammenhang mit Grundstücken und Immobilien.
- in Leistungsarten nach § 2, die sich ausdrücklich auf einen in Deutschland zugelassenen Anwalt oder ein deutsches Gericht beziehen.

Nach welchen Regeln richtet sich das Versicherungsverhältnis zwischen Rechtsschutzversicherer und Versicherten?

2. VERSICHERUNGSVERHÄLTNISS

Wann beginnt der Versicherungsschutz?

§ 7 Beginn des Versicherungsschutzes

Der Versicherungsschutz beginnt zu dem im Versicherungsschein angegebenen Zeitpunkt. Voraussetzung für den Versicherungsschutz ist, dass Sie den ersten oder den einmaligen Beitrag unverzüglich nach Ablauf von 14 Tagen nach Zugang des Versicherungsscheins zahlen (siehe § 9 B Abs. 1 Satz 1). Eine vereinbarte Wartezeit bleibt unberührt (das heißt: sie gilt in jedem Fall).

Für welche Dauer ist der Vertrag abgeschlossen?

§ 8 Vertragsdauer

- (1) Vertragsdauer:
Der Vertrag ist für die im Versicherungsschein angegebene Zeit abgeschlossen.
- (2) Stillschweigende Verlängerung:
Bei einer Vertragsdauer von mindestens einem Jahr verlängert sich der Vertrag um jeweils ein weiteres Jahr, wenn der Vertrag nicht gekündigt wird. Kündigen können sowohl Sie als auch wir. Die Kündigung muss Ihnen oder uns spätestens drei Monate vor dem Ablauf der Vertragszeit zugehen.
- (3) Vertragsbeendigung:
Bei einer Vertragsdauer von weniger als einem Jahr endet der Vertrag zum vorgesehenen Zeitpunkt, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
Bei einer Vertragsdauer von mehr als drei Jahren können Sie den Vertrag schon zum Ablauf des dritten Jahres oder jedes darauf folgenden Jahres kündigen. Ihre Kündigung muss uns spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Jahres zugehen.

Wie lange dauert ein Versicherungsjahr?

§ 8 a Versicherungsjahr

Das Versicherungsjahr dauert grundsätzlich zwölf Monate. Besteht die vereinbarte Vertragsdauer jedoch nicht aus **ganzen** Jahren, wird das erste Versicherungsjahr entsprechend verkürzt. Die folgenden Versicherungsjahre bis zum vereinbarten Vertragsablauf sind jeweils ganze Jahre.
(Beispiel: Bei einer Vertragsdauer von 15 Monaten beträgt das erste Versicherungsjahr 3 Monate, das folgende Versicherungsjahr 12 Monate.)

Was ist bei der Zahlung des Versicherungsbeitrags zu beachten?

§ 9 Beitrag

A. Beitrag und Versicherungsteuer

- (1) Die Beiträge können Sie je nach Vereinbarung monatlich, vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich bezahlen. Die Versicherungsperiode umfasst dementsprechend
 - bei Monatsbeiträgen einen Monat,
 - bei Vierteljahresbeiträgen ein Vierteljahr,
 - bei Halbjahresbeiträgen ein Halbjahr und
 - bei Jahresbeiträgen ein Jahr.
- (2) Der Versicherungsbeitrag enthält die Versicherungsteuer, die Sie in der jeweils vom Gesetz bestimmten Höhe zu entrichten haben.

B. Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung / erster oder einmaliger Beitrag

- (1) Fälligkeit der Zahlung:
Wenn Sie den Versicherungsschein von uns erhalten, müssen Sie den ersten Beitrag unverzüglich nach Ablauf von 14 Tagen bezahlen.
(Erläuterung: „Unverzüglich“ heißt nicht unbedingt „sofort“, sondern „ohne schuldhaftes Zögern“ bzw. „so schnell wie eben möglich“.)

- (2) Späterer Beginn des Versicherungsschutzes:
Wenn Sie den ersten Beitrag zu einem späteren Zeitpunkt bezahlen, beginnt der Versicherungsschutz erst ab diesem späteren Zeitpunkt. Auf diese Folge einer verspäteten Zahlung müssen Sie allerdings aufmerksam gemacht haben, und zwar in Textform (Beispiel: Brief oder E-Mail) oder durch einen auffallenden Hinweis im Versicherungsschein.
Wenn Sie uns nachweisen, dass Sie die verspätete Zahlung nicht verschuldet haben, beginnt der Versicherungsschutz zum vereinbarten Zeitpunkt.
- (3) Rücktritt:
Wenn Sie den ersten Beitrag nicht rechtzeitig bezahlen, können wir vom Vertrag zurücktreten, solange der Beitrag nicht bezahlt ist. Wir können nicht zurücktreten, wenn Sie nachweisen, dass Sie die verspätete Zahlung nicht verschuldet haben.

C. Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung / Folgebeitrag

- (1) Fälligkeit der Zahlung:
Die Folgebeiträge werden zu dem jeweils vereinbarten Zeitpunkt fällig.
- (2) Verzug:
Wenn Sie einen Folgebeitrag nicht rechtzeitig bezahlen, geraten Sie in Verzug, auch ohne dass Sie eine Mahnung von uns erhalten haben. Wir sind dann berechtigt, Ersatz für den Schaden zu verlangen, der uns durch den Verzug entstanden ist (siehe Absatz 3). Sie geraten **nicht** in Verzug, wenn Sie die verspätete Zahlung nicht verschuldet haben.
- (3) Zahlungsaufforderung:
Wenn Sie einen Folgebeitrag nicht rechtzeitig bezahlen, können wir Ihnen eine Zahlungsfrist einräumen. Das geschieht in Textform (Beispiel: Brief oder E-Mail) und auf Ihre Kosten. Diese Zahlungsfrist muss mindestens zwei Wochen betragen.
Unsere Zahlungsaufforderung ist nur wirksam, wenn sie folgende Informationen enthält:
- Die ausstehenden Beträge, die Zinsen und die Kosten müssen im Einzelnen beziffert sein und
 - die Rechtsfolgen müssen angegeben sein, die nach den Absätzen 4 und 5 mit der Fristüberschreitung verbunden sind.
- (4) Verlust des Versicherungsschutzes:
Wenn Sie nach Ablauf der Zahlungsfrist immer noch nicht bezahlt haben, haben Sie ab diesem Zeitpunkt bis zur Zahlung **keinen Versicherungsschutz**. Allerdings müssen wir Sie bei unserer Zahlungsaufforderung nach Absatz 3 auf den Verlust des Versicherungsschutzes hingewiesen haben.
- (5) Kündigung des Versicherungsvertrags:
Wenn Sie nach Ablauf der Zahlungsfrist immer noch nicht bezahlt haben, können wir den Vertrag **kündigen**, ohne eine Frist einzuhalten. Allerdings müssen wir Sie bei unserer Zahlungsaufforderung nach Absatz 3 auf die fristlose Kündigungsmöglichkeit hingewiesen haben.
Wenn wir Ihren Vertrag gekündigt haben und Sie danach innerhalb eines Monats den angemahnten Betrag bezahlen, besteht der Vertrag fort. Dann aber haben Sie für Versicherungsfälle, die zwischen dem Ablauf der Zahlungsfrist und Ihrer Zahlung eingetreten sind, **keinen Versicherungsschutz**.

D. Rechtzeitige Zahlung bei SEPA-Lastschriftmandat

- (1) Rechtzeitige Zahlung:
Wenn wir die Einziehung des Beitrags von einem Konto vereinbart haben, gilt die Zahlung als rechtzeitig, wenn
- **er Beitrag zu dem Fälligkeitstag eingezogen werden kann und**
 - **Sie der Einziehung nicht widersprechen.**
- Was geschieht, wenn der fällige Beitrag ohne Ihr Verschulden nicht eingezogen werden kann? In diesem Fall ist die Zahlung auch dann noch rechtzeitig, wenn Sie nach einer Aufforderung in Textform (Beispiel: Brief oder E-Mail) unverzüglich zahlen.
(Erläuterung: „Unverzüglich“ heißt nicht unbedingt „sofort“, sondern „ohne schuldhaftes Zögern“ bzw. „so schnell wie eben möglich“.)
- (2) Beendigung des Lastschriftverfahrens:
Wenn Sie dafür verantwortlich sind, dass der fällige Beitrag nicht eingezogen werden kann, sind wir berechtigt, künftig eine andere Zahlungsweise zu verlangen. Sie müssen allerdings erst dann zahlen, wenn wir Sie hierzu in Textform (Beispiel: Brief oder E-Mail) aufgefordert haben.

E. Beitrag bei vorzeitiger Vertragsbeendigung

In diesem Fall haben wir nur Anspruch auf den Teil des Beitrags, der dem Zeitraum des Versicherungsschutzes entspricht. Das gilt, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

Welche Entwicklungen können zu einer Anpassung des Versicherungsbeitrags führen?

§ 10 Beitragsanpassung

- (1) Ein unabhängiger Treuhänder ermittelt bis zum 1. Juli eines jeden Jahres, um welchen Vomhundertsatz sich für die Rechtsschutzversicherung das Produkt von Schadenhäufigkeit und Durchschnitt der Schadenzahlungen einer genügend großen Zahl der die Rechtsschutzversicherung betreibenden Versicherer im vergangenen Kalenderjahr erhöht oder vermindert hat.
Als Schadenhäufigkeit eines Kalenderjahres gilt die Anzahl der in diesem Jahr gemeldeten Versicherungsfälle, geteilt durch die Anzahl der im Jahresmittel versicherten Risiken. Als Durchschnitt der Schadenzahlungen eines Kalenderjahres gilt die Summe der Zahlungen, die für alle in diesem Jahr erledigten Versicherungsfälle insgesamt geleistet wurden, geteilt durch die Anzahl dieser Versicherungsfälle. Veränderungen der Schadenhäufigkeit und des Durchschnittes der Schadenzahlungen, die aus Leistungsverbesserungen herrühren, werden bei den Feststellungen des Treuhänders nur bei denjenigen Verträgen berücksichtigt, in denen sie in beiden Vergleichsjahren bereits enthalten sind.
- (2) Die Ermittlung des Treuhänders erfolgt getrennt für folgende Vertragsgruppen
- gemäß den §§ 21, 22 und 30 Abs. 5,
 - gemäß den §§ 23, 24, 25, 29 und 30 Abs. 1 bis 4, 6,
 - gemäß den §§ 26, 27,
 - gemäß § 28
- nebst den zusätzlich vereinbarten Klauseln gesondert, und zwar jeweils unterschieden nach Verträgen mit und ohne Selbstbeteiligung.
- (3) Ergeben die Ermittlungen des Treuhänders einen Vomhundertsatz unter 5, unterbleibt eine Beitragsänderung. Der Vomhundertsatz ist jedoch in den folgenden Kalenderjahren mitzuberechnen.
Ergeben die Ermittlungen des Treuhänders einen höheren Vomhundertsatz, ist dieser, wenn er nicht durch 2,5 teilbar ist, auf die nächstniedrige durch 2,5 teilbare Zahl abzurunden.
Im Falle einer Erhöhung sind wir berechtigt, im Falle einer Verminderung verpflichtet, den Folgebeitrag um den abgerundeten Vomhundertsatz zu verändern. Der erhöhte Beitrag darf den zum Zeitpunkt der Erhöhung geltenden Tarifbeitrag nicht übersteigen.
- (4) Hat sich der entsprechend Absatz 1 nach unseren unternehmenseigenen Zahlen zu ermittelnde Vomhundertsatz in den letzten drei Kalenderjahren, in denen eine Beitragsanpassung möglich war, geringer erhöht, als er vom Treuhänder für diese Jahre festgestellt wurde, so dürfen wir den Folgebeitrag in der jeweiligen Anpassungsgruppe gemäß Absatz 2 nur um den im letzten Kalenderjahr nach seinen Zahlen ermittelten Vomhundertsatz erhöhen. Diese Erhöhung darf diejenige nicht übersteigen, die sich nach Absatz 3 ergibt.
- (5) Die Beitragsanpassung gilt für alle Folgebeiträge, die ab 1. Oktober des Jahres, in dem die Ermittlungen des Treuhänders erfolgten, fällig werden. Sie unterbleibt, wenn seit dem im Versicherungsschein bezeichneten Versicherungsbeginn für den Gegenstand der Versicherung noch nicht zwölf Monate abgelaufen sind.
- (6) Erhöht sich der Beitrag, ohne dass sich der Umfang des Versicherungsschutzes ändert, können Sie den Versicherungsvertrag innerhalb eines Monats nach Zugang der Mitteilung des Versicherers mit sofortiger Wirkung, frühestens jedoch zu dem Zeitpunkt kündigen, in dem die Beitragserhöhung wirksam werden sollte. Wir haben Sie in der Mitteilung auf das Kündigungsrecht hinzuweisen. Die Mitteilung muss Ihnen spätestens einen Monat vor Wirksamwerden der Beitragserhöhung zugehen. Eine Erhöhung der Versicherungssteuer begründet kein Kündigungsrecht.

Wie wirkt sich eine Veränderung der persönlichen oder sachlichen Verhältnisse des Versicherten auf den Versicherungsbeitrag aus?

§ 11 Änderung der für die Beitragsberechnung wesentlichen Umstände

- (1) Wenn nach Vertragsabschluss ein Umstand eintritt, der einen höheren als den vereinbarten Versicherungsbeitrag rechtfertigt, können wir von da ab diesen höheren Beitrag verlangen. Denn damit sichern wir eine höhere Gefahr ab. Solche Umstände können folgende Änderungen sein:
- eine Erhöhung der Jahresbruttolohnsumme, der Anzahl der Mitarbeiter oder Mitglieder beim Berufs-Rechtsschutz für Selbstständige, Rechtsschutz für Firmen und Vereine gem. § 24,
 - eine Erhöhung der Mitarbeiterzahl beim Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz für Selbstständige gem. § 28, auch inkl. des XXL-Bausteins nach § 28 a, bei der KLAUSEL ZU DEN §§ 24 UND 28, VERTRAGS-RECHTS-SCHUTZ FÜR HILFSGESCHÄFTE UND EINGEKaufTE DIENSTLEISTUNGEN VON SELBSTSTÄNDIGEN, oder beim SPEZIAL-STRAF-RECHTSCHUTZ,

- eine Erhöhung des Gesamtjahresumsatzes beim Firmenvertrags-Rechtsschutz gem. den §§ 24 Abs. 2 b) und 28 Abs. 3 b),
- eine Erhöhung der Jahresbruttomiete beim Vermieter-Rechtsschutz, § 29,
- ein weiteres oder mehrere weitere Fahrzeuge im Verkehrs-Rechtsschutz, § 21 Abs. 3 bis 10,
- eine Steigerung der Betriebsfläche beim Landwirtschafts- und Verkehrs-Rechtsschutz, § 27.

Wenn wir diese höhere Gefahr auch gegen einen höheren Beitrag nicht versichern können, müssen wir die Absicherung gegen diese Gefahr ausschließen. In folgenden Fällen können Sie den Versicherungsvertrag kündigen:

- Ihr Beitrag erhöht sich um mehr als 10 Prozent oder
- wir lehnen die Absicherung der höheren Gefahr ab.

In diesen Fällen können Sie den Vertrag innerhalb eines Monats, nachdem Ihnen unsere Mitteilung zugegangen ist, ohne eine Frist kündigen. In unserer Mitteilung müssen wir Sie auf Ihr Kündigungsrecht hinweisen.

Nachdem wir von der Erhöhung der Gefahr Kenntnis erhalten haben, müssen wir unser Recht auf Beitragsänderung innerhalb eines Monats ausüben.

- (2) Wenn nach Vertragsabschluss ein Umstand eintritt, der einen niedrigeren als den vereinbarten Versicherungsbeitrag rechtfertigt, können wir von da ab nur noch diesen niedrigeren Beitrag verlangen. Sie müssen uns diesen Umstand innerhalb von zwei Monaten anzeigen. Wenn Sie uns nach Ablauf von zwei Monaten informieren, wird Ihr Versicherungsbeitrag erst zu dem Zeitpunkt herabgesetzt, zu dem Sie uns informiert haben.

- (3) Wenn wir Sie zumindest in Textform auffordern, uns die zur Beitragsberechnung entsprechenden erforderlichen Angaben zu machen, müssen Sie uns diese innerhalb eines Monats zuschicken. Wenn Sie dieser Verpflichtung nicht nachkommen, können wir den Versicherungsvertrag mit einer Frist von einem Monat kündigen. Es sei denn, Sie weisen uns nach, dass Sie nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt haben.

(Erläuterung für „grob fahrlässiges Verhalten“: Jemand verletzt die im Verkehr erforderliche Sorgfalt in ungewöhnlich hohem Maße.)

In folgenden Fällen haben Sie **keinen** Versicherungsschutz:

- Sie machen innerhalb der Frist vorsätzlich falsche Angaben.
- Sie unterlassen vorsätzlich erforderliche Angaben.
- Der Versicherungsfall tritt später als einen Monat nach dem Zeitpunkt ein, zu dem Sie uns über die Gefahrerhöhung hätten informieren müssen. Ihr Versicherungsschutz entfällt nicht, wenn uns die zur Beitragsberechnung erforderlichen Angaben bereits bekannt waren.

Wenn Sie **grob fahrlässig Angaben verschwiegen** oder **unrichtige Angaben gemacht** haben, können wir den Umfang unserer Leistungen kürzen, und zwar in einem der Schwere Ihres Verschuldens entsprechendem Verhältnis.

Sie müssen nachweisen, dass Sie nicht grob fahrlässig gehandelt haben.

(Erläuterung für „grob fahrlässiges Verhalten“: Jemand verletzt die im Verkehr erforderliche Sorgfalt in ungewöhnlich hohem Maße.)

Ausnahme: In folgenden Fällen haben Sie trotzdem Versicherungsschutz:

- Sie weisen uns nach, dass die Veränderung weder den Eintritt des Versicherungsfalles beeinflusst noch den Umfang unserer Leistung erhöht hat.
- Die Frist für unsere Kündigung ist abgelaufen und wir haben nicht gekündigt. Die soeben beschriebenen Regelungen werden nicht angewandt, wenn
- die Veränderung so unerheblich ist, dass diese nicht zu einer Erhöhung der Beiträge führen würde oder
- ersichtlich ist, dass diese Veränderung mitversichert sein soll.

Was geschieht, wenn das versicherte Interesse wegfällt?

§ 12 Wegfall des versicherten Interesses

Ist der Versicherungsschutz nicht mehr nötig, weil sich die äußeren Umstände geändert haben?

(Beispiel: Sie teilen uns mit, dass Sie kein Auto mehr haben.)

Dann gilt Folgendes (sofern nichts anderes vereinbart ist):

- (1) Der Vertrag endet, sobald wir erfahren haben, dass sich die äußeren Umstände geändert haben.

Beiträge stehen uns nur anteilig bis zu diesem Zeitpunkt zu.

- (2) Der Versicherungsschutz besteht über Ihren Tod hinaus bis zum Ende der Versicherungsperiode. Dies gilt, wenn der Beitrag am Todestag gezahlt war und die Versicherung nicht aus sonstigen Gründen beendet ist. Wenn der nächste fällige Beitrag bezahlt wird, bleibt der Versicherungsschutz bestehen.

Derjenige, der den Beitrag gezahlt hat oder für den gezahlt wurde, wird anstelle des Verstorbenen Versicherungsnehmer. Er kann innerhalb eines Jahres nach dem Todestag verlangen, dass der Versicherungsvertrag vom Todestag an beendet wird.

- (3) Wenn Sie das im Versicherungsschein bezeichnete, selbst genutzte Wohnobjekt (Wohnung oder Einfamilienhaus) wechseln, geht der Versicherungsschutz auf das neue Wohnobjekt über, wenn sich dieses in Deutschland befindet. Eingeschlossen bleiben Versicherungsfälle
- die erst **nach** dem Auszug aus dem bisherigen Wohnobjekt eintreten, soweit sie in Zusammenhang mit der Eigennutzung dieses Wohnobjektes stehen,
 - die sich auf das neue Wohnobjekt beziehen und **vor** dessen geplantem oder tatsächlichem Bezug eintreten.
- (4) Wechseln Sie ein bislang versichertes Objekt, das Sie für Ihre gewerbliche, freiberufliche oder sonstige selbstständige Tätigkeit selbst nutzen, findet Absatz 3 entsprechende Anwendung. Dies gilt aber nur unter folgender Voraussetzung: Das neue Objekt darf nach unserem Tarif weder nach Größe noch nach Miet- oder Pachthöhe zu einem höheren als den vereinbarten Beitrag führen.

Welche Folgen hat ein Umzug ins Ausland für Ihren Vertrag mit uns?

§ 12 a Vertragsbeendigung bei Umzug ins Ausland, Anzeigepflicht

Verlegen Sie Ihren Sitz, Wohnsitz oder Ihren gewöhnlichen oder ständigen Aufenthalt ins Ausland, endet der Vertrag mit der Verlegung. Sie müssen uns die Verlegung unverzüglich anzeigen und die behördliche Bestätigung zur Kenntnis zu bringen.

(Erläuterung: Unverzüglich“ heißt nicht unbedingt „sofort“, sondern „ohne schuldhaftes Zögern“ bzw. „so schnell wie eben möglich“.)

In welchen Fällen kann der Vertrag vorzeitig gekündigt werden?

§ 13 Kündigung nach Versicherungsfall

- (1) Wenn wir Ihren Versicherungsschutz ablehnen, obwohl wir zur Leistung verpflichtet sind, können Sie den Vertrag vorzeitig kündigen. Die Kündigung muss uns innerhalb eines Monats zugehen, nachdem Sie unsere Ablehnung erhalten haben.
- (2) Ist ein Versicherungsfall eingetreten und besteht für diesen Versicherungsschutz, können Sie den Vertrag vorzeitig kündigen. Sind mindestens zwei Versicherungsfälle innerhalb von zwölf Monaten eingetreten und besteht für diese Versicherungsschutz, können sowohl Sie als auch wir den Vertrag vorzeitig kündigen.
- (3) Wann müssen **Sie** oder wir kündigen? Die Kündigung muss uns beziehungsweise Ihnen innerhalb eines Monats zugehen, nachdem wir unsere Leistungspflicht für den zweiten Versicherungsfall bestätigt haben. Die Kündigung muss in Textform (Beispiel: Brief oder E-Mail) erfolgen. Wenn **Sie** kündigen, wird Ihre Kündigung wirksam, sobald sie uns zugeht. Sie können jedoch bestimmen, dass die Kündigung zu einem späteren Zeitpunkt wirksam wird; spätestens jedoch am Ende des Versicherungsjahrs. **Unsere** Kündigung wird einen Monat, nachdem Sie sie erhalten haben, wirksam.

Wann verjähren die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag?

§ 14 Gesetzliche Verjährung

- (1) Die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag verjähren in drei Jahren. Die Fristberechnung richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs.
- (2) Wenn Sie einen Anspruch aus Ihrem Versicherungsvertrag bei uns angemeldet haben, ist die Verjährung ausgesetzt. Die Aussetzung wirkt von der Anmeldung bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Ihnen unsere Entscheidung in Textform zugeht (Das heißt: bei der Berechnung der Verjährungsfrist berücksichtigen wir zu Ihren Gunsten den Zeitraum von der Meldung bis zum Eintreffen unserer Entscheidung bei Ihnen nicht).

Welche Rechtsstellung haben mitversicherte Personen?

§ 15 Rechtsstellung mitversicherter Personen

- (1) Versicherungsschutz besteht für Sie und im jeweils bestimmten Umfang für die in den §§ 21 bis 30 a, in der KLAUSEL ZU DEN §§ 25, 26 UND 30, SINGLE-RECHTSSCHUTZ oder im Versicherungsschein genannten sonstigen Personen. Versicherungsschutz besteht außerdem für Ansprüche, die natürlichen Personen kraft Gesetzes dann zustehen, wenn Sie oder eine mitversicherte Person verletzt oder getötet wurden.

(Beispiel: Wenn Sie bei einem Verkehrsunfall schwer verletzt werden, haben Ihre nächsten Angehörigen Versicherungsschutz und können damit Unterhaltsansprüche gegen den Unfallgegner geltend machen. Eine „natürliche Person“

ist ein Mensch, im Gegensatz zur „juristischen Person“; das ist zum Beispiel eine GmbH, eine AG oder ein Verein.)

- (2) Alle Bestimmungen aus diesem Rechtsschutzvertrag gelten sinngemäß auch für die mitversicherten Personen.
Wenn eine mitversicherte Person Versicherungsschutz verlangt, können Sie dem widersprechen.
(Warum können Sie widersprechen, wenn eine mitversicherte Person Versicherungsschutz verlangt? Sie sind unser Versicherungsnehmer und können zum Beispiel bestimmen, ob wir Kosten für mitversicherte Personen bezahlen sollen.)
Ausnahme: Bei Ihrem ehelichen/eingetragenen Lebenspartner können Sie nicht widersprechen.

Was ist bei Anzeigen und Erklärungen zu beachten?

§ 16 Anzeigen, Willenserklärungen, Anschriftenänderung

Richten Sie bitte alle für uns bestimmten Anzeigen und Erklärungen an unsere Hauptverwaltung oder an die im Versicherungsschein oder in dessen Nachträgen als zuständig bezeichnete Geschäftsstelle. Sie sollten auch dann in Textform erfolgen, wenn eine solche Form weder im Gesetz noch im Versicherungsvertrag vorgesehen ist.

Was ist im Versicherungsfall zu beachten?

3. OBLIEGENHEITEN, RECHTSWEG

Welche Rechte und Pflichten bestehen im Versicherungsfall?

§ 17 Verhalten im Versicherungsfall/Erfüllung von Obliegenheiten

Obliegenheiten bezeichnen sämtliche Verhaltensregeln, die Sie und die versicherten Personen beachten müssen, um den Anspruch auf Versicherungsschutz zu erhalten.

- (1) Was müssen Sie tun, wenn ein Versicherungsfall eintritt und Sie Versicherungsschutz brauchen?
- Sie müssen uns den Versicherungsfall **unverzüglich** mitteilen, gegebenenfalls auch telefonisch.
(„Unverzüglich“ heißt nicht unbedingt „sofort“, sondern „ohne schuldhaftes Zögern“ bzw. „so schnell wie eben möglich“.)
 - Sie müssen uns
 - **vollständig und wahrheitsgemäß** über **sämtliche** Umstände des Versicherungsfalles unterrichten,
 - alle Beweismittel angeben und
 - Unterlagen auf Verlangen zur Verfügung stellen.
 - Kosten verursachende Maßnahmen müssen Sie nach Möglichkeit mit uns abstimmen, soweit dies für Sie zumutbar ist.
(Beispiele für kostenverursachende Maßnahmen: die Beauftragung eines Rechtsanwalts, Erhebung einer Klage oder Einlegung eines Rechtsmittels.)
 - Sie haben bei Eintritt des Versicherungsfalles nach Möglichkeit für die Abwendung und Minderung des Schadens zu sorgen, siehe § 82 VVG.
- (2) Wir bestätigen Ihnen den Umfang des Versicherungsschutzes, der für den konkreten Versicherungsfall besteht.
Ergreifen Sie jedoch Maßnahmen zur Durchsetzung Ihrer rechtlichen Interessen,
 - **bevor** wir den Umfang des Versicherungsschutzes bestätigt haben und
 - entstehen durch solche Maßnahmen Kosten?Dann tragen wir nur **die Kosten**, die wir bei einer Bestätigung des Versicherungsschutzes **vor** Einleitung dieser Maßnahmen zu tragen gehabt hätten.
- (3) Den Rechtsanwalt können **Sie** auswählen.
Wir wählen den Rechtsanwalt aus,
 - wenn Sie das verlangen oder
 - wenn Sie keinen Rechtsanwalt benennen und uns die umgehende Beauftragung eines Rechtsanwalts notwendig erscheint.
- (4) Wenn **wir** den Rechtsanwalt auswählen, beauftragen wir ihn in Ihrem Namen. Für die Tätigkeit des Rechtsanwalts sind wir nicht verantwortlich.
- (5) Sie müssen nach der Beauftragung des Rechtsanwalts Folgendes tun:
 - Ihren Rechtsanwalt vollständig und wahrheitsgemäß unterrichten,
 - ihm die Beweismittel angeben,
 - ihm die möglichen Auskünfte erteilen,
 - ihm die notwendigen Unterlagen beschaffen und
 - uns auf Verlangen Auskunft über den Stand Ihrer Angelegenheit geben.

- (6) Wenn Sie eine der in Absatz 1 und 5 genannten Obliegenheiten **vorsätzlich** verletzen, **verlieren Sie Ihren Versicherungsschutz**.

Bei grob fahrlässiger Verletzung einer Obliegenheit sind wir berechtigt, unsere Leistung zu kürzen, und zwar in einem der Schwere Ihres Verschuldens entsprechenden Verhältnis.

(Erläuterung für „grob fahrlässiges Verhalten“: Jemand verletzt die erforderliche Sorgfalt in ungewöhnlich hohem Maße.)

Wenn Sie eine Auskunfts- oder Aufklärungspflicht **nach** Eintritt des Versicherungsfalles verletzen, kann auch dies zum vollständigen oder teilweisen Wegfall des Versicherungsschutzes führen. Dies setzt jedoch voraus, dass wir Sie vorher durch gesonderte Mitteilung in Textform (zum Beispiel: Brief oder E-Mail) über diese Pflichten informiert haben.

Der Versicherungsschutz bleibt bestehen, wenn Sie nachweisen, dass Sie die Obliegenheiten nicht grob fahrlässig verletzt haben.

Der Versicherungsschutz bleibt auch in folgendem Fall bestehen: Sie weisen nach, dass die Obliegenheitsverletzung nicht die Ursache war für

- den Eintritt des Versicherungsfalles,
- die Feststellung des Versicherungsfalles oder
- die Feststellung oder den Umfang unserer Leistung (zum Beispiel: Sie haben die Einlegung des Rechtsmittels mit uns nicht abgestimmt. Wir hätten jedoch auch bei rechtzeitiger Abstimmung die Kostenübernahme bestätigt.)

Der Versicherungsschutz bleibt **nicht** bestehen, wenn Sie Ihre Obliegenheit **arglistig** verletzt haben.

- (7) entfällt
- (8) Ihre Ansprüche auf Versicherungsleistungen können Sie nur mit unserem schriftlichen Einverständnis abtreten. („Abtreten“ heißt: Sie übertragen Ihre Ansprüche auf Versicherungsleistung, die Sie uns gegenüber haben, auf Ihren Rechtsanwalt oder eine andere Person.)
- (9) Wenn ein anderer (zum Beispiel: Ihr Prozessgegner) Ihnen Kosten der Rechtsverfolgung erstatten muss, dann geht dieser Anspruch auf uns über. Aber nur dann, wenn wir die Kosten bereits beglichen haben.
Sie müssen uns die Unterlagen aushändigen, die wir brauchen, um diesen Anspruch durchzusetzen. Bei der Durchsetzung des Anspruchs müssen Sie auch mitwirken, wenn wir das verlangen.
Wenn Sie diese Pflicht vorsätzlich verletzen und wir deshalb diese Kosten von den anderen nicht erstattet bekommen, dann müssen wir über die geleisteten Kosten hinaus keine weiteren Kosten mehr erstatten. Ob Sie uns die bereits geleisteten Kosten zu erstatten haben, bleibt hiervon unberührt und richtet sich nach den allgemeinen Rechtsvorschriften.
Wenn Sie **grob fahrlässig** gehandelt haben, sind wir berechtigt, die Kosten in einem der Schwere Ihres Verschuldens entsprechenden Verhältnis zu kürzen. Sie müssen beweisen, dass Sie nicht grob fahrlässig gehandelt haben.
(Erläuterung für „grob fahrlässiges Verhalten“: Jemand verletzt die im Verkehr erforderliche Sorgfalt in ungewöhnlich hohem Maße.)
Hat Ihnen ein anderer (zum Beispiel: Ihr Prozessgegner) Kosten der Rechtsverfolgung erstattet und wurden diese zuvor von uns gezahlt? Dann müssen Sie **uns** diese Kosten zurückzahlen.

§ 18 entfällt

§ 19 entfällt

Welches Gericht ist für Klagen aus dem Versicherungsvertrag zuständig und welches Recht ist anzuwenden?

§ 20 Zuständiges Gericht/anzuwendendes Recht

- (1) Klagen gegen das Versicherungsunternehmen:
Wenn Sie uns verklagen wollen, können Sie die Klage an folgenden Orten einreichen:
 - Am Sitz des Versicherungsunternehmens oder am Sitz der für Ihren Vertrag zuständigen Niederlassung,
 - oder wenn Sie eine natürliche Person sind, auch am Gericht Ihres Wohnsitzes. (Eine „natürliche Person“ ist ein Mensch, im Gegensatz zur „juristischen Person“, das ist zum Beispiel eine GmbH, eine AG oder ein Verein). Haben Sie keinen Wohnsitz, können Sie die Klage am Gericht Ihres gewöhnlichen Aufenthalts einreichen.
- (2) Klagen gegen den Versicherungsnehmer:
Wenn wir Sie verklagen müssen, können wir die Klage an folgenden Orten einreichen:
 - Wenn Sie eine natürliche Person sind, am Gericht Ihres Wohnsitzes. Haben Sie keinen Wohnsitz, können wir die Klage am Gericht Ihres gewöhnlichen Aufenthalts einreichen.

- Wenn Ihr Wohnsitz oder Ihr gewöhnlicher Aufenthalt zum Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist, am Sitz unseres Versicherungsunternehmens oder am Sitz der für Ihren Vertrag zuständigen Niederlassung.
- Wenn Sie eine juristische Person sind oder eine Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder eine eingetragene Partnerschaftsgesellschaft, ist das Gericht an Ihrem Sitz oder Ihrer Niederlassung zuständig.

(3) Für diesen Vertrag gilt deutsches Recht.

In welchen Formen wird der Versicherungsschutz angeboten?

4. FORMEN DES VERSICHERUNGSSCHUTZES

§§ 21 bis 25 a entfällt

§ 26 KLASSIK-GARANT mit Baustein FLEXIBILITÄT

(1) Sie haben Versicherungsschutz für

- Ihren **privaten** Bereich und
- Ihre **berufliche**, nichtselbstständige Tätigkeit (zum Beispiel als Arbeitnehmer, Beamter, Richter),

(Erläuterung: Der Verkehrsbereich ist jeweils mitumfasst.)

Sie haben also keinen Versicherungsschutz, wenn Sie rechtliche Interessen im Zusammenhang mit einer gewerblichen, freiberuflichen oder sonstigen selbstständigen Tätigkeit wahrnehmen. Wann liegt eine sonstige selbstständige Tätigkeit vor?

Wenn Einkünfte im steuerrechtlichen Sinne erzielt werden oder werden sollen, die keine Einkünfte aus nichtselbstständiger Tätigkeit (zum Beispiel Löhne oder Gehälter) oder Einkünfte aus Rente sind.

Es besteht auch kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in der Eigenschaft als Eigentümer eines Grundstücks, Gebäudes oder Gebäudeteils.

(2) Mitversichert sind

- Ihr ehelicher/eingetragener Lebenspartner oder der im Versicherungsschein genannte sonstige Lebenspartner,
- Ihre und des versicherten Lebenspartners minderjährigen
 - Kinder,
 - Adoptivkinder,
 - Pflegekinder,
 - Stiefkinder,
- Ihre und des versicherten Lebenspartners, in keiner ehelichen/eingetragenen oder sonstigen Lebenspartnerschaft lebenden, volljährigen
 - Kinder,
 - Adoptivkinder,
 - Pflegekinder,
 - Stiefkinder,

bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sie erstmalig eine auf Dauer angelegte, berufliche Tätigkeit ausüben und hierfür ein Einkommen erhalten.

Sind die vorgenannten Voraussetzungen für die Mitversicherung des Kindes weggefallen?

Dann besteht Versicherungsschutz im bisherigen Umfang bis zum Ende des Versicherungsjahres weiter, wenn das Kind bis spätestens zum Beginn des folgenden Versicherungsjahres einen eigenen Versicherungsvertrag gemäß §§ 21, 23, 25, 26, 26 b, 27 oder 28 abschließt. Für den sich unmittelbar anschließenden Versicherungsvertrag des Kindes gilt keine Wartezeit,

- Ihre minderjährigen Nichten, Neffen und Patenkinder und die Ihres mitversicherten Lebenspartners während der Beaufsichtigung durch Sie oder durch Ihren mitversicherten Lebenspartner,
- die in Ihrem Haushalt lebenden unverheirateten Enkel und unentgeltlich anvertrauten Tageskinder bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sie erstmalig eine auf Dauer angelegte, berufliche Tätigkeit ausüben und hierfür ein Einkommen erhalten. Die Enkel und Tageskinder dürfen allerdings nicht in einer eingetragenen oder sonstigen Lebenspartnerschaft leben. Diese Kinder müssen sich darüber hinaus im Zeitpunkt des Versicherungsfalles unter Ihrer Aufsicht oder unter Aufsicht Ihres mitversicherten Lebenspartners befinden und die Rechtsschutzversicherung der Erziehungsberechtigten darf für den Versicherungsfall nicht eintrittspflichtig sein.
- alle Personen in ihrer Eigenschaft als berechtigte Fahrer und berechtigte Mitfahrer eines Kraftfahrzeuges oder Anhängers.

Voraussetzung ist:

Das Kraftfahrzeug oder der Anhänger ist

- auf Sie, Ihren mitversicherten Lebenspartner oder die mitversicherten Kinder zugelassen oder

- auf den Namen von Ihnen, des mitversicherten Lebenspartners oder der mitversicherten Kinder mit einem Versicherungskennzeichen (sogenanntes Nummernschild) oder Versicherungsplakette versehen oder
- von Ihnen, dem mitversicherten Lebenspartner oder den mitversicherten Kindern gemietet.

(3) Der Versicherungsschutz umfasst:

- | | |
|--|---------|
| a) Schadenersatz-Rechtsschutz | § 2 a), |
| b) Arbeits-Rechtsschutz | § 2 b), |
| c) Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht | § 2 d), |
| jedoch besteht kein Versicherungsschutz in der Eigenschaft als Eigentümer, Halter, Erwerber, Mieter und Leasingnehmer von Motorfahrzeugen zu Wasser und in der Luft, | |
| d) Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten | § 2 e), |
| e) Sozialgerichts-Rechtsschutz | § 2 f), |
| f) Verwaltungs-Rechtsschutz | § 2 g), |
| g) Disziplinar- und Standes-Rechtsschutz | § 2 h), |
| h) Straf-Rechtsschutz | § 2 i), |
| i) Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz | § 2 j), |
| j) Beratungs-Rechtsschutz im Familien-, Lebenspartnerschafts-, Betreuungs- und Erbrecht | § 2 k), |
| k) Rechtsschutz für Opfer von Gewaltstraftaten | § 2 n). |

(4) Der Arbeits-Rechtsschutz kann ausgeschlossen werden.

(5) Wenn wir einen Versicherungsfall im Verkehrsbereich übernehmen sollen, müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

- Der Fahrer muss bei Eintritt des Versicherungsfalles die vorgeschriebene Fahrerlaubnis haben.
- Der Fahrer muss berechtigt sein, das Fahrzeug zu führen.
- Das Fahrzeug muss zugelassen sein oder ein Versicherungskennzeichen (sogenanntes Nummernschild) oder Versicherungsplakette haben.

Was geschieht, wenn gegen diese Bedingungen verstoßen wird? Dann besteht Versicherungsschutz nur für diejenigen versicherten Personen, die von diesem Verstoß nichts wussten. Das heißt, die Personen haben **ohne Verschulden** oder höchstens **leicht fahrlässig** gehandelt. Wenn der Verstoß **grob fahrlässig** war, sind wir berechtigt, unsere Leistung zu kürzen, und zwar entsprechend der Schwere des Verschuldens.

(Erläuterung für „grob fahrlässiges Verhalten“: Jemand verletzt die allgemein übliche Sorgfalt in ungewöhnlich hohem Maße.)

Wenn die versicherte Person nachweist, dass ihre Unkenntnis nicht grob fahrlässig war, bleibt der Versicherungsschutz bestehen.

Der Versicherungsschutz bleibt auch in folgenden Fällen bestehen:

- Die versicherte Person weist nach, dass der Verstoß nicht ursächlich war für
 - den Eintritt des Versicherungsfalles,
 - die Feststellung des Versicherungsfalles oder
 - den Umfang der von uns zu erbringenden Leistung.

(6) Haben Sie ausschließlich eine gewerbliche, freiberufliche oder sonstige selbstständige Tätigkeit aufgenommen, wandelt sich der Versicherungsschutz ab dem Eintritt dieses Umstandes um und zwar

- in einen Verkehrs-Rechtsschutz nach § 21 Abs. 3 bis 10 und
- in einen Privat-Rechtsschutz für Selbstständige nach § 23.

Sie können jedoch innerhalb von sechs Monaten nach der Umwandlung die Beendigung des Versicherungsschutzes nach § 21 verlangen. Verlangen Sie dies später als zwei Monate nach Eintritt der für die Umwandlung des Versicherungsschutzes ursächlichen Tatsachen, endet der Versicherungsschutz nach § 21 erst mit Eingang Ihrer entsprechenden Erklärung.

(7) Auf Sie, Ihren mitversicherten Lebenspartner oder die mitversicherten Kinder ist seit mindestens sechs Monaten kein Motorfahrzeug und kein Anhänger zugelassen bzw. mit einem Versicherungskennzeichen auf Ihren oder deren Namen versehen: Sie können verlangen, dass der Versicherungsschutz in einen Privat- und Berufs-Rechtsschutz nach § 25 umgewandelt wird. Werden die für die Umwandlung des Versicherungsschutzes ursächlichen Tatsachen dem Versicherer später als zwei Monate nach ihrem Eintritt angezeigt, erfolgt die Umwandlung des Versicherungsschutzes erst ab Eingang der Anzeige.

§ 26 a Baustein EXKLUSIV

Im Rahmen des Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz für Nichtselbstständige nach § 26 können Sie diesen Baustein zusätzlich versichern.

(1) Es sind zusätzlich versichert:

- Personen, die mit Ihnen oder Ihrem mitversicherten Lebenspartner verwandt oder verschwägert sind.

Vorausgesetzt ist: Diese Personen

- leben mit Ihnen in häuslicher Gemeinschaft (Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft) und
 - sind an Ihrem Wohnsitz amtlich gemeldet.
- Ist die KLAUSEL ZU § 26 SINGLE-RECHTSSCHUTZ vereinbart, besteht dagegen für Personen, die lediglich mit Ihrem Lebenspartner verwandt oder verschwägert sind, kein Versicherungsschutz.

(2) Sie haben einen **erweiterten** Versicherungsschutz in folgenden Bereichen:

a) aa) **Rechtsschutz im Zusammenhang mit einer Aufhebungsvereinbarung:**

Im Arbeits-Rechtsschutz nach § 26 Abs. 3 b) i. V. m. § 2 b) besteht auch Versicherungsschutz in Ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer im Zusammenhang mit einer Aufhebungsvereinbarung.

Besonderheit beim Versicherungsfall:

Abweichend von § 4 Abs. 1 Satz 5 c) gilt das vom Arbeitgeber unterschriebene Angebot einer Aufhebungsvereinbarung als Versicherungsfall.

Wir übernehmen Kosten nach § 5, jedoch nicht mehr als insgesamt 1.000 EUR.

bb) auch Versicherungsschutz für die Wahrnehmung Ihrer rechtlicher Interessen aus **Anstellungsverhältnissen als gesetzlicher Vertreter juristischer Personen** mit einem Gesamtjahreseinkommen von nicht mehr als 50.000,- EUR. Liegt das Gesamtjahreseinkommen darüber, besteht kein Versicherungsschutz, auch nicht anteilig.

Wir übernehmen die Kosten nach § 5, jedoch nicht mehr als insgesamt 35.000 EUR.

Der Arbeits-Rechtsschutz darf nicht nach § 26 Abs. 4 ausgeschlossen sein.

b) **Rechtsschutz in Widerspruchs- und Einspruchsverfahren im Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten:**

Im Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten nach § 26 Abs. 3 d) i. V. m. § 2 e) besteht auch Versicherungsschutz in Widerspruchs- und Einspruchsverfahren, die den Klagen vor Finanz- und Verwaltungsgerichten vorausgehen,

c) **Rechtsschutz in Widerspruchsverfahren im Sozialgerichts-Rechtsschutz:**

Im Sozialgerichts-Rechtsschutz nach § 26 Abs. 3 e) i. V. m. § 2 f) besteht auch Versicherungsschutz in Widerspruchsverfahren, die den Klagen vor deutschen Sozialgerichten vorausgehen,

d) **Rechtsschutz im Verwaltungsrecht – Widerspruch und Klage:**

Im Verwaltungs-Rechtsschutz nach § 26 Abs. 3 f) i. V. m. § 2 g) bb) besteht auch Versicherungsschutz in Widerspruchsverfahren, die den Klagen vor Verwaltungsgerichten vorausgehen,

e) **Erweiterter Beratungs-Rechtsschutz im Familien-, Lebenspartnerschafts-, Betreuungs- und Erbrecht:**

Im Beratungs-Rechtsschutz im Familien-, Lebenspartnerschafts-, Betreuungs- und Erbrecht gemäß § 26 Abs. 3 j) i. V. m. § 2 k) besteht abweichend von § 3 Abs. 2 g) Versicherungsschutz über die beratende anwaltliche Tätigkeit hinaus. Wir übernehmen in diesem Fall die Kosten gemäß § 5, jedoch nicht mehr als insgesamt 1.000 EUR,

f) **Rechtsschutz im Zusammenhang mit Solar- oder Fotovoltaikanlagen:**

Es besteht abweichend von § 26 Abs. 1 sowie § 3 Abs. 1 d) Versicherungsschutz für die Wahrnehmung Ihrer rechtlichen Interessen als Versicherungsnehmer im unmittelbaren Zusammenhang mit

- dem Erwerb,
- der Installation und
- dem Betrieb

einer thermischen Solar- oder Fotovoltaikanlage.

Vorausgesetzt ist:

- die Anlagenleistung ist auf maximal 15 kW begrenzt,
- die Anlage befindet sich in Ihrem Eigentum und der Eigentumserwerb der Anlage ist nicht nur vorübergehend bezweckt,
- die Anlage ist als Aufdachanlage auf einem Gebäude in Deutschland angebracht, das in Ihrem Volleigentum als natürliche Person steht.

Der Versicherungsschutz umfasst folgende Leistungsarten:

- Schadenersatz-Rechtsschutz § 2 a),
 - Vertrags- und Sachen-Rechtsschutz § 2 d),
 - Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten § 2 e),
- und zwar auch in Widerspruchs- und Einspruchsverfahren, die den Klagen vor Verwaltungs- und Finanzgerichten vorausgehen,

- Verwaltungs-Rechtsschutz § 2 g) bb),
in nichtverkehrsrechtlichen Angelegenheiten und zwar auch in Widerspruchsverfahren, die den Klagen vor Verwaltungsgerichten vorausgehen,

- Straf-Rechtsschutz § 2 i),
- Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz § 2 j),

g) **Rechtsschutz im Urheberrecht** § 2 o),

h) **Beratungs-Rechtsschutz in Verbraucherinsolvenzverfahren** § 2 p).

i) **Rechtsschutz für Opfer von Gewaltstraftaten – Erweiterung für Opfer von Cyber-Straftaten (aktiver Straf-Rechtsschutz)**

Im Rechtsschutz für Opfer von Gewaltstraftaten gemäß § 26 Abs. 3 k) i.

V. m. § 2 n) besteht auch Versicherungsschutz für die Erstattung einer Strafanzeige bei Straftaten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der privaten Nutzung elektronischer Daten/Medien (zum Beispiel im Internet, in einem Intranet, in digitalen Kurznachrichten- oder Messangerdienste) begangen wurden. Voraussetzung ist, dass Sie als Opfer der Straftat betroffen sind. Sie haben Versicherungsschutz für die Beistandsleistung eines Rechtsanwalts zur Erstattung einer Strafanzeige.

(Beispiel: In einem Gruppen-Chat sind Sie über einen längeren Zeitraum belästigt worden. Sie stellen mit anwaltlicher Unterstützung Strafanzeige gegen diese Person.)

Für alle im Kalenderjahr eingetretenen Versicherungsfälle übernehmen wir insgesamt höchstens 250 EUR.

(3) Die Ausschlussklausel § 3 Abs. 2 f) bb) hat keine Geltung, soweit der Anlagebetrag der Kapitalanlage 15.000 EUR unterschreitet.

(4) a) **Rechtsschutz für Vorbereitungshandlungen**

Ist Versicherungsschutz nötig für Tätigkeiten, die eine geplante, selbstständige Tätigkeit vorbereiten sollen?

Versicherungsschutz besteht für Sie bzw. Ihren Lebenspartner für Tätigkeiten, die eine geplante gewerbliche, freiberufliche oder sonstige selbstständige Tätigkeit von Ihnen oder Ihrem Lebenspartner vorbereiten sollen (Vorbereitungshandlungen). Eine sonstige selbstständige Tätigkeit liegt vor, wenn Einkünfte im steuerrechtlichen Sinne erzielt werden oder werden sollen, die keine Einkünfte aus nichtselbstständiger Tätigkeit (zum Beispiel Löhne oder Gehälter) oder Einkünfte aus Rente sind.

Folgende Voraussetzungen müssen vorliegen:

- Die erste Vorbereitungshandlung erfolgt später als ein Jahr nach Beginn des Versicherungsvertrages nach § 26 i. V. m. § 26 a,
- die selbstständige Tätigkeit wollen Sie erstmalig ausüben und sie ist zu dem Zeitpunkt der ersten Vorbereitungshandlung nach unserem Tarif versicherbar, und

- Sie oder Ihr Lebenspartner schließen spätestens 6 Monate nach der ersten Vorbereitungshandlung einen entsprechenden Versicherungsvertrag rückwirkend bei uns ab. Dieser muss den tariflich größtmöglichen Leistungsumfang und die tariflich höchste Selbstbeteiligung beinhalten. Versicherungsschutz besteht in dem Umfang, in dem Sie oder Ihr Lebenspartner den vorgenannten Versicherungsvertrag rückwirkend abschließen. Eine eventuelle Wartezeit ist entsprechend § 4 Abs. (1) Sätze 2 und 3 zu berücksichtigen, wobei als Versicherungsbeginn im Sinne des § 4 (1) Satz 2 die Vornahme der ersten Vorbereitungshandlung gilt.

(Beispiel: Innerhalb von zwei Monaten nach der ersten Vorbereitungshandlung mieten Sie ein Objekt, das Sie für Ihr geplantes Gewerbe nutzen möchten. Der Vermieter hat Sie jedoch über die vermietete Gebäudefläche getäuscht: Es besteht kein Versicherungsschutz, da das rechtswidrige Verhalten des Vermieters innerhalb von 2 Monaten nach Vornahme der ersten Vorbereitungshandlung (Wartezeit) geschieht.)

Kommt der rückwirkend abzuschließende Versicherungsvertrag letztlich nicht zustande, sind Sie verpflichtet, uns die entstandenen Kosten zu erstatten.

Kein **Rechtsschutz für Vorbereitungshandlungen** besteht

- für die Vorbereitung einer zweiten und jeder weiteren gewerblichen, freiberuflichen oder sonstigen selbstständigen Tätigkeit,
- im Zusammenhang mit der Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen,
- im Vermögensschaden- und Anstellungsvertrags-Rechtsschutz gem. § 2 l),
- im Zusammenhang mit schuldrechtlichen Verträgen über Warenlieferungen und Dienstleistungen im Sinne von §§ 24 Abs. 2 b), 28 Abs. 3 b),
- für ein Risiko, dessen Einschluss nach den Annahmerichtlinien eine Direktionsanfrage voraussetzt.

b) **Vorsorge-Rechtsschutz**

Ist ein anderer Versicherungsschutz nötig, weil sich die äußeren Umstände geändert haben?

Versicherungsschutz besteht für das neu entstandene Risiko ohne Einhaltung einer Wartezeit unter folgenden Voraussetzungen:

- Die äußeren Umstände haben sich später als ein Jahr nach Beginn des Versicherungsvertrages nach § 26 i. V. m. § 26 a geändert,
- das neue Risiko entsteht bei Ihnen erstmalig und zu dem Zeitpunkt der Entstehung ist dieses Risiko nach unserem Tarif versicherbar, und
- Sie oder eine betroffene mitversicherte Person schließen spätestens 6 Monate nach Entstehung des Risikos einen entsprechenden Versicherungsvertrag rückwirkend bei uns ab – mit tariflich größtmöglichem Leistungsumfang und tariflich höchster Selbstbeteiligung.

Kommt dieser Vertrag letztlich nicht zustande, sind Sie verpflichtet, uns die entstandenen Kosten zu erstatten. Handelt es sich bei der Änderung der äußeren Umstände um einen neuen Lebenspartner des Versicherungsnehmers und haben Sie nicht lediglich einen Single-Rechtsschutz versichert, reicht es zu seiner Mitversicherung aus, diese rückwirkend spätestens 6 Monate nach Begründung der Lebenspartnerschaft in Textform zu verlangen. Verlangen Sie die Mitversicherung nicht, sind Sie verpflichtet, uns die entstandenen Kosten zu erstatten.

Kein **Vorsorge-Rechtsschutz** besteht

- für die Ausübung einer zweiten und jeder weiteren gewerblichen, freiberuflichen oder sonstigen selbstständigen Tätigkeit,
- als Vermieter oder Verpächter von Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen,
- im Vermögensschaden- und Anstellungsvertrags-Rechtsschutz gem. § 2 l),
- im Zusammenhang mit schuldrechtlichen Verträgen über Warenlieferungen und Dienstleistungen im Sinne von §§ 24 Abs. 2 b), 28 Abs. 3 b),
- für ein Risiko, dessen Einschluss nach den Annahmerichtlinien eine Direktionsanfrage voraussetzt.

(5) **Verzicht auf den Einwand der Vorvertraglichkeit**

Ist ein Versicherungsfall vor Vertragsbeginn eingetreten, haben Sie Versicherungsschutz, wenn

- der XXL-Baustein (§ 26 a) mindestens seit fünf Jahren ununterbrochen bei uns versichert ist,
- Sie nicht vor Ablauf der fünf Jahre Kenntnis vom Versicherungsfall erhalten haben.

In Abwandlung von § 4 Abs. 1 Satz 1 müssen die Voraussetzungen des Versicherungsfalles nach § 4 Abs. 1 Satz 5 a) bis c) also lediglich vor Beendigung des Versicherungsschutzes eingetreten sein. Die Bestimmung zur Wartezeit nach § 4 Abs. 1 Satz 2 und Satz 3 sowie die Ausschlüsse nach § 4 Abs. 3 a), Abs. 4 bis 6 gelten dann nicht.

(6) Der Versicherungsschutz erstreckt sich in Erweiterung des § 26 Abs. 1 auch auf Ihre **selbstständige Tätigkeit** und die Ihres Lebenspartners, wenn

- Sie oder Ihr Lebenspartner keine Mitarbeiter beschäftigen und
- der Gesamtumsatz aus dieser Tätigkeit in den letzten 12 Monaten vor dem Versicherungsfall höchstens 17.500 Euro betrug.

(Erläuterung: Der Gesamtumsatz ist die Summe aller vereinnahmten Erlöse, die Sie und Ihr Lebenspartner einzeln oder gemeinsam pro Kalenderjahr aus dieser Tätigkeit erzielen.)

Die Nebentätigkeit Ihres Lebenspartners ist allerdings nicht versichert, wenn die **KLAUSEL ZU § 26, SINGLE-RECHTSSCHUTZ** vereinbart ist.

(Beispiel: Sie verkaufen selbst hergestellte Töpferware. Auf der Fahrt zur Ihrer Verkaufsveranstaltung geraten Sie unverschuldet in einen Verkehrsunfall und werden verletzt. Sie machen Schmerzensgeldansprüche geltend.)

Ausnahme: Versicherungsschutz besteht nicht in der Leistungsart Vertrags- und Sachen-Rechtsschutz nach § 26 Abs. 3 c) i. V. m. § 2 d).

(7) Wir ziehen die vereinbarte Selbstbeteiligung nach § 5 Abs. 3 c) nicht von den von uns zu tragenden Kosten ab, wenn wir Ihnen den Rechtsanwalt vermittelt haben und die Angelegenheit durch eine Erstberatung erledigt wurde.

§ 26 b KLASSIK-GARANT

- (1) Sie haben Versicherungsschutz nach § 26 KLASSIK-GARANT mit Baustein Flexibilität mit folgenden Besonderheiten:
- (2) a) Abweichend von § 4 Abs. 1, Satz 2 besteht für die Leistungsart Arbeits-Rechtsschutz nach § 26 Abs. 3 b) i. V. m. § 2 b) Versicherungsschutz **erst nach Ablauf von 6 Monaten** nach Versicherungsbeginn (Wartezeit).

b) Abweichend von § 3 Abs. 2 f) bb) haben Sie **keinen Versicherungsschutz** für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in ursächlichem Zusammenhang mit jeglicher Kapitalanlage und deren Finanzierung.

c) Abweichend von § 2 j) haben Sie **Versicherungsschutz** für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in verkehrsrechtlichen Ordnungswidrigkeitenverfahren **nur dann**, wenn Ihnen ein **Fahrverbot** droht.

§§ 27 bis 28 a entfällt

§ 29 Baustein Wohnung/Grundstück

- (1) Sie haben Versicherungsschutz, wenn Sie Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile in einer der folgenden Eigenschaften nutzen: als
 - a) Eigentümer,
 - b) Vermieter,
 - c) Verpächter,
 - d) Mieter,
 - e) Pächter,
 - f) sonstiger Nutzungsberechtigter.Die Eigenschaften und das Grundstück, Gebäude oder Gebäudeteil müssen im Versicherungsschein angegeben sein. Einer Wohneinheit zuzurechnende Garagen oder Kraftfahrzeug-Abstellplätze sind eingeschlossen. Grundstück, Gebäude oder Gebäudeteil müssen sich in Deutschland befinden.
- (2) Der Versicherungsschutz umfasst:
 - a) **Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz** § 2 c),
 - b) **Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten** § 2 e).

§ 29 a ERWEITERUNG Baustein Wohnung/Grundstück

Diese Erweiterung können Sie nur zu einem Rechtsschutz für Eigentümer und Mieter von Wohnungen und Grundstücken abschließen.

- (1) Sie haben eine Wohneinheit nach § 29 versichert? Dann erstreckt sich der Versicherungsschutz in der jeweils versicherten Eigenschaft nach § 29 Abs. 1 a), d), e) oder f) auf alle
 - in Deutschland befindlichen,
 - privat und
 - selbst genutzten Wohneinheiten.
- (2) In den in § 29 Abs. 2 genannten Leistungsarten haben Sie einen erweiterten Versicherungsschutz:
 - a) **Rechtsschutz in Widerspruchs- und Einspruchsverfahren im Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten:**
Sie haben Versicherungsschutz in Widerspruchs- und Einspruchsverfahren gemäß § 29 Abs. 2 b) i. V. m. § 2 e), die einer Klage vor Verwaltungs- und Finanzgerichten vorausgehen,
 - b) **Rechtsschutz bei Erschließungs- und sonstigen Anliegerabgaben:**
Die Ausschlussklausel § 3 Abs. 2 i) hat keine Geltung bei Streitigkeiten wegen Erschließungs- und sonstigen Anliegerabgaben;
- (3) **Verzicht auf den Einwand der Vorvertraglichkeit**
Ist ein Versicherungsfall vor Vertragsbeginn eingetreten, haben Sie Versicherungsschutz, wenn
 - der XXL-Baustein (§ 29 a) mindestens seit fünf Jahren ununterbrochen bei uns versichert ist,
 - Sie nicht vor Ablauf der fünf Jahre Kenntnis vom Versicherungsfall erhalten haben.In Abwandlung von § 4 Abs. 1 Satz 1 müssen die Voraussetzungen des Versicherungsfalles nach § 4 Abs. 1 Satz 5 a) bis c) also lediglich vor Beendigung des Versicherungsschutzes eingetreten sein. Die Bestimmung zur Wartezeit nach § 4 Abs. 1 Satz 2 und Satz 3 sowie die Ausschlüsse nach § 4 Abs. 3 a), Abs. 4 bis 6 gelten dann nicht.
- (4) Wir ziehen die vereinbarte Selbstbeteiligung nach § 5 Abs. 3 c) nicht von den von uns zu tragenden Kosten ab, wenn wir Ihnen den Rechtsanwalt vermittelt haben und die Angelegenheit durch eine Erstberatung erledigt wurde.

§§ 30 und 30 a entfällt

KLAUSEL ZU § 26, SINGLE-RECHTSSCHUTZ

- (1) Sie sind unverheiratet, leben nicht in einer ehelichen/eingetragenen Lebenspartnerschaft und haben mit uns auch nicht vereinbart, dass ein sonstiger Lebenspartner mitversichert sein soll? Dann besteht abweichend von § 26 Abs. 2

- kein Versicherungsschutz für Ihren ehelichen, eingetragenen oder sonstigen Lebenspartner und für allein über Ihren Lebenspartner mitversicherte Personen.
- (2) Für den Fall, dass Sie heiraten oder eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen, erweitert sich Ihr Versicherungsschutz von diesem Zeitpunkt an nach § 26 Abs. 2 um die Mitversicherung für den ehelichen oder eingetragenen Lebenspartner.

Voraussetzung: Sie teilen uns die Heirat oder die Eintragung der Lebenspartnerschaft innerhalb von zwei Monaten mit. Erfolgt die Anzeige später als zwei Monate, beginnt der Versicherungsschutz für Ihren Lebenspartner erst mit dem Eingang der Anzeige bei uns.

Von dem Zeitpunkt der Mitversicherung an können wir den in unserem Tarif geltenden, höheren Beitrag verlangen.

SONDERBEDINGUNGEN ZU DEN ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020: SPEZIAL-STRAF-RECHTSSCHUTZ FÜR PRIVATKUNDEN

Soweit sich aus den nachfolgenden Regelungen nichts anderes gibt, gelten die § 1, § 4 Abs. 3 b), §§ 7 bis 14, 16, 17 und 20 der Allgemeinen Rechtsschutzbedingungen für die Rechtsschutzversicherungen (ARB) KLASSIK-GARANT Stand 01/2020.

Inhalt

Für welche Rechtsangelegenheiten gibt es Rechtsschutz?

§ 1 Versicherte Risiken?

Wer ist versichert?

§ 2 Versicherte

Wann entsteht der Anspruch auf eine Rechtsschutzleistung?

§ 3 Voraussetzung für den Anspruch auf Versicherungsschutz, zeitlicher Ausschluss

Welche Kosten übernehmen wir?

§ 4 Leistungsumfang

Welche Rechtsangelegenheiten umfasst der Rechtsschutz nicht?

§ 5 Inhaltliche Ausschlüsse

In welchen Ländern sind Sie versichert?

§ 6 Geltungsbereich

Bis zu welcher Höhe leisten wir?

§ 7 Versicherungssumme

Wie lauten unsere allgemeinen Bestimmungen?

§ 8 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Versicherte Risiken

Der Versicherungsschutz umfasst die Wahrnehmung Ihrer rechtlichen Interessen wegen des Vorwurfes der Verletzung von Vorschriften des

- Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts und
- Disziplinar- und Standesrechts.

Sie haben aber keinen Versicherungsschutz, wenn der Vorwurf in Zusammenhang mit einer gewerblichen, freiberuflichen oder sonstigen selbstständigen Tätigkeit steht.

Wann liegt eine sonstige selbstständige Tätigkeit vor?

Wenn Einkünfte im steuerrechtlichen Sinne erzielt werden oder werden sollen, die keine Einkünfte aus nichtselbstständiger Tätigkeit (zum Beispiel Löhne oder Gehälter) oder Einkünfte aus Rente sind.

Der Versicherungsschutz hat folgenden Umfang:

- a) Strafverteidigung, und zwar die Verteidigung in Straf-, Ordnungswidrigkeiten-, Disziplinar- und standesrechtlicher Verfahren einschließlich des Aufwands für einvernehmliche Beendigungen der Verfahren;
- b) Kronzeugenregelung, wenn Versicherte sich auf eine Kronzeugenregelung berufen;
- c) Durchsuchung, und zwar bei Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen;
- d) Verwaltungsrecht, und zwar in Verwaltungs-, Besteuerungs-, Sozialrechts- und Arbeitsrechtsverfahren vor deutschen Behörden und Gerichten, die dazu dienen, die Verteidigung in Verfahren gem. a) zu unterstützen oder deren Einleitung zu verhindern;
- e) Zeugenbetreuung (erweiterter Zeugenbeistand), und zwar die Beratung und Betreuung von Zeugen, auch wenn diese nicht zu den Versicherten nach § 2 gehören;
- f) Verfassungsrecht, und zwar in Verfahren vor Verfassungsgerichten;
- g) Straf- bzw. Bußgeldvollstreckungsverfahren;

- h) Wiederaufnahmeverfahren;
- i) Prozessbeobachtung, und zwar die Beobachtung anderer Prozesse, die für die Verteidigung in Verfahren gem. a) von Bedeutung sein können, sofern wir zustimmen;
- j) folgenden Maßnahmen:
 - Straf- und Zeugenentschädigung,
 - Freiheitsentziehung,
 - Entziehung der Fahrerlaubnis,
 - Sanktion durch Berufs- oder Fahrverbot,
 - Vermögensabschöpfung (Verfall und Einziehung),
 - Vermögenssicherung, und zwar durch dinglichen Arrest,
 - aktive und passive Dienstaufsichtsbeschwerde,
 - Überwachung der Telekommunikation,
 - Online-Durchsuchung,
 - erkennungsdienstliche Behandlung,
 - körperliche Untersuchung;
- k) Koordination, soweit in einem Ermittlungsverfahren gegen Versicherte mehrere Beschuldigte oder Zeugen betroffen sind, wobei unsere Zustimmung für die Einschaltung eines Anwaltes, dessen Aufgabe es ist, die Tätigkeit der Beschuldigtenverteidiger und Zeugenbeistände zu koordinieren, erforderlich ist;
- l) Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen, und zwar zur Durchsetzung von Ansprüchen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG), wobei damit unter anderem die Entschädigung für Urteilsfolgen und andere Strafverfolgungsmaßnahmen, wie die vorläufige Festnahme, die Haft sowie die Beschlagnahme, gemeint ist.

§ 2 Versicherte

Versichert sind

- a) Sie als Versicherungsnehmer oder eine im Versicherungsschein genannte Person,
- b) Ihr ehelicher/eingetragener oder Ihr im Versicherungsschein genannter sonstiger Lebenspartner,
- c) Ihre und des versicherten Lebenspartners minderjährigen
 - Kinder,
 - Adoptivkinder,
 - Pflegekinder,
 - Stiefkinder,
- d) Ihre und des versicherten Lebenspartners, in keiner ehelichen/ eingetragenen oder sonstigen Lebenspartnerschaft lebenden, volljährigen
 - Kinder,
 - Adoptivkinder,
 - Pflegekinder,
 - Stiefkinder,
 bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sie erstmalig eine auf Dauer angelegte, berufliche Tätigkeit ausüben und hierfür ein Einkommen erhalten. Sie können widersprechen, wenn ein anderer Versicherter als Ihr ehelicher oder eingetragener Lebenspartner Rechtsschutz verlangt.

§ 3 Voraussetzung für den Anspruch auf Versicherungsschutz, zeitlicher Ausschluss

- (1) Sie haben Anspruch auf Versicherungsschutz, wenn ein Versicherungsfall nach Beginn des Versicherungsschutzes und vor dessen Ende eingetreten ist. Der Versicherungsfall ist in folgenden Fällen:
 - a) **Strafverteidigung** § 1 a),
Kronzeugenregelung § 1 b),
Verfassungsrecht § 1 g),
Firmenstellungnahme § 1 h),
Straf- bzw. Bußgeldvollstreckungsverfahren § 1 i),
Prozessbeobachtung § 1 k),
Koordination § 1 m),
bzw. **die behördliche Anordnung bei Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen** § 1 n),
Maßnahmen nach § 1 l), die Einleitung des Ermittlungsverfahrens gegen Versicherte
 - b) **Untersuchungsausschuss** die Ladung des Versicherten zur Ausschusssitzung § 1 c),
 - c) **Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion** der Beginn der Durchsuchungs- oder Beschlagnahmeaktion § 1 d),

- d) **Verwaltungsrecht**,
und zwar in Verwaltungs-, Besteuerungs-, Sozialrechts- und
Arbeitsrechtsverfahren vor deutschen Behörden und Gerichten
die förmliche Einleitung des Verfahrens § 1 e),
- e) **Zeugenbetreuung** (erweiterter Zeugenbeistand)
die Aufforderung des zeugen zur Aussage § 1 f),
- f) **Wiederaufnahmeverfahren zugunsten des Versicherten**
der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens,
Wiederaufnahmeverfahren zuungunsten des Versicherten
die Eröffnung des neuen Hauptverfahrens § 1 j).
- (2) **Zeitlicher Ausschluss:**
Liegen mehreren Verfahren gemäß § 1 mehrere Versicherungsfälle zugrunde,
die zeitlich und ursächlich zusammenhängen, besteht kein Versicherungs-
schutz, wenn der erste Versicherungsfall vor dem Beginn des Rechtsschutzver-
sicherungsvertrages nach § 7 ARB KLASSIK-GARANT Stand 01/2020 datiert.

§ 4 Leistungsumfang

- (1) Wir tragen die den Versicherten entstehenden Kosten.
Hierzu gehören
- a) Verfahrenskosten,
und zwar die tatsächlich anfallenden Verfahrenskosten;
- b) Rechtsanwaltskosten,
und zwar die angemessenen Gebühren des vom Versicherten beauftragten
Rechtsanwaltes sowie die üblichen Auslagen.
Soweit zulässig können Sie statt eines Rechtsanwaltes auch einen Steuer-
berater oder Rechtslehrer einer deutschen Hochschule beauftragen.
- c) Sachverständigenkosten,
und zwar die angemessenen Kosten der Sachverständigengutachten, die
Sie zur Unterstützung Ihrer Verteidigung in Auftrag geben;
- d) Reisekosten,
und zwar die angemessenen Kosten notwendiger Reisen
- der versicherten Personen,
 - der Sachverständigen,
 - der Rechtsanwälte der versicherten Personen gemäß dem Rechtsan-
waltsvergütungsgesetz (RVG),
die im Zusammenhang mit der Verteidigung in versicherten Verfahren
anfallen;
- e) Übersetzungskosten,
und zwar für die Übersetzung aller für die Verteidigung und den Zeugenbei-
stand notwendigen Unterlagen;
- f) Dolmetscherkosten,
soweit die Einschaltung von Dolmetschern erforderlich ist. Wir erstatten
deren angemessene Kosten;
- g) Nebenklagekosten des Opfers,
soweit der Versicherte aufgrund gerichtlicher Festsetzung zur Erstattung
verpflichtet ist;
- h) Kosten für Privatklageverfahren,
und zwar für Ihre Vertretung als Angeklagter in Privatklageverfahren (§ 374
ff. Strafprozessordnung) vor deutschen Gerichten. Wir zahlen die ange-
messenen Kosten. Gleiches gilt für die Kosten vorher notwendiger Sühne-
versuche nach § 380 StPO.
- (2) Wir sorgen für die Zahlung eines zinslosen Darlehens bis zu einem Betrag in
Höhe von 300.000 EUR für eine Kautions, die gestellt werden muss, um Sie
einstweilen von Strafverfolgungsmaßnahmen zu verschonen.

§ 5 Inhaltliche Ausschlüsse

- (1) Versicherungsschutz besteht nicht
- a) beim Vorwurf von Mord oder Totschlag,
- b) beim Vorwurf von preis- oder wettbewerbsbeschränkenden Absprachen,
- c) beim Vorwurf, als Führer eines Kraftfahrzeuges ausschließlich eine ver-
kehrrechtliche Bestimmung für den Straßenverkehr verletzt zu haben,
- d) für die Verteidigung gegen den Vorwurf einer Steuerstraftat, wenn das Er-
mittlungsverfahren durch Selbstanzeige ausgelöst wird,
- e) für Rechtsanwaltskosten, die keine konkrete Anwaltsleistung abgelten.
Das betrifft insbesondere die pauschale Vergütung für die bloße Mandats-
übernahme oder die Bereitschaft des Betreibens der Angelegenheit (zum
Beispiel sogenannte Antrittsgelder),
- f) bei einem ursächlichem Zusammenhang der Interessenwahrnehmung mit
einer – aktuellen oder ehemaligen – Tätigkeit bzw. Stellung als gesetzlicher
Vertreter einer juristischen Person.

- (2) Der Versicherungsschutz entfällt nachträglich bei rechtskräftiger Verurteilung
wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat. In diesem Fall haben Versicherte
erbrachte Leistungen zurückzuerstatten.
Bei rechtskräftiger Verurteilung sowohl wegen Vorsatz als auch wegen Fahrläs-
sigkeit besteht die Rückzahlungsverpflichtung anteilig, soweit die Verurteilung
wegen Vorsatzdelikten erfolgt.
Der Versicherungsschutz entfällt nachträglich nicht bei einem rechtskräftigen
Strafbefehl.
- (3) Aus rechtlichen Gründen weisen wir Sie noch auf Folgendes hin: Versiche-
rungsschutz haben Sie nur, soweit nicht die folgenden, auf die Vertragsparteien
direkt anwendbaren, Maßnahmen entgegenstehen:
- Wirtschaftssanktionen,
 - Handelssanktionen,
 - Finanzsanktionen oder
 - Embargos der Europäischen Union oder von Deutschland.
- Die übrigen Bestimmungen unseres Vertrages sind davon nicht betroffen.
Dies gilt auch für Wirtschafts-, Handels- oder Finanzsanktionen bzw. Embargos,
die durch die Vereinigten Staaten von Amerika in Hinblick auf den Iran erlassen
werden. Dem dürfen allerdings nicht europäische oder deutsche Rechtsvor-
schriften entgegenstehen.

§ 6 Geltungsbereich

Versicherungsschutz besteht, wenn ein Gericht oder eine Behörde in folgenden
Gebieten gesetzlich zuständig ist oder wäre und der Versicherte seine Rechtsinter-
essen dort verfolgt:

- Europa,
- Anliegerstaaten des Mittelmeers,
- Kanarische Inseln,
- Madeira.

§ 7 Versicherungssumme

Wir zahlen in jedem Versicherungsfall höchstens eine Versicherungssumme von
500.000 EUR.

Zahlungen für Sie selbst und für mitversicherte Personen in demselben Versiche-
rungsfall rechnen wir zusammen. Dies gilt auch für Zahlungen aufgrund mehrerer
Versicherungsfälle, die zeitlich und ursächlich zusammenhängen.

Für alle in einem Kalenderjahr eingetretenen Versicherungsfälle zahlen wir höch-
stens die zweifache Versicherungssumme, somit maximal 1.000.000 EUR.

§ 8 Allgemeine Bestimmungen

- (1) **Vorversicherung:**
Wird eine andere Versicherung der vorliegenden Art durch diese Versicherung
ohne zeitliche Unterbrechung des Versicherungsschutzes ersetzt, besteht Ver-
sicherungsschutz unter diesem Vertrag für Verfahren, die während der Laufzeit
des Versicherungsvertrages beim Vorversicherer eingeleitet wurden. Leistungen
aus früheren Rechtsschutzverträgen müssen vorrangig in Anspruch genommen
werden und sind auf den Leistungsumfang dieses Vertrages anzurechnen.
Diese zeitliche Ausdehnung des Versicherungsschutzes setzt voraus, dass
- Sie bis zum Abschluss dieser Versicherung keine Kenntnis von Verfahrensein-
leitungen hatten und
 - keine Leistungsablehnungen von Vorversicherern wegen Nichtzahlung, ver-
späteter Zahlung oder Obliegenheitsverletzungen vorliegen.
- (2) Alle Bestimmungen aus diesem Rechtsschutzvertrag gelten sinngemäß auch
für die mitversicherten Personen, soweit nicht eine einzelne Regelung vorsieht,
dass Sie der Rechtsschutzgewährung widersprechen können.

Risikoträger:

Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft Aktiengesellschaft / Augustaanlage 25 / 68165 Mannheim / T +49.621.42 04-222 / F +49.621.42 04-650 / info@nrv-rechtsschutz.de / www.nrv-rechtsschutz.de
Vorstand: Ralf Beißer, Sprecher / Michael Diener / Vorsitzender des Aufsichtsrates: Peter Meier
Sitz: Mannheim / Handelsregister: Amtsgericht Mannheim, HRB 179 / UST-IdNr. DE 143837211

In Kooperation mit:

VHV Allgemeine Versicherung AG / VHV-Platz 1 / 30177 Hannover / Briefanschrift: 30138 Hannover
Bankverbindung: Nord/LB Hannover / IBAN DE65 2505 0000 0101 4115 51 / BIC: NOLADE2HXXX
Vorstand: Thomas Voigt, Sprecher / Dr. Per-Johan Horgby / Dr. Sebastian Reddemann / Dr. Angelo O. Rohlf's / Vorsitzender des Aufsichtsrates: Uwe H. Reuter
Registergericht: Amtsgericht Hannover, HRB 57331 / Sitz der Gesellschaft: Hannover / UST-IdNr. DE 815 099 837 / www.vhv.de

Datenschutzhinweise

Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die VHV Allgemeine Versicherung AG und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

VHV Allgemeine Versicherung AG

VHV-Platz 1

30177 Hannover

Telefon: +49 (0)511.907-0

E-Mail-Adresse: service@vhv.de.

Unsere Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter den vorgenannten Kontaktdaten oder unter datschutzbeauftragter@vhv.de

2. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), der datenschutzrechtlich relevanten Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze. Darüber hinaus hat sich unser Unternehmen auf die „Verhaltensregeln für den Umgang mit personenbezogenen Daten durch die deutsche Versicherungswirtschaft“ verpflichtet, die die oben genannten Gesetze für die Versicherungswirtschaft präzisieren. Diese können Sie im Internet unter www.vhv.de unter der Rubrik Datenschutz abrufen.

Stellen Sie einen Antrag auf Versicherungsschutz, benötigen wir die von Ihnen hierbei gemachten Angaben für den Abschluss des Vertrages und zur Einschätzung des von uns zu übernehmenden Risikos. Wir verarbeiten diese personenbezogenen Daten, um das von uns zu übernehmende Risiko bestimmen und einschätzen zu können. Kommt der Versicherungsvertrag zustande, verarbeiten wir diese Daten zur Durchführung des Vertragsverhältnisses, z. B. zur Policierung oder Rechnungsstellung. Angaben zum Schaden benötigen wir, um prüfen zu können, ob ein Versicherungsfall eingetreten ist. **Der Abschluss bzw. die Durchführung des Versicherungsvertrages ist ohne die Verarbeitung Ihrer Daten nicht möglich.** Darüber hinaus benötigen wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erstellung von versicherungsspezifischen Statistiken, z. B. für die Entwicklung neuer Tarife oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Die Daten aller mit der VHV Allgemeine Versicherung AG bestehenden Verträge nutzen wir für eine Betrachtung der gesamten Kundenbeziehung, beispielsweise zur Beratung hinsichtlich einer Vertragsanpassung, -ergänzung, für Kulanzentscheidungen oder für umfassende Auskunftserteilungen. Rechtsgrundlage für diese Verarbeitungen personenbezogener Daten für vorvertragliche und vertragliche Zwecke ist Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO. Soweit dafür besondere Kategorien personenbezogener Daten (z. B. Ihre Gesundheitsdaten bei Abschluss eines Lebensversicherungsvertrages) erforderlich sind, holen wir Ihre Einwilligung nach Art. 9 Abs. 2 a) i. V. m. Art. 7 DSGVO ein. Erstellen wir Statistiken mit diesen Datenkategorien, erfolgt dies auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 j) DSGVO i. V. m. § 27 BDSG.

Die genannten Zwecke und Rechtsgrundlagen erstrecken sich auch auf Testverfahren zur Entwicklung, Implementierung und Kontrolle der hierzu eingesetzten automatisierten Datenverarbeitungsverfahren.

Ihre Daten verarbeiten wir auch, wenn es nach Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO erforderlich ist, um berechnete Interessen von uns oder von Dritten zu wahren. Dies kann insbesondere der Fall sein:

- zur Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs,
- zur Werbung für unsere eigenen Versicherungsprodukte und für andere Produkte der Unternehmen der VHV-Gruppe und deren Kooperationspartner sowie für Markt- und Meinungsumfragen,
- zur Verhinderung und Aufklärung von Straftaten, insbesondere von Datenanalysen zur Erkennung von Unstimmigkeiten, die auf Versicherungsmisbrauch hindeuten können.

Darüber hinaus verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen wie z. B. aufsichtsrechtlicher Vorgaben, handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten oder unserer Beratungspflicht. Als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dienen in diesem Fall die jeweiligen gesetzlichen Regelungen i. V. m. Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO.

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für andere, oben nicht genannte Zwecke verarbeiten wollen, werden wir Sie darüber zuvor informieren.

3. Nutzung Ihrer E-Mail-Adresse

Wenn Sie uns im Rahmen der Bearbeitung eines Vorgangs Ihre E-Mail-Adresse zur Kenntnis bringen, speichern wir diese und nutzen sie ggf. für die weitere Kommunikation zu dem betreffenden Vertrag oder Schaden, sofern Sie dieser Nutzung nicht widersprechen.

Wir weisen Sie ferner darauf hin, dass wir Ihre E-Mail-Adresse, soweit Sie uns diese mitgeteilt haben, zur Werbung für eigene oder ähnliche Versicherungsprodukte verwenden. Sie können auch dieser Nutzung jederzeit formlos widersprechen, ohne dass hierfür andere als die Übermittlungskosten nach den Basistarifen anfallen.

4. Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Rückversicherer:

Von uns übernommene Risiken versichern wir bei speziellen Versicherungsunternehmen (Rückversicherer). Dafür kann es erforderlich sein, Ihre Vertrags- und ggf. Schadendaten an einen Rückversicherer zu übermitteln, damit dieser sich ein eigenes Bild über das Risiko oder den Versicherungsfall machen kann.

Vermittler:

Soweit Sie hinsichtlich Ihrer Versicherungsverträge von einem Vermittler betreut werden, verarbeitet Ihr Vermittler die zum Abschluss und zur Durchführung des Vertrages benötigten Antrags-, Vertrags- und Schadendaten. Auch übermittelt unser Unternehmen diese Daten an die Sie betreuenden Vermittler, soweit diese die Informationen zu Ihrer Betreuung und Beratung in ihren Versicherungs- und Finanzdienstleistungsangelegenheiten benötigen.

Datenverarbeitung in der Unternehmensgruppe:

Spezialisierte Unternehmen bzw. Bereiche unserer Unternehmensgruppe nehmen bestimmte Datenverarbeitungsaufgaben für die in der Gruppe verbundenen Unternehmen zentral wahr. Soweit ein Versicherungsvertrag zwischen Ihnen und einem oder mehreren Unternehmen unserer Gruppe besteht, können Ihre Daten etwa zur zentralen Verwaltung von Anschriftendaten, für den telefonischen Kundenservice, zur Vertrags- und Leistungsbearbeitung, für In- und Exkasso oder zur gemeinsamen

Postbearbeitung zentral durch ein Unternehmen der Gruppe verarbeitet werden. In unserer Dienstleisterliste finden Sie die Unternehmen, die an einer zentralisierten Datenverarbeitung teilnehmen.

Externe Dienstleister:

Wir bedienen uns zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten zum Teil externer Dienstleister.

Eine Aufstellung der von uns einsetzten Auftragnehmer und Dienstleister nebst, sofern erforderlich, die Fundstelle ihrer Datenschutzhinweise im Internet, zu denen nicht nur vorübergehende Geschäftsbeziehungen bestehen, sowie der Unternehmen unserer Gruppe, die an einer zentralisierten Datenverarbeitung teilnehmen, können Sie unserer Internetseite unter www.vhv.de unter der Rubrik Datenschutz entnehmen. Sofern von Ihnen gewünscht, können wir Ihnen diese Liste auch in Schriftform zukommen lassen.

Weitere Empfänger:

Darüber hinaus können wir Ihre personenbezogenen Daten an weitere Empfänger übermitteln, z. B. an Behörden zur Erfüllung gesetzlicher Mitteilungspflichten. Hierzu zählen u. a. die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen im Rahmen der Geldwäscheprävention und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Im Falle von Sanktionslistentreffern erfolgen Meldungen an die Bundesbank.

5. Dauer der Datenspeicherung

Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten sobald sie für die oben genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Dabei kann es vorkommen, dass personenbezogene Daten für die Zeit aufbewahrt werden, in der Ansprüche gegen unser Unternehmen geltend gemacht werden können (gesetzliche Verjährungsfrist von drei oder bis zu dreißig Jahren). Zudem speichern wir Ihre personenbezogenen Daten, solange wir dazu gesetzlich verpflichtet sind. Dies ergibt sich regelmäßig durch rechtliche Nachweis- und Aufbewahrungspflichten, die unter anderem im Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung und dem Geldwäschegesetz geregelt sind. Die Speicherfristen betragen danach bis zu zehn Jahre.

6. Betroffenenrechte

Sie können unter der o. g. Adresse Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Darüber hinaus können Sie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung oder die Löschung Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten sowie ein Recht auf Herausgabe der von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zustehen.

Widerspruchsrechte

Sie haben ferner das Recht, einer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu Zwecken der Direktwerbung zu widersprechen. Ihren Widerspruch richten Sie bitte an service@vhv.de.

Verarbeiten wir Ihre Daten zur Wahrung berechtigter Interessen, können Sie dieser Verarbeitung widersprechen, wenn sich aus Ihrer besonderen Situation Gründe ergeben, die gegen die Datenverarbeitung sprechen. Dieses Recht können Sie ebenfalls unter der o. g. Adresse geltend machen.

Beschwerderecht

Sie haben die Möglichkeit, sich mit einer Beschwerde an den oben genannten Datenschutzbeauftragten oder an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist: Die Landesbeauftragte für den Datenschutz in Niedersachsen, Prinzenstr. 5, 30159 Hannover.

7. Hinweis- und Informationssystem der Versicherungswirtschaft

Die Versicherungswirtschaft nutzt das Hinweis- und Informationssystem (HIS) der Informa HIS GmbH, Krenzberger Ring 68, 65205 Wiesbaden zur Unterstützung der Risikobeurteilung im Antragsfall, zur Sachverhaltsaufklärung bei der Leistungsprüfung sowie bei der Bekämpfung von Versicherungsmisbrauch. Dafür ist ein Austausch bestimmter personenbezogener Daten mit dem HIS erforderlich. Der Betrieb des HIS beruht auf den berechtigten Interessen der Versicherungswirtschaft gem. Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO, die wir gerne erläutern:

Einmeldung:

An das HIS melden wir – ebenso wie andere Versicherungsunternehmen – erhöhte Risiken sowie Auffälligkeiten, die auf Versicherungsmisbrauch hindeuten könnten und daher einer näheren Prüfung bedürfen. Die Meldung ist bei Antragstellung oder im Schadenfall möglich und kann eine Person oder eine Sache, z. B. ein Kfz, betreffen. Eine Meldung zur Person ist möglich, wenn ungewöhnlich oft Schäden gemeldet werden oder z. B. das Schadenbild mit der Schadenschilderung nicht in Einklang zu bringen ist. Die Versicherer müssen im Schadenfall wissen, ob ein Fahrzeug schwerwiegende oder unreparierte Vorschäden hatte oder sogar schon einmal als gestohlen gemeldet wurde. Aus diesem Grunde melden wir Fahrzeuge an das HIS, wenn diese einen Totalschaden haben, gestohlen worden sind sowie im Falle von Abrechnungen ohne Reparaturnachweis. Immobilien melden wir an das HIS, wenn wir eine ungewöhnlich hohe Schadenhäufigkeit feststellen. Sollten wir Sie, Ihre Immobilie oder Ihr Fahrzeug an das HIS melden, werden Sie in jedem Fall über die Einmeldung benachrichtigt.

Anfragen:

Bei der Prüfung Ihres Antrags auf Abschluss eines Versicherungsvertrages oder Regulierung eines Schadens, richten wir Anfragen zur Person oder Sache (z. B. Kfz) an das HIS und speichern die Ergebnisse der Anfragen. Im Schadenfall kann es nach einem Hinweis durch das HIS erforderlich sein, genauere Angaben zum Sachverhalt von den Versicherern, die Daten an das HIS gemeldet haben, zu erfragen. Auch diese Ergebnisse speichern wir, soweit sie für die Prüfung des Versicherungsfalls relevant sind.

Es kann auch dazu kommen, dass wir Anfragen anderer Versicherer (als Folge einer HIS-Auskunft) in einem späteren Leistungsfall beantworten und daher Auskunft über Ihren Schadenfall geben müssen. Diese Formen der HIS-Nutzung basieren sowohl auf dem berechtigten Interesse des Versicherers als auch auf dem Erlaubnistatbestand der Vertragsdurchführung (Art. 6 Abs. 1 b) und f) DSGVO).

Eine detaillierte Beschreibung des HIS finden Sie im Internet unter www.informa-irfp.de. In begründeten Fällen können Sie der HIS-Einmeldung und -Abfrage widersprechen. Einen Widerspruch richten Sie bitte an die oben unter 1. genannte Adresse.

8. Datenaustausch mit Ihrem früheren Versicherer

Um Ihre Angaben bei Abschluss des Versicherungsvertrages (z. B. zur Mitnahme eines Schadensfreiheitsrabattes in der Kfz-Haftpflichtversicherung) bzw. Ihre Angaben bei Eintritt des Versicherungsfalles überprüfen und bei Bedarf ergänzen zu können, kann im dafür erforderlichen Umfang ein Austausch von personenbezogenen Daten mit dem von Ihnen im Antrag benannten früheren Versicherer erfolgen.

Diese Übermittlung basiert sowohl auf dem berechtigten Interesse des Versicherers als auch auf dem Erlaubnistatbestand der Vertragsdurchführung (Art. 6 Abs.1 b) und f) DSGVO).

9. Bonitätsauskünfte

Soweit es zum Vertragsschluss oder zur Vertragsdurchführung auf Grund unserer berechtigten Interessen notwendig ist, fragen wir bei Auskunfteien Informationen zur Beurteilung Ihrer Zahlungsfähigkeit oder Ihres allgemeinen Zahlungsverhaltens ab. Die von uns angefragten Auskunfteien entnehmen Sie bitte unserer Dienstleisterliste.

10. Datenübermittlung in ein Drittland

Sollten wir personenbezogene Daten an Dienstleister außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) übermitteln, erfolgt die Übermittlung nur, soweit dem Drittland durch die EU-Kommission ein angemessenes Datenschutzniveau bestätigt wurde oder andere angemessene Datenschutzgarantien (z. B. verbindliche unternehmensinterne Datenschutzvorschriften oder EU-Standardvertragsklauseln) vor-

handen sind. Detaillierte Informationen dazu sowie über das Datenschutzniveau bei unseren Dienstleistern in Drittländern finden Sie ggf. in unserer Dienstleisterliste. Sie können die Informationen auch unter den unter 1. genannten Kontaktinformationen anfordern.

11. Automatisierte Einzelfallentscheidungen

Auf Basis Ihrer Angaben zum Risiko, zu denen wir Sie bei Antragstellung befragen, entscheiden wir vollautomatisiert etwa über das Zustandekommen oder die Kündigung des Vertrages, mögliche Risikoausschlüsse oder über die Höhe der von Ihnen zu zahlenden Versicherungsprämie.

Aufgrund Ihrer Angaben zum Versicherungsfall und der zu Ihrem Vertrag gespeicherten Daten entscheiden wir vollautomatisiert über unsere Leistungspflicht.

Die vollautomatisierten Entscheidungen beruhen auf vom Unternehmen vorher festgelegten Regeln zur Gewichtung der Informationen:

Bei Nichtzahlung des Versicherungsbeitrages erfolgt nach den jeweiligen Versicherungsbedingungen eine automatisierte Vertragskündigung.

In der Kfz-Versicherung gewähren wir im Zuge automatisierter Antragsprüfung bei negativen Auskünften (Zahlungsunfähigkeit, Eidesstattliche Versicherung oder Insolvenzverfahren = sog. „harte Treffer“) keinen Kaskoversicherungsschutz und in der Haftpflichtversicherung nur Versicherungsschutz in Höhe der gesetzlichen Mindestdeckung.